

# ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

## Recht statt Willkür

Das Ende der Sowjetunion zog eine historische Phase nach sich, in der sich der Imperialismus unter Führung der USA, der „einzigsten Weltmacht“, nicht mehr ans Völkerrecht gebunden fühlte. Die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten zogen seit 1991 zumeist ohne UN-Mandat, also illegal,

Donbass. Hunderttausende mußten fliehen, Wolodymyr Selenski stellte sich in München vor die Sicherheitskonferenz und drohte indirekt mit eigenen ukrainischen Atomwaffen. All das war Bruch des Völkerrechts. Der Westen verfiel aber – einschließlich der Führung der deutschen Linkspartei – in Hysterie we-



Demonstranten gegen Kiew in Donezk, Juli 2018: „Wir sind Donezker, keine Banderowzy!“

in einen kolonialen Krieg nach dem anderen und richteten unermessliches Leid an. Sie haben 30 Jahre lang angedeutet, wozu sie fähig sind – die Drohung mit Atomwaffen eingeschlossen.

In der Ukraine stieß der Westen 2014 erstmals seit 1991 auf ernsthaften Widerstand und konnte das Recht des Stärkeren nicht wie gewohnt durchsetzen. Nach dem Putsch von Nationalisten und Faschisten in Kiew erhoben sich die Arbeiter im Donbass und bewaffneten sich. Seither führt Kiew gegen sie Krieg, den der Westen finanziert, läßt seit acht Jahren Nazibataillone in Wohngebiete, auf Kindergärten, Schulen und Krankenhäuser schießen und kann darauf vertrauen, daß das in westlichen Medien ignoriert wird. Der längste Krieg in Europa nach 1945, der nach Kiewer Angaben etwa 15 000 Tote gekostet hat, ist im Bewußtsein der Westeuropäer nicht vorhanden. Die Aufständischen erreichten auf Grund militärischer Siege die Abkommen Minsk I und Minsk II – USA und NATO taten alles, um sie zu torpedieren. Als Kiew im Frühjahr 2021 eine Art Blitzkrieg gegen den Donbass beginnen wollte, konnten die russischen Streitkräfte das unterbinden. Sie legten die Führung der Kiewer Armee funkelektronisch lahm. Im Februar 2022 unternahm Kiew einen zweiten Anlauf, verdoppelte und verdreifachte den Beschuß des

gen „Völkerrechtsbruchs“, als die russischen Streitkräfte ab dem 24. Februar in den achtjährigen Krieg auf seiten der Donbass-Republiken eingriffen. Deren Krieg ist jedoch ein antifaschistischer Verteidigungskrieg.

Wie 2014 gelang es dem Westen und Kiew nicht, die Ukraine in kurzer Zeit einzunehmen. Im Gegenteil. Die russischen Streitkräfte kontrollieren hinter einer 900 Kilometer langen Front mit 70 bis 80 Kilometer Tiefe rund 20 Prozent des Territoriums der Ukraine. US-Generalstabschef Mark Milley urteilte am 16. November, die Wahrscheinlichkeit eines militärischen ukrainischen Sieges sei „nicht sehr hoch“.

Es wäre vorschnell, das als Eingeständnis des militärischen Scheiterns zu bezeichnen, aber da der oberste US-General gleichzeitig und bereits zum zweiten Mal in einer Woche auf eine politische Lösung drängte, läßt sich feststellen: Den westlichen Scharfmachern vom Schläge Annalena Baerbock („Unsere Waffen helfen, Menschenleben zu retten“) und der Kiewer Machtclique wurden Grenzen gesetzt.

Wladimir Putin ordnete am 27. Oktober bei seinem mehrstündigen Auftritt im Waldai-Klub das Geschehen in der Ukraine in einen großen historischen Zusammenhang ein. Aus seiner Sicht geht die „historische Periode grenzenloser Dominanz des Westens in

der Weltpolitik zu Ende“. Vor uns liege wahrscheinlich „das gefährlichste, am wenigsten vorhersehbare und gleichzeitig wichtigste Jahrzehnt seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs“. Der Westen sei unfähig, die Menschheit allein zu leiten, obwohl er es verzweifelt versuche. Die Mehrheit der Völker der Welt wolle diese Vorherrschaft schon nicht mehr hinnehmen. Wörtlich: „Das ist der Hauptwiderspruch unserer Epoche. Wie der Klassiker Lenin sagte: die Situation ist in gewissem Maße revolutionär: Die Oberen können und die Unteren wollen nicht mehr so leben wie bisher.“

Träfe das zu, hätte die Menschheit die Chance, das – wie der verstorbene italienische Philosoph Domenico Losurdo schrieb – „kolumbianische Zeitalter“, das von kapitalistischem Kolonialismus und dem Recht des Stärkeren geprägt war, nach mehr als 500 Jahren hinter sich zu lassen. Losurdo formulierte als Ziel: „Tatsache ist, daß die Sache des Friedens nicht von der Sache der Demokratisierung der internationalen Beziehungen trennbar ist.“ Voraussetzung dafür ist der Umgang aller Staaten miteinander nach den Maßstäben des Rechts, nicht nach denen der Macht. Die Länder des ausgeplünderten Südens fordern das, gestützt auf China und Rußland, stärker denn je. Freiwillig aber gibt der Westen sein Machtprivileg nicht auf. Daher sind – auch das zeigt die Ukraine – die Gefahren so groß wie nie.

Arnold Schölzel

### Aus dem Inhalt



Internationale Gemeinschaft	3
Nuklearkrieg heute?	5
NATO-Rußland-Krieg	7
Ende der US-Dominanz?	12
„Gelbe Gefahr“	14
Chinas „Friedliche Modernisierung“	15
Lulas Sieg in Brasilien	16
Eritrea – das Kuba Afrikas?	18
Kuba-Blockade aufheben!	19
Revolution in Burma	20
Dekret über den Frieden	23
WWA: Die Macht der Monopole	24
Offener Brief an Scholz	32
Grußwort Bremer Friedensforum	33
Weckruf für Linke	34
70 Jahre HFÖ	35
Über Werte reden	36

# Zum 90. Geburtstag von Klaus Steiniger

18 Jahre, bis zu seinem Tod am 9. April 2016, leitete der Gründer des „RotFuchs“ Klaus Steiniger das Heft als Chefredakteur.

Unter der Überschrift „Alarm!“ schrieb er, der am 28. Dezember 90 Jahre alt geworden wäre, auf Seite 1 der ersten Ausgabe im Februar 1998: „Die Lunte ist längst angezündet, die zu einem Weltbrand führen kann. (...) Imperialistische Politiker und Militärs sprechen vom geplanten Massaker in Irak, als handle es sich um ein Golfspiel oder einen Immobilienhandel. In Washington zündeln Artgenossen der in Nürnberg gerichteten Aggressionsvorbereiter und treffen letzte Vorbereitungen für das zweite Inferno am Golf.“ Der letzte Satz des Textes lautete: „Nur die besonnenen Regierungen und die Völker können den Luntenglegern und Staatsterroristen noch in den Arm fallen.“ Fast 25 Jahre später ist dieser Alarmruf brennend aktuell, die Weltkriegsgefahr so akut wie vielleicht noch sie seit 1945.

Die Weitsicht von Klaus war kein Zufall: Er hat als Marxist-Leninist stets die Frage nach den Klassenkräften, die in einer konkreten weltpolitischen Situation im Mittelpunkt stehen, gestellt. Sein Kompaß war die internationalistische Solidarität, mit allen, die sich gegen Unterdrückung, Ausbeutung und Faschismus wehren. Begonnen hatte der Weg bis zur heutigen gefährlichen Situation mit dem Anschluß der DDR an die BRD und dem Ende der Sowjetunion. Diejenigen, die 1990 die DDR schluckten, waren Kriegstreiber, diejenigen, die beim Zerfall der UdSSR Beute machen

wollten, versuchen das bis heute mit Waffengewalt. Klaus wußte, was Imperialismus und Konterrevolution bedeuten. Als Journalist und Diplomat war er beidem an vielen Orten rund um den Globus begegnet. Seine Repor-



tagen vom Prozeß gegen Angela Davis 1972 und aus Portugal nach der „Nelkenrevolution“ seit 1974 waren legendär und stehen neben der sozialistischen Publizistik von Wilhelm Liebknecht, Franz Mehring, John Reed oder Egon Erwin Kisch. Ohne Klaus hätte es „eine Million Rosen für Angela Davis“ nicht gegeben. Kurz vor seinem Tod hielt er fest, daß aus der Niederlage der internationalen Arbeiterbewegung und der Friedenskräfte von 1990 eine „Flut der große Teile Europas überschwemmenden Faschisierung“ geworden war. Er meinte sogar, für ein „Wehret den Anfängen!“

sei es schon zu spät. Der Schlachtruf aus dem Abwehrkampf gegen Franco, Hitler und Mussolini im Spanischen Krieg: „Keinen Fußbreit den Faschisten!“ sei wieder gültig. Auch in dieser Hinsicht wurde seine Analyse bestätigt. Der seit 2014 andauernde Krieg des Westens gegen Rußland in der Ukraine und mit Hilfe des Kiewer Regimes wird von EU und NATO dazu genutzt, den historischen Faschismus vergessen zu machen, von den in Kiew tonangebenden Nazis abzulenken und sie zu Helden der westlichen Welt zu erklären. Das schließt ein, die Befreier der Roten Armee zu verunglimpfen. Klaus war in seinen Urteilen unbestechlich. Zum Putsch in Kiew und den Widerstand dagegen schrieb er: „Die Imperialisten haben die erste große Niederlage seit dem Zusammenbruch der UdSSR und der sozialistischen Staaten Europas einstecken müssen. Der Versuch von NATO und EU, sich durch einen von Faschisten und Antisemiten angeführten Staatsstreich die Ukraine im Frontalstoß zu unterwerfen und Rußlands wichtigstes Nachbarland in ihr Blocksystem einzugliedern, ist gescheitert. Der beherzte Widerstand erheblicher Teile der ostukrainischen Bevölkerung und die couragierte Haltung der überwiegenden Mehrheit der Krimbewohner haben den strategischen Planern in Washington, Berlin und Brüssel einen Strich durch die Rechnung gemacht.“ Er wußte, daß der Kampf damit nicht beendet, sondern neu begonnen hatte und härter geworden war.

**Arnold Schölzel**

## Erinnerungen an Klaus

Ich habe in einem früheren „RotFuchs“ berichtet, wie wir uns beide Ende der 50er Jahre im Kulturbund Güstrow begegnet sind – er wahrscheinlich der jüngste Kreisstaatsanwalt der DDR, ich einer der jüngsten Schulinspektoren. Wir nahmen uns und unsere Aufgaben ernst, aber nie verbissen, und im Zweifelsfall vertrauten wir unserem jungen Verstand. Das war zwar meistens richtig, aber nicht immer vorgesetzten- und statutengetreu.

Zwei Beispielen mögen zeigen, daß er auch sehr spontan, draufgängerisch, sogar ein bißchen Haudegen sein konnte.

Zu seinen Beisitzern gehörte ein Schöffe, der Mitarbeiter der Abteilung Jugendhilfe war. Eines Morgens kam Klaus zu mir und sagte, daß dieser Schöffe und seine Frau nach Westberlin abgehauen seien. Fatal war, daß der ein Foto besaß, auf dem Klaus und er, sich freundlich anlächelnd, abgebildet waren. Aus heutiger Sicht scheint eine solche Aufnahme ohne Belang, in der damals politisch besonders aufgeladenen Zeit konnte das Anlaß zu unbequemen Fragen sein und zum Sprengsatz werden. Dem wollte Klaus natürlich vorbeugen und das Foto in seinen Besitz bringen. Er wußte, daß er nicht allein in die Wohnung des Republikflüchtigen durfte, also gingen wir beide und haben den Sprengsatz entschärft.

Ein anderes Beispiel: Fünf Jahrzehnte später, weniger riskant, eher amüsant.

Der Landesvorstand des Kulturbundes Mecklenburg/Vorpommern hatte 2004 zum 80. Geburtstag des Schriftstellers Helmut Sakowskis im Schweriner Schloß eine Würdigung vorbereitet. Ich hielt die Festrede. Klaus erfuhr nachträglich davon, rief mich an, beglückwünschte uns zu unserem Engagement und Erfolg und meinte: „Hätt ich's vorher gewußt, hätte ich eine interessante Story beibringen können.“

Dann erzählte er: „Es war während meiner Jahre in Portugal, Sakowski war angekündigt, ich sollte ihn bei seinen Veranstaltungen begleiten. Da der Literat auch als Kenner der Landwirtschaft galt – sein Buch ‚Wege übers Land‘ wurde ja auch verfilmt – sollte er vor allem in Genossenschaften auftreten. In der ersten, die wir ansteuerten, hatten sich etwa 50 Leute, überwiegend Bäuerinnen, versammelt. Nachdem sich der in Portugal gänzlich unbekannte Gast mit ein paar Auskunftsdaten vorgestellt hatte, wollte eine Bäuerin genauer wissen, was er arbeitet. Als sie hörte, daß er sein Geld mit Schreiben verdient, stand sie auf und verließ den Raum, andere wollten folgen. Schreiben soll Arbeit sein? Arbeit gab es im Stall, auf dem Feld, der Plantage,

aber doch nicht auf dem Papier. Um die Lage zu retten, rief ich dazwischen, aber er ist ein Freund der Revolution! Das half. Nun kam doch noch ein nützlicher Dialog zustande. Damit war meine Begegnung mit Sakowski aber noch nicht beendet. Er hatte zu später Abendstunde mächtigen Hunger. Weit und breit war kein Lokal, in unserer Not landeten wir schließlich mit Trick und Dreistigkeit in einem Casino der Bundeswehr, die ihre Standorte nicht geräumt hatte. Dem Oberkamen wir nicht ganz geheuer vor, aber er uns mit seinen Fragen auch nicht. Das ging hin und her, bis er mißtrauisch wissen wollte, warum mein Kollege überhaupt nichts sagt. Erst als ich ihm geheimnisvoll zuraunte, daß er taubstumm sei, gab er Ruhe. Daß wir beide anschließend feixten, ist klar.“ So, oder so ähnlich, hat Klaus mir die Geschichte erzählt. Eine unvergeßliche Erinnerung. Meine letzte Erinnerung an Klaus ist der Abschied von ihm. Es war zu erwarten, daß er sich selbst noch einmal zu Wort meldet. Ein Mann wie er wollte keine Trauergemeinde versammeln, sondern eine Schar Gleichgesinnter. „Adieu“ sagte er uns. Das heißt „Lebt wohl!“, aber auch „Macht ,s gut!“

**Prof. Dr. Benno Pubanz**  
Güstrow

# „Regelbasierte Weltordnung“

Unter dieser Überschrift veröffentlichte der Journalist Jörg Lau Mitte 2020 (als ersten Beitrag seiner Kolumne „In 80 Phrasen um die Welt“) einen Artikel, dessen erster Satz lautet: „Still und leise, fast klammheimlich, ist der Kampf für eine ‚regelbasierte Weltordnung‘ zum höchsten und letzten Zweck der deutschen Außenpolitik avanciert. Kein Grundsatztext kommt mehr ohne diese Phrase aus. Im Koalitionsvertrag findet man sie gleich viermal.“ Als die deutsche Regierung sich um einen Sitz im UN-Sicherheitsrat bewarb, tat sie das u. a. mit den Worten: „Als global vernetztes Land setzen wir uns für eine regelbasierte Weltordnung ein, die von der Stärke des Rechts und nicht durch das Recht des Stärkeren geprägt ist.“ Welche Absichten sich hinter dieser Phrase verbergen, hat der ehemalige Leiter der regierungsnahen „Stiftung Wissenschaft und Politik“, Volker Perthes, unverblümt zum Ausdruck gebracht: „Eine Allianz williger Staaten (mußte) internationale Regeln erinnern, ohne den Verdacht zu erwecken, daß es dabei um westliche Dominanz geht.“ Zu diesem Eingeständnis gesellt sich eine weitere Phrase, die der „internationalen Gemeinschaft“. Für den Autor Georg Schimmang ist die *internationale Gemeinschaft* „ein Gespenst, das nicht nur in Europa umgeht“, weil ihm bisher die „lexikalische Würde“ versagt geblieben ist. Es hat sich in die Sprache der Diplomatie gefräst und gehört heute zum selbstverständlichen Grundwortschatz der politischen Akteure, bedarf folglich keiner Definition mehr. Die inzwischen geradezu inflationär eingesetzten Konstrukte der „regelbasierten Weltordnung“ und der „internationalen Gemeinschaft“ werden stets bemüht, wenn es gilt, eine außenpolitische Aktion des kollektiven Wertewestens unter Berufung auf die Zustimmung aller Staaten zu legitimieren. Der Bezug auf die Charta der Vereinten Nationen wird dabei schamhaft unterschlagen. Ich bin außerstande zu sagen, wie oft beide Phrasen eingesetzt wurden, um nicht nur die NATO-Kriege seit 1990 zu rechtfertigen, sondern auch die undiplomatischen, letztlich kontraproduktiven Sanktionen gegen Russland zu legitimieren. Die Bundesaußenministerin kann die beiden Kategorien nicht von ihrem Studium in London oder wo auch immer mitgebracht haben. Weil sie nicht in der Lage ist, sie mit Inhalten zu füllen, vermüllt sie ihre Reden mit diesen Phrasen, ohne daß dies von einer kritischen Öffentlichkeit hinterfragt wird.

Hier eine kleine Auslese von Sprüchen der „wertorientierten“ Außenministerin:

„Putin tritt das Völkerrecht mit Füßen.“ Dem müsse die internationale Staatengemeinschaft entschlossen entgegentreten. (Tageschau, 22. Sept.)

„Wir werden als internationale Gemeinschaft Beweise sammeln und sichern der Ukraine volle Unterstützung bei der Aufklärung der Kriegsverbrechen zu.“ (10. Mai) Annalena Baerbock hat die internationale Gemeinschaft zur stärkeren Unterstützung

der ukrainischen Nachbarländer beim Umgang mit Kriegsflüchtlingen aufgerufen. (ohne Datum) Baerbock fordert die internationale Gemeinschaft zur Hilfe für Moldau auf. (12. März)

Aber da gibt es einen, der sie noch zu übertreffen versucht. Es ist der sich täglich seiner Bevölkerung und der Welt präsentierende ukrainische Präsidentendarsteller. Wolodymyr Selenskyi forderte die „inter-

1941 Richtung Moskau gezogen hat. Gut möglich auch, daß sie sich an die Worte des ersten SPD-Vorsitzenden nach dem faschistischen Fiasko erinnern. Es war Kurt Schumacher, der, konfrontiert mit der Frage, ob es zu einem dritten Weltkrieg kommen könne, geantwortet hat, daß dies möglich sei. Aber, fügte er hinzu, „diesmal gewinnen wir, weil wir an der Seite der Amerikaner“ kämpfen werden. Dies hat er zu einem Zeit-



Friedensdemonstration in Berlin

nationale Gemeinschaft“ auf, einen präventiven Atomschlag der NATO gegen Rußland zu unterstützen.

## Wir Grünen. Dienen. Dem imperialistischen Oberhaupt

Die „internationale Gemeinschaft“, die sich auch gern anmaßend als Weltgemeinschaft bezeichnet, ist in ihrem Kern und in ihrer Ideologie den geopolitischen Ambitionen des Wertewestens verhaftet. Der mit dem Friedensnobelpreis geehrte Kriegsverbrecher Henry Kissinger hat einmal gesagt: „Wem es ausschließlich um Werte geht, sollte nicht den diplomatischen Dienst, sondern das Priesteramt anstreben.“ Damit wären wir beim dritten Begriff, der von den beiden anderen zu trennen ist: Die „humanitäre Intervention“ (Responsibility to Protect). Sie war der Köder, den sich nicht zuletzt die Grünen geschnappt haben. Mit ihrem gegenwärtigen, im Kotau geübten Wirtschaftsminister Robert Habeck haben sie ihre dienende Partnerschaft mit den USA zur vollen Reife gebracht. Wer die Erklärungen des Spitzenpersonals der grün kostümierten Bellizisten und die ihrer politisch-ideologischen Einpeitscher kennt, weiß, daß es immer um Krieg geht, wenn Phrasen zur „europäischen Friedensordnung“ gedroschen, wenn die „regelbasierte internationale Ordnung“ und nicht zuletzt die der „internationalen Gemeinschaft“ (wahlweise sogar Weltgemeinschaft) bedient werden. Ihr wertgeleiteter und beispielloser Russenhaß mutet an, als befänden sie sich bereits auf den Spuren, die die Wehrmacht

punkt gesagt, als die USA noch das Atomwaffenmonopol innehatten.

Wir bleiben auf Kurs bzw. beim Thema und stellen uns in den Weg der Apoleten einer „internationalen Gemeinschaft“. Als hätte es die zweistellige Millionenzahl an Opfern US-amerikanischer und europäischer neokolonialistischer Kriege seit 1945 nie gegeben, wird die Welt vom Oberhaupt der imperialistischen Kirche in Gut und Böse eingeteilt. Und alle – die Talkshow-Moderatoren, die eigentlich zur objektiven Berichterstattung verpflichteten Medien und nicht zuletzt die politische Elite in Verantwortung oder Opposition – machen das Spiel mit.

## Nationale Gemeinschaft

Versuchen wir doch einmal, das ideologiebefrachtete Gespenst der „internationalen Gemeinschaft“ auf die ihr vorgeschaltete nationale Gemeinschaft herunterzubrechen. Der an der Hochschule für angewandte Wissenschaften München lehrende Prof. Dr. Klaus Weber sei hier ausführlich zitiert: „Alle sozialen, kulturellen und ökonomischen ‚Einschränkungen‘ laufen unter dem Etikett ‚Solidarität‘. Was früher ein Begriff war, der die finanzielle und soziale Unterstützung unterdrückter Menschen (und Staaten) zum Inhalt hatte, wird heute zum Disziplinierungselement einer Volksgemeinschaftspropaganda.“ Klaus Weber erinnert an Karl Kraus’ „Die letzten Tage der Menschheit“, in dem der Autor an die Propagandafloskeln erinnert, mit denen der „breiten Masse“ die Teilnahme am Ersten

Weltkrieg schmackhaft gemacht werden sollte. Karl Kraus als Zeitzeuge: „Das Durchhalten zum Beispiel, das ist unsere Passion. Der Krieg hat auch seinen Segen. Er ist ein gar strenger Lehrmeister der Völker, über die er seine Zuchtrute schwingt. ‚Jetzt ist Krieg, lieber Herr! Da muß der Staatsbürger auch ein bißl was dazu tun.‘“

Das will auch das grüne Dreamteam (Habeck und Baerbock) tun. Deshalb gehen sie auf Betteltour, um mit Hilfe lupenreiner Demokratien (Katar, Saudi-Arabien) ganz egoistisch ihren Energiehunger zu stillen, koste es, was es wolle. Rußland habe mit einem Getreidekrieg die Nationen des Südens in den Hunger getrieben, behauptet Frau Baerbock, in Kennt- oder Unkenntnis der Tatsache, daß es die EU ist, die sich auf Kosten des Südens bereichert

hat, weil nur drei Prozent der Waren bisher in die ärmsten Länder der Welt gelangten. Offenbar verläßt sie sich in der Bewertung internationaler Ereignisse einzig und allein auf von Washington übermittelte Spickzettel. Deshalb wird sich die Außenministerin und mit ihr die komplette Regierung auch weiterhin in Schweigen hüllen, wenn es um die Aufklärung der Sprengungen an den Pipelines geht. Inzwischen steht fest, daß jegliche Erkenntnisse, auch die der Geheimdienste, die zur Klärung der Täter und der Tatumstände beitragen könnten, aus Gründen des „Staatswohls“ unter Verschluss gehalten werden.

Den jüngsten Hit ihrer Inkompetenz lieferte die Außenministerin in einem sonntäglichen ARD-„Bericht aus Berlin“ ab, wo sie unwidersprochen (!) ihre Kritik am Einstieg Chinas in einen Teil des Hamburger Hafens vom Stapel lassen durfte. Ihre Begründung: „China verbietet es, daß ausländische Unternehmen in deren Infrastruktur investieren.“ Das sei ein Unding, eine nicht hinnehmbare „Wettbewerbsverzerrung“. In Kopenhagen sitzt einer der größten Logistikkonzerne und Reedereien der Welt, die A.P. Moeller-Maersk Group. Maersk ist an 75 Terminals weltweit beteiligt, auch – aufgepaßt, Frau Baerbock – an mehreren chinesischen Häfen, u.a. in Shanghai und in Guangzhou, mit einer Beteiligung zwischen 20 und 49 Prozent. Der langjährige China-Korrespondent, Kai Strittmatter, der über diese Beteiligungen bestens informiert ist, richtete eine Bitte an das deutsche Außenamt: „Kann (dort) jemand die Seite 122 aus dem Maersk-Geschäftsbericht kopieren und Frau Baerbock in die Mappe legen.“

Zurück zur „Internationalen Gemeinschaft“. Im westlichen Werteverständnis wird diese Phrase vor allem deshalb gepflegt, um die Isolierung Rußlands zu dokumentieren und mit ihr den Anspruch des Kriegsbündnisses auf globale Lufthoheit zu festigen. Die Zahl der Staaten, die mit Rußland ein partnerschaftliches Verhältnis haben, soll, wie u.a. der Besuch der deutschen Außenministerin in Usbekistan und Kasachstan gezeigt hat, nicht einfach hingegenommen werden. Die

Sorgen sind nicht unbegründet. Die UNO-Generalversammlung hat zum dreißigsten Mal die Beendigung der US-Sanktionen gegen Kuba gefordert, gegen die Stimmen der USA und Israels, mit Enthaltungen der Uk-



**US-Ökonom Jeffrey Sachs: Zurück zum Friedensabkommen zwischen Rußland und der Ukraine vom März 2022**

raine und Brasiliens. Kein Presseorgan (SZ, FAZ, Taz, Welt, u.a.) hat darüber berichtet. Gut, sie sind derzeit (Stand 4. November) damit beschäftigt, die Lügen über China neu aufzulegen. Trotzdem, wenn Frau Baerbock so gern die „Internationale Gemeinschaft“ bemüht, dann sollte sie in der Bewertung des Wahlergebnisses in Brasilien und der zu erwartenden Reaktionen des abgewählten Präsidenten Flagge zeigen. Aber leider hat sie nur die in der Hand, die ihren Karriereweg festgelegt haben, die der USA.

### **Ukraine – Wie der Haß die Kulturpolitik zu steuern versucht**

Ukrainische Staats- und Kulturpolitik ist derzeit u. a. dadurch charakterisiert, daß die russische Weltliteratur Seite für Seite und die russische Musik Note für Note vernichtet werden soll; den Ostukrainern wird der Gebrauch ihrer Muttersprache verboten, die russische Sprache soll weltweit geächtet werden, kritische Fernsehsender werden dichtgemacht; es wird eine rassistische Sprache kultiviert, Oppositionsparteien werden verboten, politische Gegner entführt und gefoltert. Faschismus an der oder noch nicht an der Macht ist nicht nur eine kapitaldominierte Bewegungsform seiner politischen Akteure. Er durchdringt das gesamte gesellschaftliche Leben, die Literatur, die Musik, die Kultur eines Staates in seinen vielfältigen Ausdrucksformen und zwingt alles unter sein totalitäres Diktat. Wie zum Beweis bestätigte der Schriftsteller Sergij Schadan diese These: „Die Russen sind Barbaren oder Monster, sie können unsere Häuser zerstören, aber nicht unsere Verachtung für sie. Unseren Haß“. Für solche und ähnliche Tiraden, mit denen er die Russen als „Horde“, „Verbrecher“, „Tiere“ und „Unrat“ bezeichnete, erhielt der ukrainische Autor den Friedenspreis des deutschen Buchhandels und wurde außerdem mit stehenden Ovationen in der Frankfurter Pauskirche belohnt. Als der Soziologe Harald Welzer diese Huldigung eine „gesinnungsethische Überanstrengung“ nannte, meldete sich unverzüglich der Ex-Botschafter Andrei Melnik aus Kiew zu Wort: „Professor

Dr. Harald Welzer ist ein Schandfleck für die deutsche Wissenschaft und ein moralischer Abschaum für die deutsche Gesellschaft. Pfui!“ Ja, nun wissen wir es, auch im Sprachraum der NATO hat man den ukrainischen Zöglingen beigebracht, den Unterschied zwischen Menschen und Untermenschen zu erkennen. Auf seinem Facebook-Kanal verkündete Schadan, der Krieg habe das „wahre Wesen der Russen“ offenbart; denn auch die russische Kultur als Stützpfeiler der „russischen Welt“ sei verantwortlich für in Rußland geborene Kriegsverbrecher. (Kann man als Kriegsverbrecher geboren werden? – H.Sch.) Auf die von ihm selbst gestellte Frage, ob dies auch auf Puschkin zuträfe, schrieb er: „Ja, er ist schuldig. Natürlich ist er schuldig. Sie sind alle schuldig.“ Napoleon, im In-

validendom schlummernd, kann aufatmen. Michail Kutusow, der Generalfeldmarschall der russischen Armee, der den Kaiser aus dem russischen Reich vertrieben hat, wird gemeinsam mit Leo Tolstoi milde lächeln. Auch hier „nachhaltiges“ Schweigen im Brüsseler Hochsicherheitstrakt, in dessen Räumen sich die öffentlich-rechtlichen Qualitätsjournalisten als selbstgerechte schreibende und urteilende Justizbevollmächtigte betätigen dürfen. Will Frau Baerbock das alles mit der von ihr beschworenen „internationalen Gemeinschaft“ in Einklang bringen? Müssen wir, eingeschworen auf uneingeschränkte Solidarität mit der Ukraine, die Meisterwerke der russischen Weltliteratur aus den Regalen der Buchhandlungen und Bibliotheken entfernen? Ist es das, was der Börsenverein des deutschen Buchhandels will?

John F. Kennedy sagte in einer Rede an der Washingtoner American University am 10. Juni 1963: „Die Atomkräfte müssen bei der Verteidigung ihrer eigenen vitalen Interessen jene Konfrontationen abwenden, bei denen ein Gegner nur die Wahl zwischen demütigendem Rückzug und Atomkrieg hat. Ein solcher Kurs im Atomzeitalter wäre nur ein Beweis für den Bankrott unserer Politik – oder von einem kollektiven Todeswunsch für die Welt.“ Nahtlos schließt sich der Satz des US-Ökonomen Jeffrey Sachs an: „Es ist dringend notwendig, wieder auf den Entwurf des Friedensabkommens zwischen Rußland und der Ukraine von Ende März zurückzugreifen, das auf der Nichterweiterung der NATO beruht. Die heutige angespannte Situation kann leicht außer Kontrolle geraten, wie es in der Vergangenheit schon so oft der Fall war – dieses Mal jedoch mit der Möglichkeit einer nuklearen Katastrophe. Das Überleben der Welt hängt von Besonnenheit, Diplomatie und Kompromissen auf allen Seiten ab.“ Leider haben die Administrationen in Washington, Brüssel und Berlin diesen Weitblick nicht. Sie sind mit ihren Planungen bereits Richtung Moskau unterwegs.

John F. Kennedy sagte in einer Rede an der Washingtoner American University am 10. Juni 1963: „Die Atomkräfte müssen bei der Verteidigung ihrer eigenen vitalen Interessen jene Konfrontationen abwenden, bei denen ein Gegner nur die Wahl zwischen demütigendem Rückzug und Atomkrieg hat. Ein solcher Kurs im Atomzeitalter wäre nur ein Beweis für den Bankrott unserer Politik – oder von einem kollektiven Todeswunsch für die Welt.“ Nahtlos schließt sich der Satz des US-Ökonomen Jeffrey Sachs an: „Es ist dringend notwendig, wieder auf den Entwurf des Friedensabkommens zwischen Rußland und der Ukraine von Ende März zurückzugreifen, das auf der Nichterweiterung der NATO beruht. Die heutige angespannte Situation kann leicht außer Kontrolle geraten, wie es in der Vergangenheit schon so oft der Fall war – dieses Mal jedoch mit der Möglichkeit einer nuklearen Katastrophe. Das Überleben der Welt hängt von Besonnenheit, Diplomatie und Kompromissen auf allen Seiten ab.“ Leider haben die Administrationen in Washington, Brüssel und Berlin diesen Weitblick nicht. Sie sind mit ihren Planungen bereits Richtung Moskau unterwegs.

# Nuklearkrieg heute?

Zunächst: Ein Kernwaffenkrieg ist immer möglich, solange es diese alles auslöschenden Massenvernichtungsmittel gibt. Drei Varianten seiner Entstehung sind denkbar:

- der von einer politischen Führung bewußt befohlene Kernwaffenerschlag (der heute von der Gegenseite sofort mit einem Antwortschlag beantwortet würde);
- ein technisches Versagen aller Sicherungssysteme bzw. ein Unfall, der von der jeweils anderen Seite als aggressiver Kernwaffeneinsatz gewertet würde;
- eine Fehlinterpretation dahingehend, daß der Kernwaffenerschlag von der anderen Seite bereits ausgelöst wurde bzw. unmittelbar bevorsteht.

Für die Variante eins gab es bisher allein die beiden Bombenabwürfe der USA auf Hiroshima und Nagasaki im August 1945. Für die Varianten zwei und drei kennt die Militärgeschichte zahlreiche Zwischenfälle, und die Menschheit ist nur durch besonnenes Verhalten einzelner oder durch pures Glück der Auslöschung entgangen.

Bei den Unfällen geht die Wissenschaft von – einschließlich der kleineren – von tausenden aus, bei den extrem gefährlichen („broken arrows“) liegen sie allein für die USA mindestens im hohen zweistelligen Bereich. Besonders bedrohlich waren die Abstürze strategischer Bomber mit großkalibrigen Kernwaffen beim spanischen Palomares 1966 und beim grönländischen Thule 1968. In Spanien sind aktuell weitere Reste radioaktiver Verseuchungen nachweisbar, bei Thule wird wohl noch heute ein thermonuklearer Sprengkopf von bis zu 1,45 Mt TNT – etwa 116 Hiroshima-Bomben – vermißt. Am bekanntesten bei Variante drei ist die Fehlfunktion des sowjetischen Frühwarnsystems in der Nacht zum 26. September 1983, das einen Nuklearschlag der USA gegen die UdSSR meldete. Nur das überlegte Handeln eines sowjetischen Offiziers verhinderte eine nukleare „Reaktion“.

Ein entscheidender Lernprozeß ist bis heute aber zu verzeichnen. Bundeskanzler Adenauer spitzte 1957 das noch bis weit in die 60er Jahre anhaltende unbeschwerte Denken in den Kategorien eines Kernwaffenkrieges in West wie Ost zu, indem er taktische Nuklearwaffen als „nichts weiter als die Weiterentwicklung der Artillerie“ bezeichnete. In der Kubakrise im Oktober 1962 verlangte der Stabschef der USA-Luftwaffe, General Curtis E. LeMay, Bombardierungen der Insel, äußerstenfalls auch nuklear. Die Wissenschaft lieferte aber zusehends Erkenntnisse über die verheerenden Folgen eines Kernwaffenkrieges. Ihnen konnten sich die Militärs, insbesondere aber die politisch bestimmenden Kreise immer weniger auch deshalb entziehen, weil die Sowjetunion die Kernwaffenrüstung des Westens immer mehr relativierte. Die dann erreichte Parität schlug sich in dem Vertrag über die Einschränkung der Raketenabwehrsysteme und im „Zeitweiligen Abkommen über einige Maßnahmen auf dem Gebiet der Begrenzung der strategischen Waffen (SALT I)“ von 1972 nieder.

Die Diskussionen entwickelten sich weiter und gipfelten in der gemeinsamen Erklärung des sowjetischen Parteichefs Gorbatschow und des USA-Präsidenten Reagan vom 21. November 1985, „daß ein Atomkrieg nicht gewonnen werden kann und niemals geführt werden darf.“ Am 22. Januar 2022 wiederholten die fünf Veto- und gleichzeitig *offiziellen* Nuklearmächte in einer verbindlichen Erklärung im UNO-Sicherheitsrat diese fundamentale Einsicht wortgleich.

Während des NATO-Ukraine-Krieges ist immer wieder die Rede von gegenseitigen Atomkriegsdrohungen. Insbesondere die im Kriegszusammenhang weitgehend gleichgeschalteten Medien des Westens überbieten sich mit solchen Vorwürfen an die Adresse Rußlands.

Was hat Präsident Putin am 21. September 2022 wirklich gesagt? Washington, London und Brüssel „haben ... zur nuklearen Erpressung gegriffen. Ich beziehe mich ... auch auf die Äußerungen einiger hochrangiger Vertreter der führenden NATO-Länder über die Möglichkeit und Zulässigkeit des Einsatzes von Massenvernichtungswaffen – Atomwaffen – gegen Rußland.

Ich möchte diejenigen, die solche Äußerungen in bezug auf Rußland machen, daran erinnern, daß auch unser Land über verschiedene Arten von Waffen verfügt, und einige von ihnen sind moderner als die Waffen der NATO-Länder. Im Falle einer Bedrohung der territorialen Integrität unseres Landes und zur Verteidigung Rußlands und unseres Volkes werden wir mit Sicherheit von allen uns zur Verfügung stehenden Waffensystemen Gebrauch machen. Dies ist kein Bluff.“

Putin hat also nicht gedroht. Er hat nur vor den Folgen gewarnt, sollte der Westen die Existenz des russischen Staates militärisch angreifen. Jedes Land der Welt reagiert auf solche Bedrohungen mit der Ankündigung entschlossenster Gegenwehr. Nicht anders z.B. die damalige Bundesverteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer in einem Interview am 20. Oktober 2021: „Wir müssen Rußland gegenüber sehr deutlich machen, daß wir am Ende ... bereit sind, auch solche Mittel (Nuklearwaffen – L.S.) einzusetzen ...“

Jedes Szenario, Rußland erwäge, im NATO-Ukraine-Krieg taktische (also kleine) Kernwaffen einzusetzen, ist völlig gegenstandslos, ist pure Feindbild-, Haß- und Horrorpropaganda. Geht man von einer glaubwürdigen, grundsätzlichen Ablehnung eines Kernwaffeneinsatzes durch Rußland aus – abgesehen von einer akuten Existenzbedrohung von außen – sind drei Gründe ausschlaggebend: Die Verwendung taktischer Kernwaffen in einem begrenzten Krieg von zwei Seiten ist militärisch unsinnig, weil schon diese „kleinkalibrigen“ Waffen zu schwersten Zerstörungen führen und großflächige radioaktive Verseuchungen verursachen würden; Eine Verwendung dieser Waffen (und sei es nur ein Demonstrationsschlag über kaum bewohntem Gebiet, um den Gegner mit der Androhung der Eskalation zur Kapitulation zu zwingen), hätte sofort eine Reaktion der

NATO durch (wie angekündigt) verheerende konventionelle Angriffe mit dem Ziel der Vernichtung der russischen Streitkräfte zu Folge, was zur Antwort Rußlands mit operativ-taktischen und strategischen Kernwaffen führen und den alles vernichtenden Nuklearkrieg auslösen würde.

Rußland ist der Ukraine trotz jüngster Rückschläge militärisch immer noch deutlich überlegen. Lange nicht ist auf das verfügbare Potenzial und alle Möglichkeiten der Kriegführung zurückgegriffen worden, weil die Zivilbevölkerung und das eigene Militärpersonal so wenig wie möglich Schaden nehmen sollen.

Tatsächliche Atomkriegsdrohungen stieß der ukrainische Präsident Selenski am 6. Oktober 2022 aus: Die NATO „muß die Möglichkeit eines Atomwaffeneinsatzes durch Rußland ausschließen. Wichtig ist aber, daß es Präventivschläge (der NATO – L.S.) sind, damit sie wissen, was ihnen blüht, wenn sie sie anwenden.“ Nicht anders sind auch die aggressiven Versuche Selenskis zu verstehen, die NATO nicht nur indirekt (Waffenlieferungen, Ausbildungsunterstützung auch vor Ort, Entsendung von Söldnern, massive Aufklärungsunterstützung in Echtzeit), sondern auch direkt in den Krieg der ukrainischen Nationalisten zu verwickeln, auf das Tatkräftigste unterstützt von den polnischen und baltischen Gesinnungsgenossen.

Dieses ist extremstes Abenteuerium: Jede/r muß wissen, daß ein Krieg der NATO gegen Rußland sofort den die Zivilisation auf der Erde vernichtenden thermonuklearen Weltkrieg entfesseln würde. Denn im Kern verfolgt Rußland eine Militärstrategie, wie sie die NATO bis Anfang der 60er Jahre besaß: Angesichts der überwältigenden konventionellen militärischen Überlegenheit des Warschauer Vertrages sah sie bei Kriegsbeginn den sofortigen massiven Kernwaffenschlag vor. Heute ist der Nordatlantikblock konventionell gegenüber Rußland übermächtig. Konsequenz: Siehe oben. Es bleibt dabei, was unumstößlich ist: Wer als Erster schießt, stirbt als Zweiter. Das wissen auch die (noch) dominierenden realistischen Kreise im Westen, weshalb sie (bisher) eine direkte militärische Konfrontation mit Rußland unbedingt vermeiden wollen.

Und dennoch kann eine riesige Gefahr gar nicht überschätzt werden: In einem 125-seitigen strategischen Grundsatzdokument von 1982 fixierten die USA offiziell die Strategie eines nuklearen Krieges, der auf einer Entauptung basieren würde, wobei Schläge gegen die politische und militärische Führung sowie gegen die Nachrichtenverbindungen der Sowjetunion gemeint waren. Nach der NATO-Osterweiterung sind die Bedingungen für derartige Überlegungen deutlich günstiger geworden. Einen qualitativen Sprung würden sie aber erleben, wenn es gelänge, die Ukraine in die NATO zu integrieren und auf ihrem Gebiet hochpräzise Kernwaffen zu lagern. Deshalb die kompromißlose Verbissenheit beider Seiten im Krieg in der Ukraine. Die eine im Versuch der radikalen Veränderung

des militärischen Kräfteverhältnisses mit der Aussicht auch auf einen militärischen Sieg über den Erzgegner und als Voraussetzung für die Niederrichtung des Hauptgegners (China). Die andere in der geostrategischen Abwehr.

Zum Schluß noch Generalleutnant a.D. Jewgeni P. Bushinski, ehemaliger stellvertretender Leiter der Hauptdirektion für internationale

militärische Zusammenarbeit des Verteidigungsministeriums Rußlands und Vizepräsident des Russischen Rates für internationale Angelegenheiten, vom 14. Oktober 2022. Auf die Frage, ob ein Nuklearkrieg mit den USA drohe, legte er sich fest: „Nein, das schließe ich absolut aus. Im Pentagon sitzen jetzt natürlich Vertreter der furchtlosen Generation, Menschen, die nie wirklich gekämpft haben ...

Daher die unverantwortliche nukleare Rhetorik. Es gibt andere und deren Umfeld ...“, die verstehen, daß ein nuklearer Konflikt in Europa unter Beteiligung der USA und Rußlands unmöglich zu kontrollieren sein wird. Daß es am Ende weder die USA noch Rußland noch Europa geben wird ...“

Dr. Lothar Schröter

## Hat der Westen noch Angst vor Atomwaffen?

*Die westliche Öffentlichkeit bereitet sich auf den möglichen Einsatz von Atomwaffen in der Ukraine-Krise durch Rußland vor. Russische Warnungen werden dabei als bloße Erpressung und Bluff abgetan. Die nukleare Abschreckung wird damit ausgehöhlt.*

Im Oktober dieses Jahres jährt sich zum 60. Mal die Kuba-Krise, die Moskau und Washington in ein nukleares Patt verwickelte, das die Welt unmittelbar zu zerstören drohte. Glücklicherweise besaßen die damaligen Staatsoberhäupter – Nikita Chruschtschow und John F. Kennedy – die Weisheit, sich vom Abgrund zurückzuziehen und dann miteinander die ersten Schritte zur gemeinsamen Bewältigung von Widrigkeiten im Atomzeitalter zu unternehmen.

Angesichts des aktuellen Konflikts in der Ukraine, der sich immer mehr zu einem direkten militärischen Zusammenstoß zwischen Rußland und den USA zuspitzt, besteht die Hoffnung, daß die Lehren aus der Vergangenheit auch dazu beitragen können, die aktuelle Konfrontation friedlich zu beenden. Wir sollten uns jedoch auch die wesentlichen Unterschiede zwischen den beiden Krisen vor Augen halten.

Auf den ersten Blick war der Hauptgrund für beide Konfrontationen ein akutes Gefühl der Unsicherheit, das durch die Ausweitung des politischen Einflusses und der militärischen Präsenz der gegnerischen Macht bis vor die Haustür des eigenen Landes verursacht wurde: damals Kuba, heute die Ukraine.

Kennzeichnend für die Ukraine-Krise ist die enorme Asymmetrie nicht nur zwischen den jeweiligen Fähigkeiten Rußlands und der Vereinigten Staaten, sondern vor allem zwischen den beteiligten Akteuren. Für den Kreml ist das Thema buchstäblich existenziell. (...)

Die Kuba-Krise von 1962 brach in einer Atmosphäre allgegenwärtiger Angst vor dem Dritten Weltkrieg aus, die in den 13 Tagen des Oktobers ihren Höhepunkt erreichte. Die Krise in der Ukraine im Jahr 2022 findet fast ohne eine solche Angst statt. Das Vorgehen Rußlands in den vergangenen sieben Monaten wurde im Westen eher als Beweis für seine Schwäche und Unentschlossenheit als für seine Stärke gewertet.

Darüber hinaus wird der Krieg in der Ukraine als historische Chance gesehen, Rußland zu besiegen und es so weit zu schwächen, daß es selbst für seine kleinsten Nachbarn keine Bedrohung mehr darstellen kann. Es

besteht die Versuchung, die „russische Frage“ endgültig zu lösen, indem man das Land dauerhaft kastriert, sein Atomwaffenarsenal beschlagnahmt und es möglicherweise in viele Teile aufspaltet, die sich dann wahrscheinlich untereinander streiten und bekämpfen



**Die Kuba-Krise wurde 1962 durch Geheimdiplomatie beendet. Am 18. Oktober 1962 traf US-Präsident John F. Kennedy (von rechts) den sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko, Botschafter Anatoli Dobrynin und den stellvertretenden Außenminister Wladimir Semelow**

würden. Dadurch würde China unter anderem eines wichtigen Verbündeten und einer wichtigen Ressourcenbasis beraubt, und es würden günstige Bedingungen für Washington geschaffen, seinen Konflikt mit Peking zu gewinnen und damit seine globale Vorherrschaft auf Jahrzehnte hinaus zu festigen. Die westliche Öffentlichkeit bereitet sich auf den möglichen Einsatz von Atomwaffen in der Ukraine-Krise vor. Russische Warnungen an die NATO-Staaten unter Hinweis auf Moskaus nuklearen Status, sich von einer direkten Beteiligung am Krieg fernzuhalten, die eher als Abschreckung denn als Absicht zur Ausweitung des Konflikts verstanden werden, werden als Erpressung abgetan. Einige westliche Experten gehen sogar davon aus, daß Rußland seine taktischen Atomwaffen einsetzen wird, wenn seine Streitkräfte in der Ukraine eine Niederlage erleiden.

Anstatt dies als eine Katastrophe zu betrachten, die es abzuwenden gilt, scheinen sie dies als eine Gelegenheit zu betrachten, Rußland hart zu treffen, es zum internationalen Verbrecher zu machen und den Kreml unter Druck zu setzen, sich bedingungslos zu ergeben. Auf praktischer Ebene konzentrieren sich die US-Nuklearpolitik und ihre Modernisierungsprogramme auf die Senkung der Atomschwelle und den Einsatz von Waffen

geringer Leistung für den Einsatz auf dem Schlachtfeld. (...)

(Doch) jeder Einsatz von Atomwaffen muß verhindert werden, nicht nur der strategische. Es ist grausam, aber wahr, daß der Frieden zwischen Gegnern nicht auf feierlichen Versprechen und frommen Wünschen beruht, sondern letztlich auf gegenseitiger Furcht. Wir bezeichnen dies als Abschreckung und „gegenseitig gesicherte Zerstörung“. Diese Angst sollte unseren Willen nicht lähmen, aber sie sollte sicherstellen, dass keine Seite ihren Verstand verliert. Im Gegenteil, die Aushöhlung der Abschreckung und ihre Ablehnung als Bluff würde uns schlafwandeln in große Schwierigkeiten bringen.

Leider ist dies genau das, worauf wir jetzt zusteuern. Es ist bezeichnend, daß der wochenlange Dauerbeschuß des größten europäischen Kernkraftwerks von der westlichen und – unglaublicherweise – auch von der europäischen Öffentlichkeit toleriert wurde, weil es ukrainische Truppen waren, die das Kraftwerk attackieren, um die Russen zu vertreiben.

Wenn es Lektionen gibt, die man aus der kubanischen Raketenkrise lernen kann, dann sind es vor allem zwei. Die eine ist, daß das Testen der nuklearen Abschreckung fatale Folgen für die gesamte Menschheit hat. Zweitens kann die Lösung der Krise zwischen den großen Atomwaffenmächten nur auf Verständigung beruhen, nicht auf dem Sieg einer der beiden Seiten.

Dafür gibt es noch Zeit und Raum, auch wenn Ersterer immer knapper und Letzterer immer enger wird. Es ist noch zu früh, um über eine mögliche Einigung in der Ukraine zu diskutieren, aber diejenigen Russen und Amerikaner, die wie ich die letzten drei Jahrzehnte mit dem gescheiterten Versuch verbracht haben, eine Partnerschaft zwischen ihren beiden Ländern aufzubauen, sollten sich jetzt zusammensetzen und darüber nachdenken, wie ein fataler Zusammenstoß verhindert werden kann. Schließlich war es 1962 der informelle menschliche Kontakt, der die Welt rettete.

Dmitri Trenin

Quelle: RTDE, 9. Okt. 2022

*Dmitri Trenin ist Forschungsprofessor an der Moskauer Higher School of Economics und leitender Forscher am Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen. Er ist Mitglied des russischen Rates für internationale Angelegenheiten.*

# Entwicklungen im NATO-Rußland-Krieg

Neben westlichen werden in diesem Beitrag auch russische Militär-Experten, die sich zum Ukraine-Konflikt äußern, zu Wort kommen. Zunächst sei auf ein neues Buch der beiden deutschen Autorinnen Ulrike Guerot und Hauke Ritz „Endspiel Europa“ verwiesen, die darin u. a. schildern, wie der Krieg in der Ukraine von westlichen und ukrainischen Akteuren zielstrebig vorbereitet, provoziert und auch angefangen wurde. Der Beschuß der LVR und DVR am 16. Februar, vornehmlich durch die neofaschistischen Asow-Bataillone, war überraschend auf das 34-fache forciert worden. Am 17. Februar kam es zu einer weiteren Verdoplung, die OSZE registrierte 870 Waffenstillstandsverletzungen (später 3 231) und 654 Explosionen (später über 2 000). Die Bevölkerung der Donbass-Republiken konnte unter diesen Bedingungen nicht leben und deren Führungen baten die Russische Föderation (RF) um militärische Hilfe, die Rußland am 24. Februar gewährte. Leider wird der Befehl der Militärführung der Ukraine, wonach ukrainische Einheiten bis zum 28. Februar vorbereitete Stellungen an der Grenze zum Donbass beziehen und ihre Einsatzbereitschaft gegen die Republiken und somit gegen Rußland melden sollten, nicht erwähnt.

## Zur Lage im Ukraine-Konflikt Ende Oktober

Zur Beurteilung der Situation sollen zwei Fragen in den Mittelpunkt gestellt werden:

1. Können die NATO/Ukraine-Streitkräfte (SK) ihre Offensiven erfolgreich fortsetzen oder sind diese gezwungen, eine Pattsituation anzuerkennen?
2. Hat die neue Führung der russischen SK in der Ukraine Schlußfolgerungen gezogen und wirksame Maßnahmen eingeleitet, um die Spezialoperation erfolgreich zu beenden?

Zur ersten Frage: Trotz einer perfiden Taktik, die bei der Offensive der Ukraine/NATO-SK im Gebiet um Charkow angewandt wurde, einer großen personellen Übermacht (SK plus NATO-Soldaten auf Urlaub und kriegserfahrener Söldner) sowie neuester NATO-Waffensysteme und viel Geld ist es diesen Kräften Ende Oktober an keiner der Fronten gelungen, entscheidende Siege zu erringen. Der russische Militärspezialist Alexei Leonow teilte mit, daß die Angriffstaktik der NATO/Ukraine-SK in Charkow so abließ, daß zuerst die unerfahrenen Rekruten, mit Sperr-Feuerabteilungen im Rücken, mehrfach ins Feuer „geschickt“ wurden, danach die militanten Neonazis und die ukrainischen Spezialeinheiten. Als letzte Formation kamen kampferprobte NATO-Freiwillige und -Soldaten sowie Söldner zum Einsatz. In Charkow und bei den Kämpfen um Krasny Liman wurden dabei tausende Kämpfer der territorialen Verteidigung der Ukraine verheizt, während die russische Seite kaum Tote und Verletzte hatte. Ein Wiederholen dieser Taktik im Chersoner Gebiet mißlang u. a. auch deshalb, weil die russischen Streitkräfte darauf vorbereitet waren und die westlichen Söldner sich weigerten, an diesen verlustreichen Kämpfen

teilzunehmen. Der Befehlshaber Surowikin berichtete am 10.11. in Verbindung mit der Erläuterung des Räumungsbefehls von Cherson, daß sich die Verluste der dortigen ukrainischen SK von August bis Ende Oktober auf 9 500 Tote und Verletzte sowie 700 Panzer und gepanzerte Fahrzeuge beliefen. Dabei seien die russischen Verluste bis acht Mal geringer als die des Gegners. Am 11.11. konnte Surowikin vermelden, daß die gesamte Chersoner Garnison mit voller Bewaffnung sowie die willigen Chersoner Bürger ohne Verluste auf die Ostseite verlegt werden konnten, daß die Stadt erhalten blieb und daß die Kachowkaer Staumauer nicht zerstört wurde, was als humanitärer Akt Rußlands zu verstehen ist. Er führte weiter aus, daß die frei gewordenen Truppen zur Verstärkung der russischen Donbass-Gruppierung eingesetzt werden. Leider haben sich durch diese Operation die Möglichkeiten für die Befreiung von Nikolaew und Odessa derzeitig verschlechtert. Weiterhin stellte der Befehlshaber fest, daß die SK der RF entlang der gesamten Kontaktlinie den ungestümen Angriffen der ukr.-SK widerstanden und sogar an mehreren Abschnitten Territorien zurückeroberten konnten.

Per 20. Oktober beliefen sich die Totalverluste der ukrainischen Armee (so von der Organisation „Open Source Intelligence“ festgestellt) für die letzten acht Monate auf 387 000 und bei westlichen Söldnern und Freiwilligen aus Polen, dem Baltikum und aus Rumänien auf 31 240. Russische Angaben wurden nicht genannt. Mit dem 1.11. wurden während der achtmonatigen Spezialoperation fast 500 Flugzeuge und Hubschrauber, 2 400 Drohnen, 6 200 Panzer, 3 500 Artilleriesysteme, 880 Mehrfachraketenwerfer, über 6 900 Spez.-Fahrzeuge und ca. 400 Fla-Raketen-Komplexe außer Gefecht gesetzt. Davon sollen nur ca. 20 % durch die NATO-Staaten wieder aufgefüllt worden sein. Die von der NATO gelieferten Waffen kommen hauptsächlich über Polen und Rumänien in die Ukraine. Bis zu 30 % der gelieferten Waffen sollen es nicht bis an die NATO-RF-Fronten geschafft haben. Da die NATO-SK einerseits bei ihren verlustreichen Angriffen einen großen Teil ihrer strategischen Reserven verloren haben und es Schwierigkeiten bei der Zuführung neuer Truppen und Waffen aus dem Westen gibt, andererseits die RF-SK tagtäglich neue, gut ausgerüstete und trainierte Truppen einsetzen, verschlechtern sich derzeit die Offensive-Aussichten des kollektiven Westens, während sich die Stabilisierungsmöglichkeiten der russischen Truppen verbessern.

Führende NATO-Militärs (z.B. General a.D. Kujat) sehen diese Situation als ein annäherndes Patt zwischen den Seiten an. Aktuell werden die NATO-SK relativ stark durch die Zerstörungen und Beschädigungen der kritischen Infrastruktur mittels präziser russischer Raketenanschläge und solcher der russischen Luftstreitkräfte (LSK) geschwächt. Die ukrainische Führungsclique fordert nun vom Westen eine Eskalierung der Kampfhandlungen mit stärkerem Einstieg der NATO, d. h., mehr

Soldaten, Söldner und Ausbildungsmissionen, mehr Luftverteidigungsmittel, Kampfpanzer, weitreichende Artillerie und Raketen sowie Drohnen, die weitere Bereitstellung von Echtzeitinformationen zur Kampfführung und Waffenlenkung sowie ausreichend Munition und viel Geld zur Weiterführung der Kampfhandlungen sowie zur Aufrechterhaltung der bankrotten Ukraine.

## Über die Anschläge von Ukraine und NATO zur Schwächung der RF

In letzter Zeit flüchten sich die nicht sehr erfolgreichen SK und Geheimdienste des Westens und der Ukraine in Terroroperationen gegen die russischen Truppen, die Krim und Südrußland, wobei sie von der NATO und von Willigen mit Fachwissen und technologisch unterstützt wurden.

So kam es bei den Anschlägen auf die Erdgas-Pipelines NS-1 und NS-2 mit Unterwasser-Drohnen, die mit Sprengladungen bestückt waren, dazu, daß eine Ladung nicht explodierte und damit den Verursacher verriet. Da dieser aber, angeblich aus Geheimhaltungsgründen, von westlicher Seite nicht genannt wird, kann man Rußland aus dem Kreis der Verdächtigen ausschließen. Hauptverdächtige bleiben die USA und Großbritannien (GB). In Sewastopol wurden dort liegende Schiffe der russischen Schwarzmeerflotte mittels neuartiger Unterwasser-Drohnen (britische, ferngesteuerte Über- und Unterwasserboote voll mit Munition aufgefüllt) angegriffen und beschädigt. Liz Truss, die kurzzeitige Premierministerin von GB, hat den Durchführenden des Terroraktes dadurch offengelegt, daß sie dem Außenminister der USA Blinken Vollzug per SMS meldete („Es ist erledigt.“). Diese Terrorakte und weitere Provokationen beweisen, daß trotz anderslautender Beteuerungen die NATO-Staaten direkt und federführend in den Ukraine-Konflikt involviert sind und letzteren damit zu einem NATO-Rußland-Krieg eskalieren.

Zur zweiten Frage: Der russische Militär-analyst Juri Kotonok erklärte, daß die russischen luft-kosmischen SK (LK-SK) ab dem 10. Oktober erfolgreiche Raketen- und Drohnenangriffe auf die Energie- und Militär-Infrastruktur der Ukraine gestartet haben. Allein am 17. Oktober wurden in der Ukraine mehr als 50 Raketenangriffe (39 mit Flugzeugen und neun mit Marschflugkörpern) registriert. Das führte zur Zerstörung oder Beschädigung von über 40 % des Stromnetzes, aber auch zum Ausfall von anderen Netzen der kritischen Infrastruktur.

Die Hauptsorge der Ukraine ist jetzt, wie lange russische Truppen in der Lage sein werden, ein solches Maß an Beschuß aufrechtzuerhalten, denn die Produktion und der Ersatz ausgefallener sowie die Einsatzvorbereitung von Angriffssystemen ist arbeits- und zeitaufwendig, was die Lage in der Ukraine für lange Zeit verschlimmern wird. Dazu kommt, daß nur wenige NATO-Länder selber Waffen herstellen und deren Ressourcenbereitstellung für die Militärindustrie noch nicht auf den erhöhten Bedarf der Ukraine eingestellt ist. Es

gibt aber auch Liefervorbehalte. So will Israel seine effektive LV-Technologien nicht in die Ukraine liefern, um ihre bedrohte Sicherheit nicht zu schwächen. Rußland, welches seine Wirtschaft und den militärisch-industriellen Komplex (MIK) bereits aktiviert und auch Waffen- und Munitionszukäufe organisiert sowie eine Kommission zur Koordinierung der Sicherstellung der Spezialoperation mit allem Nötigen gebildet hat, besitzt eindeutig Vorteile, die sich aus der Selbstbestimmtheit und aus dem Vorhandensein notwendiger Ressourcen im eigenen Lande ergeben.

Das Wichtigste sei es, so der russische Militärexperte Kotenok, das Kampfpotential, über welches die Ukraine dank westlicher Waffenlieferungen verfügt, zu neutralisieren. Die Bekämpfung der Himars- u.a. Mehrfachwerfer ist für die Geranien-2-Drohnen der SK der RF eine häufig gelöste Aufgabe. Himars-Systeme werden aber auch effektiv durch das System „Polones“ (ein in Belarus mit China entwickelter Mehrfach-Raketenwerfer großer Reichweite) gejagt. Die SK der RF haben es gelernt, die Geschosse und Raketen der westlichen Mehrfach-Raketenwerfer abzuschießen oder zu blenden, so daß diese die vorgesehenen Ziele mehrheitlich nicht erreichen. Gleise, Bahnhöfe, Lokomotivdepos, Umspannwerke wurden, so Kotenok, in die vordere Reihe der Ziele eingeordnet.

Um die neue Spezialoperation erfolgreich zu gestalten, ist die Neutralisierung der kosmischen Kleinsatelliten des „Starlink“-Systems des Multimilliardärs Musk, welches für die Ukraine aufgrund der Erpressung desselben durch die US-Regierung kostenlos weiterbetrieben werden muß, dringend zu erreichen. Die RF-SK verfügen über die Fähigkeiten, das „Starlink“-System durch das atomar gespeiste Lasersystem „Peresvet“, mittels des neuen Systems für den elektronischen Kampf „Taranda-23“ und durch die Anhäufung von kosmischem Müll außer Kraft zu setzen, womit bereits begonnen wurde. Damit hat sich die Angriffsfähigkeit der NATO-Verbände in der Ukraine stark verringert.

Seriöse russische Experten sehen die Angriffe auf die militärisch relevante Infrastruktur der Ukraine sowie die Vernichtung der westlichen Waffen als Schlüssel zum Erfolg der russischen Spezialoperation an.

### Stichwort Zermürbungskrieg

Juri Knutow, ein weiterer Militärexperte der RF, führte zu dem besonders in den westlichen Medien hochgeputzten Begriff „Zermürbungskrieg“ aus, daß die reaktionärsten Kräfte der USA, der NATO, der Ukraine und der EU daran arbeiten, die Taktik im Ukraine-Konflikt zu ändern und Rußland in einen langwierigen „Zermürbungskrieg“ hineinzuziehen. Sie wollen die Kriegsverluste der Ukraine schnell und möglichst mit modernen Waffensystemen ausgleichen und mehr Munition liefern.

Aber eine verstärkte Abnutzung, so russische Militärexperten, ist auch bei den NATO-SK zu beobachten. Die jüngsten russischen Rakenschläge führten zur Ausschaltung großer Teile des Energiesektors sowie der Kommunikations- und Kontrollzentren der SK sowie des Staates, was die Lage an der Front

zu Gunsten der RF-SK veränderte. Es geht um die Frage, wessen Wirtschaft mehr leistet und länger standhält. Übrigens ist Rußland dabei, das bisher nach westlichem Muster organisierte liberale Wirtschaftssystem in ein verteidigungsfähigeres Staatswirtschaftssystem umzubauen.

Festzustellen ist, daß die Russische Föderation in der neuen Spezialoperation nicht mehr mit selbständig handelnden Teilen der SK der RF



**Der Mehrfachraketenwerfer „Polonez“ entstand in Kooperation von Belarus mit China**

und der Donbass-Republiken kämpft, sondern unter einem vereinigten Kommando. Das ist auch notwendig, da sich die ukr.-SK mit einem Anteil an westlichen Soldaten und Söldnern von über 30 % zu einer NATO-Armee gehäutet hat, welche von NATO-Offizieren ausgebildet und in den Kampf geführt wird. Der Abgeordnete der Staatsduma Oleg Matweitschew verwies darauf, daß die der Ukraine bereitgestellte Gesamtsumme der Militärlieferungen und -leistungen bisher 41,3 Milliarden Euro beträgt, darunter aus den USA 27,7, aus GB 3,7, aus der EU 2,5, aus Polen 1,8, aus Deutschland 1,2 Milliarden Euro.

### Was kann man im Weiteren von Rußland erwarten?

Da die USA ihr Ziel, Rußland entscheidend zu schwächen, bisher trotz allem nicht erreicht haben, werden sie und ihre Verbündeten ihre Anstrengungen bei der Lieferung von NATO-Waffen, bei der Ausbildung ukrainischer Soldaten, beim vermehrten direkten Einsatz von NATO-Personal verstärken.

Darauf müssen sich die Streitkräfte der RF, die Verteidigungsindustrie und das ganze Land einstellen. Der russische Verteidigungsminister hat den erfolgreichen Abschluß der Teilmobilmachung vermeldet. Mehr als 300 000 Reservisten und über 75 000 Freiwillige sind bereits in den Ausbildungslagern der Truppen, um für ihren baldigen Einsatz in der Ukraine vorbereitet zu werden. 80 000 Mann sollen sich zur Verstärkung in den Donbass-Republiken befinden. Deren Anzahl soll noch um 200 000 Mann (plus 15 000 Soldaten aus Cherson) erhöht werden, um die bisherige personelle Unterlegenheit der RF-SK auf den ukrainischen Gefechtsfeldern auszugleichen. Weitere Maßnahmen, um wieder kampffähiger zu werden, sind der Ausbau und der verstärkte Einsatz der effektiven Söldnergruppe „Wagner“ und der kampfstarken Kaukasusarmee von Generaloberst Kadyrow, die damit in einen Erfolgswettbewerb mit den Armee-Einheiten treten. Mehrere zehntausend russische Soldaten sind auf dem Weg zu ihren Standorten in Belarus,

um die dortigen Grenzen zu sichern und die massenhaften Waffenlieferungen über Polen in die Ukraine stark einzuschränken. Die eingezogenen Soldaten werden dabei mithelfen, im Charkower Gebiet zwei befestigte Verteidigungslinien aufzubauen, um den Süden Rußlands zu sichern. An allen Fronten verstärken die SK der RF ihre Luftverteidigung. Die Angriffskräfte trainieren mit Rakentruppen und strategischen Bombern die Bekämpfung von Truppenkonzentrationen und besonders befestigter Objekte, und die LSK unterstützen die SK der RF bei militärischen Operationen und werden für die Bekämpfung der kritischen Infrastruktur sowie für die Neutralisierung der Waffenlieferungen im Zusammenwirken mit den iranischen und russischen Drohnen trainiert. Die luftkosmische und unmittelbare Truppen-Aufklärung wird effektiviert und verstärkt. Neue Waffensysteme werden für einen möglichen Einsatz vorbereitet (LV-Komplex S-500 und neue FEK-Systeme) und konventionelle Waffensysteme durch Modernisierungen (600 T-62) im Zusammenwirken mit den Betrieben des MIK (nach syrischen Erfahrungen) an die Bedingungen auf den Gefechtsfeldern angepaßt. Hinzu kommt die Einführung des neuen russischen Antidrohnenkomplexes kurzer Reichweite LPD-801 u. a. m.

Ob dies alles ausreicht, hängt von den Zielen der RF-SK in der Ukraine und natürlich von der Anzahl der Soldaten und Waffen ab. Da die durchgeführte Teilmobilmachung nur den annähernden Gleichstand bei der Anzahl der Soldaten mit dem „kollektiven Westen“ gewährleistet, ist die RF auch weiterhin noch nicht in der Lage, strategische Angriffsoperationen in der Ukraine durchzuführen. Rußland ist auf der Basis der militärischen Ergebnisse eher zu Verhandlungen bereit, als der unzufriedene kollektive Westen und die nazistische Ukraine.

### Resümee

Zu möglichen Entwicklungen im NATO-Rußland-Krieg äußerte der US-Generalstabschef Mark Milley: Eine Verhandlungssituation tritt erst dann ein, wenn sich im Winter eine unbewegliche Frontlinie herausgebildet hat. Ein Sieg einer der Seiten auf dem Gefechtsfeld wird nicht zu erreichen sein.

Der ehemalige militärische Berater von Kanzlerin Merkel, GM Vad, vertritt folgende Ansichten:

- Der Konflikt Rußland – Ukraine hat sich zu einem Krieg NATO – Rußland entwickelt, der sich im Zustand einer operativen Patt-Situation befindet.
- In Kiew bahnt sich durch die russischen Angriffe auf die kritische Infrastruktur ein totaler Blackout an, der die Einsicht im Westen befördern sollte, die Waffenlieferungen zu Gunsten von humanitärer Hilfe zu verringern.
- Rußland wird weitere Mobilmachungen durchführen, um seine Spezialoperation erfolgreich zu beenden.
- Die Ukraine will, daß die NATO verstärkt in die Kampfhandlungen einsteigt und diese zu einem Abnutzungskrieg macht.
- Rußland wird die eroberten Territorien nicht aufgeben, aber zu diplomatischen Lösungen bereit sein.

**Oberst a. D. Gerhard Giese**

# Ukraine: Seit acht Jahren ist Bruderkrieg – „Die Welt“ entdeckt ihn heute

Die tragische Entwicklung, die die ehemalige Sowjetrepublik Ukraine seit ihrer Unabhängigkeit nahm, wird vom Westen bis heute verleugnet. Kein Wunder, er selbst hat schließlich dafür gesorgt und tut jetzt so, als hätte er nicht Ukrainer auf Ukrainer gehetzt. *Die Welt* hat die Erklärung des Kriegsrechts in den vier neuen, nach Referenden der Russischen Föderation beigetretenen Gebieten mit der interessanten Überschrift versehen „Warum Putin jetzt Ukrainer zwingt, gegen ihre eigenen Landsleute zu kämpfen“. Das klingt besonders schlimm. Wie kann man das tun, soll der deutsche Leser denken. Allerdings gibt es diese Tragik seit über acht Jahren: Ukrainer, die gegen Ukrainer kämpfen. Denn nichts anderes war der Krieg im Donbass als Kiewer „Antiterror-Maßnahme“, und die Abtrennung der beiden Volksrepubliken Donezk und Lugansk war genau die Konsequenz daraus.

Die ukrainische Sowjetrepublik, die mit dem Untergang der UdSSR plötzlich zum Staat wurde, konnte nur weiterhin ein Vielvölkerstaat sein. Nicht nur wegen Ukrainern und Russen, auch wegen der dort seit langem auch lebenden Griechen, Bulgaren, Ungarn, Polen und Deutschen. Die Art Nationalstaat völkischer Prägung, wie er seit dem Maidan-Putsch 2014 dort praktiziert wird, ist eine deutsche Erfindung. Und selbst in Deutschland gab es ihn erst nach 1913, weshalb die vielen Polen, die im 19. Jahrhundert in die Bergwerke im Ruhrgebiet geströmt waren, noch ganz selbstverständlich Deutsche wurden, weil das Kriterium des „deutschen Blutes“ erst 1913 erfunden wurde. Ein Nationalstaat etwa in der Konstitution der französischen Republik bezieht sich auf die Menschen auf seinem Territorium, nicht auf irgendeine Abstammung. Die Ideologie Banderas ist dagegen, und damit folgt sie ganz dem deutschen Vorbild, abstammungsbezogen, was für einen Vielvölkerstaat eine Katastrophe ist. Dabei ist das Konstrukt zugleich völlig absurd. Ein ethnisch ukrainischer Staat wäre gerade einmal ein Stück in der Westukraine (abzüglich der polnischen, ungarischen und rumänischen Gebiete dort). Der weit überwiegende Teil des Staatsgebiets war nie von Menschen bewohnt, die sich als Ukrainer verstanden, jedenfalls nicht in dem Sinne, wie er von den Regierungen seit 2014 gebraucht wird. Das Gebiet, in dem die Truppen der Bandera-Anhänger beheimatet waren, war bis zu den Massakern, die dort von den ukrainischen Nazihilfstruppen mit oder ohne Hilfe der Nazi-Wehrmacht verübt wurden, ebenfalls ganz anders besiedelt. Die Ukrainer waren eine Minderheit zwischen Juden und Polen. So, wie es die ideologischen Nachfahren dieser Truppen bis heute für legitim halten, sich dieses Gebiet durch Vertreibung

und Mord ganz angeeignet zu haben, so ist auch ihr Verhältnis zum gesamten Staatsgebiet der ehemaligen ukrainischen Sowjetrepublik. Wer nicht so ist, wie sie, der soll gehen. Die Absurdität der westlichen Argumentation mit der sogenannten territorialen Integrität der Ukraine ist genau der Punkt, daß solche Integrität gemäß der Ideologie, die seit 2014 den ukrainischen Staat beherrscht, überhaupt nicht möglich ist. Das staatliche Erbe der uk-



Aufstand im Donbass, März 2014: „Rußland hilf!“

rainischen Sowjetrepublik hätte nur in einem Vielvölkerstaat mit Gleichberechtigung aller ethnischen Gruppen erhalten bleiben können. Ein ethnisch ukrainischer Staat ist nicht größer als etwa Galizien.

Prinzipiell wäre es durchaus möglich gewesen, daß ein Staatsgebilde in den Grenzen der früheren Sowjetrepublik erhalten bleibt. Aber es war gerade die Politik des Westens, die immer genau jene faschistische galizische Ideologie in den Vordergrund schob, die zum politischen Sprengsatz werden mußte. Und diese Ideologie erhebt seitdem ihren Anspruch auf Kontrolle über das gesamte Gebiet, der in etwa so legitim ist wie ein deutscher Anspruch auf Paris, weil es einmal Karl den Großen gab.

Daß nun Ukrainer gegen Ukrainer kämpfen, begann schon im Jahr 2014 während des Maidan. Waren etwa die in der Kiewer Innenstadt von einem Mob mit Molotow-Cocktails (und das war keine Mischung aus Benzin und Alkohol, sondern eine Mischung, die wie Napalm wirkt, also kaum zu löschen ist) in Brand gesetzten Polizisten keine Ukrainer? Oder etwa die gejagten und verbrannten Opfer im Gewerkschaftshaus in Odessa? Das war der Zeitpunkt, an dem der Kampf von Ukrainern gegen Ukrainer begann. Und alles weitere sehen ist die Konsequenz daraus, daß der Westen den Aufstieg einer zutiefst rassistischen und menschenfeindlichen Ideologie nicht nur verleugnet, sondern sogar gefördert hat. Und zwar erst recht, wenn heute deren Anhänger auf deutschem Boden ungestraft erklären können, man müsse alle Russen töten, und immer noch so tun dürfen, als wäre das eine völlig normale und nachvollziehbare

Haltung. Nach der vom Westen vertretenen Sicht sind auch die Menschen in Donezk und Lugansk allesamt Ukrainer. Sie haben sich dennoch acht Jahre lang gegen diese anderen Ukrainer zur Wehr setzen müssen. Wer das „müssen“ nicht glaubt, kann gerne im Internet nach den Berichten suchen, wie die Truppen der Kiewer Regierung und insbesondere die ideologischen Abteilungen wie „Asow“ mit den Menschen des Donbass

umgegangen sind. Sie haben sich so verhalten, wie ihre Ideologie es vorgibt: Sie wollten das Territorium, aber nicht dessen Bewohner. Und sie verhalten sich auch heute noch so, wenn ihnen irgendein Ort erneut in die Hände fällt. Aber es sei Putin, der Ukrainer zwingt, gegen Ukrainer zu kämpfen. In Wirklichkeit steht schon die ganze Zeit die eine Ukraine, die ein Erbe der sowjetischen Teilrepublik bewahrt, gegen die andere, die in der Nachfolge der Nazi-Hilfswilligen weiterhin Hitler verehrt und alles ausrotten will, was ihren Vorstellungen von „ukrainisch“ nicht entspricht. Gerade wir Deutsche sollten das verstehen, so wie wir verstehen müßten, daß eine andere Ukraine

in weiten Teilen dieses großen Landes nach wie vor existiert, immer noch zum Leben erweckt werden kann, aber nach acht Jahren des Terrors eingeschüchtert ist und nur im Verborgenen übersteht. Es gab auch ein anderes Deutschland, dessen Menschen in den Lagern saßen, im Exil lebten, aber vielfach auch nur versuchten, irgendwie mit Anstand, aber schweigend, zu überleben.

Ukrainer gegen Ukrainer – das war all die Jahre über der Kern dieses Krieges. In den Milizen des Donbass waren Antifaschisten aus der gesamten Ukraine, und diese Milizen haben in den letzten Monaten einen Großteil der Kämpfe ausgefochten. Genau das ist der Grund, warum das für Rußland ein besonderer Militäreinsatz war – weil die russischen Truppenteile geschickt wurden, um in den Donbass-Republicen die dort beheimateten Milizen zu unterstützen. Wenn man also im Westen dieses moralische Faß aufmachen und eine Geschichte vom Brudermord erzählen will, muß man das vollständig tun und nicht einfach die acht Jahre Bombardement auf Donezk und Lugansk und die menschenverachtende Ideologie, die aus Kiew verbreitet wird, unterschlagen. Wenn man das aber nicht tut, könnte man zu dem Umkehrschluß kommen, daß nämlich nur ein Vielvölkerstaat Ukraine in der Lesart der „russischen“ Seite überhaupt eine Zukunft haben kann, egal ob als Teil der russischen Föderation oder nicht. Unter der Ideologie eines Bandera jedenfalls muß er untergehen. Und das wäre ein Untergang, der vollständig auf die Rechnung des Westens geht.

Dagmar Henn

Quelle: RTDE, 20. Okt. 2022

## Krimitaren als Spielball deutscher Expansionsstrategie

# Neuaufgabe Sezessionistischer Kollaborateure

Zur Vorbereitung der geplanten „Neuordnung Europas unter deutscher Führung“ und bei der Durchführung ihres Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion bedienten sich die Nazis sowohl faschistischer Marionetten wie Quisling, Mosley, Mussert, Pavlovic, Mihalic u.a. als auch diverser Söldnertruppen, die sie mittels sezessionistischer Volksverhetzung rekrutieren konnten. Es gab ihrer viele, wie z.B. die Tschetniks in Serbien, die Ustascha Kroatiens, Bandera-Leute in der Ukraine und die Wlassow-Division in Rußland.

Die CIA heuerte schon ab 1945 eine Auswahl dieser faschistischen Rudimente zur „besonderen Verwendung“ an, wie auch deutsche „Spezialisten“, die im Adenauer-Staat dankbare Weiterverwendung fanden. Denn auf ihrer Agenda stand ein strategisches Ziel, das schon zuvor im I. Weltkrieg vom Kaiserreich und den Osmanen verfolgt wurde: Die Zerstückelung Rußlands bzw. der UdSSR.

Reinhard Gehlen und Gerhard Wessel von der Wehrmachtsspionage-Abt. „Fremde Heere Ost“ wurden aus der CIA-Gruppe „Gehlen“ zu Chefs des Bundesnachrichtendienstes und Militärischen Abschirmdienstes befördert. Dies geschah dank ihrer besonderen Kenntnisse und wegen ihrer Verbindungen zur Sowjetunion und zu dortigen antikommunistischen Elementen. Nazi-Kollaborateure wurden in Bereitschaft gehalten, in der BRD finanziert, als „Kulturvereine“ getarnt und z.B. gegen Jugoslawien, ermuntert vom CIA-Sender „Radio Free Europe“, bei Terroranschlägen unterstützt. Willkommen waren auch die in den Westen geflohenen Überreste der mit furchtbaren Kriegsverbrechen an Russen und Juden beladenen „Schutzmannschaftsbataillone“ der Ordnungspolizei, „Turk-Bataillone“ der Wehrmacht und der „Muselmanischen SS-Division „Neu Turkestan“ (später „Osttürkischer Waffenverband der SS“), in denen, seit der

Besetzung der Krim 1942, bis zu 20 000 (der ca. 200 000) Krimitaren für die deutschen Okkupanten kämpften. Dabei galten ihr besonderer Haß und Grausamkeit jener Mehrheit ihrer Landsleute, die in der Roten Armee oder als Partisanen ihre Heimatregion 1944 vom faschistischen Joch befreiten.

Jedoch, sofort nach der Auflösung der Sowjetunion und der Abspaltung der Ukraine gründeten sie 1991 den „Medschlis“ als sogenanntes Exekutivorgan aller Krimitaren mit aus „Kulturvereinen“ mutierten Ablegern in Berlin, Brüssel und den USA im „Weltkongreß der Krimitaren“, deren Vorsitz 2014 Refat Tschubarow innehatte. Auch mit den ca. 5 Millionen vom Erdogan-Regime organisierten „Kirimturk“ in der Türkei sind sie vernetzt.

Sogleich begann eine mediale Kampagne mittels Reanimation altbekannter propagandistischer Leitmotive: „Verfemte Minderheit. Treue Freiheitskämpfer an Deutschlands Seite, Opfer von Stalins ‚Holodomor‘ (1944) und Putins ‚Besetzung der Krim‘ (2014).“

In der „orangefarbenen“ Kampagne für den Beitritt zur EU und NATO (2004) schlugen sie sich auf die Seite derer, die dann mit dem Euro-Maidan-Putsch Poroschenkos Clique zur Macht verhalfen. Zum Lohn gab es Parlamentssitze, Pfründe und Ehrentitel. 2011 erhielt Mustafa Dschemiljew, „Medschlis“-Vorsitzender, in Berlin den „Victor-Gollancz-Preis“ der „Gesellschaft für bedrohte Völker“ unter Anwesenheit Erika Steinbachs beim „Deutsch-Krimitartarischen Dialog“, gefördert vom Auswärtigen Amt. Auch Cem Özdemir und EU-Politiker führten vertrauliche Gespräche mit ihm. 2014 wurde er sogar zum „Held der Ukraine“ ernannt.

Seit 2010 sank daher der Rückhalt dieser Kollaborateure unter den Tataren auf der Krim. Mit der 2006 entstandenen Partei „Milli Firka“

stimmte 2014 eine deutliche Mehrheit von ihnen für den Beitritt zu Rußland.

Im Bunde mit faschistischen und islamistischen Terroristen ließ 2015 der Ukrainische „Medschlis“ die Verkehrswege zur Warenversorgung sperren und die Strommasten sprengen, forderte härtere EU-Sanktionen, den völligen Boykott und sogar einen NATO-Einsatz „zur Befreiung“ der Krim. So machten sie die eigene Volksgruppe erneut zum Opfer imperialistischer Globalstrategie. Daraufhin wurde diese fanatische Agententruppe 2015 auf der Krim verboten.

Der rechtswidrige Abschluß eines russischen Kampfflugzeugs durch die Türkei, beim Einsatz gegen turkstämmige Islamisten in Syrien, zeigte erstmals die „Spitze eines Eisbergs“: Nämlich, daß Erdogans AKP in Wiederaufnahme des anmaßenden „panturanistischen“ Dominanzstrebens gegenüber allen Turkvölkern, besonders der ehemaligen Sowjetunion, auch die um Eskisehir und ca. 39 anderen Orten schon seit 1792 ansässigen „Krimtürken“ als Karte im Spiel hat. Türkische Geistliche bildeten seit 1991 den sunnitischen Klerus der Ukraine aus. Nun kommen zunehmend salafistische Haßprediger hinzu, die von zentralasiatischen IS- und Al-Kaida-Kreisen geschickt werden. Erdogans skrupelloser Machtpoker und sein „neosmanischer“ Patronatsanspruch sind ein weiterer erheblicher Risikofaktor für den aufs äußerste gefährdeten Weltfrieden. Obwohl Rußland immer wieder nach Kompromissen in der Nahostpolitik mit der Türkei sucht, und manche oft auch findet, zeigt sich doch z.B. im Konflikt mit der PKK oder zwischen Armenien und Aserbaidschan, unübersehbar die grundlegende wahre Strategie der Türkei als „neosmanische“ Patronatspolitik.

**Jobst-Heinrich Müller**

## Wessen Welt ist die Welt?

Die Zerstörung der UdSSR und Auflösung des Warschauer Vertrages erweist sich nicht nur als größte geopolitische Katastrophe, sondern ebenso als zivilisatorischer Rückschritt für die gesamte Menschheit. Nicht nur Errungenschaften des Sozialismus, auch das Völkerrecht, demokratische und soziale Grundrechte sind außer Kraft gesetzt worden, selbst das Recht auf Leben, das Recht auf Arbeit, Gleichberechtigung der Frau und viele andere sind Makulatur.

Für die USA ist Rußland eine „direkte Bedrohung“ ihrer Interessen und Werte. Die VR China wird als „Hauptfeind“ markiert. Bundespräsident Steinmeier fordert eine „Lex Rußland“. Deutschland und Rußland seien Feinde und die BRD müsse sich „konfliktfähig“ machen. Die NATO rückt weiter gen Osten vor und füllt ihre Reihen mit neuen Mitgliedern. Faschistische Positionen und

Ideen breiten sich in vielen Ländern aus. Die Russophobie hat schon längst Ausmaße einer Volksverhetzung angenommen, die vor internationale Gerichtshöfe gehört.

Die Gefahr eines atomaren Schlagabtausches ist heute größer als 1962 während der Kubakrise. Rufe nach Frieden und Verhandlungen werden unterdrückt. Die Bereitschaft Chinas und Rußlands zur Suche nach tragfähigen Lösungen wird verschwiegen oder brüsk abgelehnt.

Nehmen wir das Angebot Chinas, mit der USA „in gegenseitigem Respekt und friedlicher Koexistenz zusammenzuarbeiten, oder Putins an die Adresse der Bürger der europäischen Länder und auch der USA gesandten Ruf: „Rußland ist nicht Ihr Feind und hat niemals irgendwelche böartigen Absichten gegenüber den europäischen Staaten und den USA.“ Deren Probleme sind „das Ergebnis

systematischer Fehler der politischen Führung Ihrer Länder“ und „nicht auf Rußland zurückzuführen“.

Wer Frieden will, muß den Krieg stoppen, und zwar jetzt. Und das eingedenk dessen, daß für Krieg, Aufrüstung, Waffenlieferungen an die Ukraine und andere Konfliktherde die Menschen auch hierzulande mit Inflationsfolgen, erhöhten Steuern und Abgaben, sinkendem Lebensniveau bezahlen. Nicht Gleichgültigkeit, Egoismus und Resignation sind als Ausweg geeignet, sondern nachdenken über Ursachen und Lösungen, Mitverantwortung und aktives Handeln.

Diesem Erfordernis entspricht der Aufruf zur Liebknecht-Luxemburg-Demonstration 2023 gegen Krieg und Krise! Für Frieden und Solidarität!

**Bruno Mahlow**  
Berlin

## „Wir brauchen alle Kontinente“

*EU-Kommissarin von der Leyen will den Wirtschaftskrieg gegen Rußland und China gewinnen und deren Einfluß in Asien und Afrika ausschalten. Die „regelbasierte Ordnung“ ist ihre Blaupause für die Weltherrschaft. „Wir brauchen alle Kontinente, um die auf Regeln basierende Ordnung zu verteidigen“, forderte sie.*

In ihrer Rede am 12. Oktober auf der EU-Botschafterkonferenz in Brüssel erklärte von der Leyen, daß Europa sowohl China als auch Rußland als Bedrohung ansieht. Die EU-Chefin stellte den rohstoffreichen globalen Süden als Schlachtfeld dar. Sie warnte, daß die Nachfrage nach Rohstoffen, die für den Aufbau von Technologien für erneuerbare Energien benötigt werden, exponentiell ansteigen wird und bestand darauf, daß der Westen China daran hindern müsse, diese natürlichen Ressourcen zu kontrollieren. Die EU bringe hunderte von Milliarden Euro auf, um Programme zur Schwächung des chinesischen und russischen Einflusses in Asien, Afrika und Lateinamerika zu finanzieren.

Von der Leyen machte deutlich, daß Europa seinen Einfluß in der ganzen Welt aufrecht erhalten wolle und betonte: „Der Krieg in der Ukraine ist nicht nur ein europäischer Krieg, sondern ein Krieg um die Zukunft der ganzen Welt. Der Horizont Europas kann also nur die ganze Welt sein.“

Die Äußerungen der EU-Chefin spiegeln die Positionen der Nationalen Verteidigungsstrategie 2018 der US-Regierung und des Strategischen Konzepts 2022 der NATO wider, die beide China und Rußland zu den Hauptgegnern des Westens erklären. Insbesondere die von Wladimir Putin und Xi Jinping vereinbarte „grenzenlose Partnerschaft“ sei eine „klare Herausforderung für die Nachkriegsordnung“. Von der Leyen verwies darauf, daß die Europäische Union ein Investitionsprogramm namens Global Gateway geschaffen habe, um Chinas massives globales Infrastrukturprojekt, die Belt and Road-Initiative, herauszufordern. Sie erwarte von den EU-Mitgliedstaaten, daß diese 300 Milliarden

Euro dafür aufbringen, damit sich der chinesische und russische Einfluß in Asien, Afrika und Lateinamerika nicht weiter ausdehne. In Anlehnung an den entlarvten Mythos der Schuldenfalle Diplomatie behauptete sie: „Die Schuldenkrise der ‚Belt and Road‘ ist jetzt in vollem Gange. Dutzende von Ländern sind bei China massiv verschuldet. Acht dieser Länder – von Angola bis Laos – werden im Jahr 2022 mehr als 2 % ihres Bruttonationaleinkommens ausgeben, um ihre Schulden bei China zu bezahlen. Bei unserem Investitionsprogramm Global Gateway geht es darum, den Ländern eine bessere Wahl zu ermöglichen, ihnen eine Alternative zu bieten.“

Von der Leyen vergaß zu erwähnen, daß China mehr als einem Dutzend Ländern Schulden in Höhe von mehreren Milliarden Dollar erlassen oder umstrukturiert hat.

(Zum Vergleich: Argentinien ist beim US-amerikanischen IWF mit 45 Milliarden Dollar verschuldet, was fast 10 % seines Bruttonationaleinkommens entspricht. In ähnlicher Weise war Honduras nach einem von den USA unterstützten Staatsstreich in 9,25 Milliarden Dollar Auslandsschulden gefangen, die größtenteils dem IWF zuzuschreiben sind und die schwindelerregende 35 % seines BNE ausmachen).

Von der Leyen wies darauf hin, daß sie und US-Präsident Joe Biden einen Leaders Summit abhalten, um eine „wertorientierte Investitionsagenda für die Welt wirklich voranzutreiben“. Sie meinte: „Das transatlantische Band ist stärker denn je. Wir haben unsere Sanktionen koordiniert, Runde um Runde. Wir haben unsere Energiekoordination und die Energielieferungen auf beiden Seiten intensiviert.“ Sie sei stolz darauf, daß die US-Energieexporte „es uns ermöglicht haben, uns von russischen fossilen Brennstoffen abzuwenden“. Es habe „enorm geholfen, daß ich mit Präsident Biden eine Vereinbarung über LNG (Flüssigerdgas) getroffen habe, und sie haben die Lieferung von LNG in die Europäische Union wirklich intensiviert“.

Von der Leyen verwies darauf, daß Rußland Europa Anfang 2022 mit 41 % seines importierten

Pipelinegases versorgte. Mit Stand vom 12. Oktober ist dieser Anteil auf nur noch 7,5 % gesunken. „Das ist ein großer Schritt. Das ist ein enormer Rückgang, ein notwendiger Rückgang. Ohne unsere engen Freunde und Partner, wie z. B. Norwegen und die Vereinigten Staaten, die uns mit LNG versorgen, hätten wir das nie geschafft“, erklärte sie stolz.

Um den chinesischen und russischen Einfluß zu schwächen, forderte von der Leyen die EU auf, ihre Aktivitäten in Zentralasien zu verstärken: Die Region sei „eine Schnittstelle zwischen Europa, Rußland und China. Und sie durchläuft eine Zeit turbulenter Veränderungen. Einige Länder drängen auf Reformen, die noch vor wenigen Monaten undenkbar schienen. Und sie verdienen unsere ganze politische und wirtschaftliche Unterstützung.“ In ihrer Rede bekräftigte von der Leyen die uneingeschränkte Unterstützung Brüssels für die Ukraine in ihrem Krieg mit Rußland. „Wir, die Europäische Union, müssen die Ukraine durch dick und dünn unterstützen, so lange es nötig ist, forderte sie und fügte hinzu, daß die Ukraine „mit Begeisterung“ den Status eines EU-Kandidaten erhalten habe. Sie rühmte sich der neun strengen Sanktionspakete, die Europa gegen Rußland verhängt hat. Von der Leyen teilte mit, daß die EU die Ukraine seit Februar 2022 mit mindestens 19 Milliarden Euro unterstützt hat. Sie wies darauf hin, daß dies eine vorsichtige Schätzung sei, da sie „die Mittel aus der Europäischen Friedensfazilität, die Ausrüstung mit militärischen Fähigkeiten und Waffen nicht einschließt“.

Auch die Vereinigten Staaten haben die Ukraine mit mindestens 60 Milliarden Dollar unterstützt, mit durchschnittlich 228 Millionen Dollar an Militärhilfe pro Tag.

**Ben Norton**

15.10.22

*Redaktionell gekürzt*

*Quelle: <https://multipolarista.com/2022/10/13/von-der-leyen-eu-china-russia-threats/>*

## Zentrales US-Kommando zur Aufrüstung der Ukraine gebildet

*Eine US-Strategie für den Untergrundkampf gegen Besatzer, die in der Ukraine angewandt wird, wurde in Deutschland entwickelt.*

Mit der kürzlich getroffenen Entscheidung zur Bildung eines neuen zentralen Kommandos in Wiesbaden-Erbenheim bündeln die USA ihre Aktivitäten zur Aufrüstung und Ausbildung der ukrainischen Streitkräfte. In ihm sollen alle bereits bestehenden Strukturen zusammengeführt werden, welche die unmittelbare militärische Unterstützung der Ukraine koordinierten. Auch multinationale Strukturen sollen angekoppelt werden. Damit hielten die US-Streitkräfte auch rein formal alle Fäden in der Hand. Bereits seit Anfang August ist

in Wiesbaden-Erbenheim das bislang mit der Unterstützung der ukrainischen Streitkräfte befaßte International Donor Coordination Center untergebracht. Es ist aus einer Planungszelle entstanden, die bereits kurz nach Kriegsbeginn gebildet wurde, um die logistisch schwierige Lieferung von Kriegsgerät in das ukrainische Kriegsgebiet zu organisieren. Die führende Rolle hatten dabei zunächst Soldaten der in Stuttgart-Vaihingen stationierten 10th Special Forces Group der US-Streitkräfte inne, die bis kurz vor Kriegsbeginn ukrainische Einheiten in der Westukraine trainiert hatten. Mittlerweile arbeiten im International Donor Coordination Center, das in der einen oder anderen Form in dem neuen Kommando

aufgehen dürfte, Delegierte der Streitkräfte von mehr als zwei Dutzend Staaten; auch die Ukraine ist mit einem General vertreten. Das neue Kommando wird zudem mit der Ukraine Defense Contact Group verknüpft, dem erstmals am 26. April auf der US-Militärbasis Ramstein versammelten lockeren Zusammenschluß von rund 40 Staaten, die an der Aufrüstung und Ausbildung der Ukraine beteiligt sind.

Damit ist Deutschland wiederum als Drehscheibe für die militärischen Aktivitäten sämtlicher NATO-Mitglieder in Ost- und Südosteuropa gestärkt.

*Auszug aus: [german-foreign-policy.com](https://german-foreign-policy.com), 14.10.22*

# Ende der US-Dominanz nur noch Frage der Zeit

Nach Einschätzungen des neo-liberalen UK-Wirtschaftsmagazins „The Economist“ geht es in Rußland seit Mitte des Jahres wieder wirtschaftlich aufwärts. Auch der Internationale Währungsfonds hat Rußland nach dem Sanktionschock zu Beginn des Jahres inzwischen wieder positive Raten des Wirtschaftswachstums attestiert. Der Rubel gehört zu den stärksten Währungen der Welt, die Anfang 2022 hochgeschneelte Inflationsrate ist drastisch gefallen und liegt jetzt weit unter dem Durchschnitt der EU-Länder.

Während es in Rußland weder Engpässe bei Lebensmitteln noch bei Energie gibt und die Industrie und das Geschäftsleben brummen, liegt die Volkswirtschaft der Ukraine dysfunktional am Boden. Zum Überleben hängt Kiew am Finanztropf von USA und EU. Zugleich versinken die Wirtschaften der EU-Länder in einem selbst verschuldeten Strudel aus hoher Inflation, Energie- und Rohstoffknappheit, zerbrochenen Lieferketten und massiver privater und staatlicher Überschuldung bei steigenden Zinsen. Wie bei einem richtigen Strudel wird ein Entkommen aus dieser Katastrophe erst wieder möglich sein, wenn die Krise den Boden erreicht hat und die Völker, die neoliberalen Disaster-Eliten, die das Elend der Bevölkerung sehenden Auges und willkürlich verschuldet haben, von der Herrschaft verjagt haben.

Die US-Weltmacht ruht neben ihrem riesigen Militär-Apparat auf der Dominanz der globalen Finanzmärkte. (...)

Dieser Pfeiler der amerikanischen Macht wird zur Zeit durch die intensive russisch-chinesische Zusammenarbeit untergraben. Bereits im Dezember letzten Jahres hatte der russische Präsident Wladimir Putin (...) mit seinem (...) chinesischen Amtskollegen Xi Jinping Pläne für eine Rahmenordnung in der Neuausrichtung gemeinsamer internationaler Finanzfragen vereinbart, die unter dem Druck der westlichen Finanzsanktionen inzwischen recht weit und erfolgreich gediehen sind.

Da ist es kein Wunder, daß die US-Eliten um den Erhalt der bröckelnden US-Führungsmacht bangen. So hat jüngst US-Außenminister Blinken die befürchtete Abwendung der Welt von der US-geführten „regelbasierten Ordnung“ als einen möglichen Schritt in den chinesischen Abgrund beschworen. Tatsächlich stellt ein solcher Schritt eine Befreiung von der Unberechenbarkeit und Willkür des US-Alleinherrschers dar, weshalb viele Länder in der „Dritten Welt“ wieder Hoffnung schöpfen und einige Länder, wie die Türkei und etliche Staaten auf der arabischen Halbinsel, diesen Weg bereits gehen.

Man dürfe nicht zulassen, daß die Welt ohne die Führung der USA bleibe, erklärte US-Außenminister Antony Blinken bei einer Veranstaltung an der US-Elite-Universität Stanford am 17. Oktober. Gemeinsam mit seiner Amtsvorgängerin, Ex-Außenministerin Condoleezza Rice, sprach er über die zukünftige Entwicklung und Bedeutung von Technologie, Diplomatie und nationaler Sicherheit und in diesem Zusammenhang ausgiebig über die Rolle Chinas. Unter anderem sagte Blinken:

„Rundum stehen wir in einem Wettrennen (mit China), um – wie ich bereits aus unserer Perspektive erklärt habe – die Ära zu gestalten, die auf die Post-Kalte Krieg-Periode als nächstes folgt. Wie wird diese Zeit aussehen? Wessen Werte werden widergespiegelt werden? Wir haben eine einfache Entscheidung, denn die Welt organisiert sich nicht von selbst. Die USA haben die Wahl. Wenn wir uns an der Organisation nicht beteiligen und keine Führungsrolle übernehmen, bedeutet das eins von beiden: Entweder sie (die Welt) wird von jemand anderem übernommen, vielleicht von China, und zwar nicht in einer Weise, die voll und ganz mit unseren Interessen und Werten übereinstimmt, oder – was genau so schlimm ist – niemand tut es, dann entsteht ein Vakuum, das eher von schlechten Dingen gefüllt wird als mit guten.“

Hier haben wir sie wieder, die unausstehliche US-amerikanische Selbstverherrlichung, wonach nur die USA das Wahre, Gute und Schöne verkörpern, und daß sich die US-Oligarchen selbstlos aufopfern, um den Rest der Welt mit ihren Gaben zu beglücken, wenn nötig mit Bomben und Granaten, mit Sanktionen und Hungersnöten, mit Millionen Toten und noch mehr Verletzten und Flüchtlingen. Aber die Länder der Welt haben längst hinter die glitzernde Kulisse der US-Oligarchen-Demokratie geschaut. Sie haben erkannt, daß die politische Kaste sich einen feuchten Dreck um die existentiell notwendigen, täglichen Bedürfnisse der Masse der eigenen US-Bevölkerung kümmert, während sie zugleich dem Rest der Welt Demokratie und Prosperität vorgaukelt.

Was der neo-liberale Kriegstreiber Blinken in Stanford akademisch verklausuliert aufgetischt hat, wird in den letzten Jahren von westlichen US-Vasallen in Politik, Medien und Wissenschaft vermehrt als warnende Frage in die Länder der sogenannten Dritten Welt getragen; ob nämlich der lang ersehnte, jetzt von China und Rußland ermöglichte, „vermeintlich befreiende Schritt nach vorn, weg von der ordnenden Pax Americana des US-Alleinherrschers und hin zu einer multipolaren Weltordnung, nicht womöglich ein Schritt in den Abgrund ist?“

Dieses Schreckensbild wird von den Vertretern und Profiteuren der im Westen immer noch tonangebenden, aber absterbenden neo-liberalen Ordnung propagiert. Aber welche Alternative kann eine multilaterale, von BRICS-Staaten geführte neue Ordnung gegenüber der kriminellen, US-geführten Kriegs- und Chaosversion bieten? Kann es für die Länder der Welt überhaupt schlimmer werden, als die angeblich „regelbasierte Ordnung“ der USA und ihrer Vasallen, die stets und überall auf Konfrontationskurs gegen alle Länder gehen, die sich der Ausbeuterordnung der Imperialisten nicht unterwerfen? Eine Ahnung von der im Entstehen begriffenen multilateralen Weltordnung bietet die Struktur der von China gegründeten und insbesondere von den BRICS-Staaten unterstützten „Asiatische Infrastruktur- und Investitionsbank“ (AIIB).

Ein erklärtes Ziel dieser Entwicklungsbank ist es, die bis dahin weltweit allein geltenden, von den USA und ihren neo-liberalen Verbündeten aufgestellten Regeln der globalen Entwicklungsfinanzierung, d.h. den Washingtoner Konsens, auszuhebeln.

Wenn die US-geführte Weltbank z. B. in Afrika eine Wasseraufbereitungsanlage finanziert, dann muß sich das betroffene Land dazu verpflichten, weitere wirtschaftliche „Reformen“ in Richtung Marktwirtschaft und Deregulierungen der Wirtschaft durchzusetzen, u.a. Abbau von Schutzzöllen und Subventionen zur Entwicklung der eigenen Wirtschaft, Öffnung der eigenen Wirtschaft zur Ausbeutung durch westliche Raubtier-Konzerne, Abbau von Arbeitsschutz und Kürzung sozialer Sicherungsmaßnahmen usw.

Zugleich besteht die Weltbank in der Regel darauf, daß die neue oder die zu modernisierende Wasseraufbereitungsanlage marktwirtschaftlich arbeitet und profitabel ist und deshalb privatisiert werden muß. Das bedeutet, daß die Anlage in dem Entwicklungsland an den Meistbietenden, in der Regel an einen westlichen Konzern, für nen Appel und en Ei verhökert wird.

(...)

In vielen Ländern dominieren private Monopole inzwischen den Bereich der einstmals sozial ausgerichteten öffentlichen Dienstleistungen. Wer nicht zahlen kann, bleibt von der Versorgung ausgeschlossen. Selbstredend sind dadurch mehr Krankheiten und Epidemien und insbesondere eine höhere Kindersterblichkeit vorprogrammiert. Aber für Freiheit und Marktwirtschaft müssen schließlich Opfer gebracht werden, wie wir alle aus den unzähligen Propagandarenden westlicher Eliten in Politik und Medien wissen!

Es ist die von den USA und ihren Vasallen kontrollierte Weltbank, die im Verein mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF), für die westlichen Konzerne den Weg freiräumt, um die Länder der Dritten Welt auszuplündern. Die dabei angewandte neo-koloniale Methode stellt eine raffinierte Verfeinerung, aber nicht weniger brutale Abwandlung des alten Kolonialismus dar. Im Unterschied zu früher ersetzen heute in der Regel Finanzinstrumente die Kanonen, obwohl auch die immer wieder zum Einsatz kommen, um den Forderungen der westlichen „regelbasierten Ordnung“ Nachdruck zu verleihen.

Die „Asiatische Infrastruktur- und Investitionsbank“ (AIIB) arbeitet ganz anders. An ihre Kreditvergabe knüpft sie keine ideologischen oder politischen Vorleistungen der Entwicklungsländer. Die souveräne Regierung eines jeden Landes entscheidet selbst. Einzige Bedingungen sind a) Transparenz, also öffentliche Kontrolle zur Vermeidung von Korruption, und b) die finanzierten Projekte müssen umweltverträglich sein.

Politische oder andere Bedingungen im Stil des „Washingtoner Konsenses“ sind bei der neuen von China gegründeten AIIB-Entwicklungsbank vom Tisch. Die Privatisierung von staatlichen oder genossenschaftlichen Unternehmen ist keine Vorbedingung für die

Gewährung eines Kredits. Auch die Abschaffung oder Abschwächung von wirtschaftspolitischen Maßnahmen zum Schutz und zur Entwicklung der heimischen Wirtschaft ist keine Vorbedingung der AIIB.

So ist es kein Wunder, daß die AIIB den neoliberalen Globalisierern unter den westlichen Eliten ein großer Dorn im Auge ist. Denn die Regierungen in den Entwicklungsländern hatten plötzlich die Wahl, sich entweder für westliche Institute wie die Weltbank, IWF und Asiatische Entwicklungsbank oder für die chinesische AIIB zu entscheiden. Da die Attraktivität der AIIB im Vergleich zu westlichen Institutionen klar war, galt ihr wirtschaftlicher Erfolg schon bei ihrer Gründung im Jahr 2015 als sicher, weshalb auch europäische Großbanken nicht abseits stehen wollten. Die meisten westlichen Staaten, einschließlich Frankreich und Deutschland, und sogar England beeilten sich, Mitglied dieser chinesischen Entwicklungsbank zu werden, obwohl Washington vor diesem Schritt nachdrücklich (!) abgeraten hatte.

Nachdem die AIIB 2016 ihre Tätigkeit aufgenommen hatte, entwickelte sie sich schnell zu einem wichtigen Akteur in der globalen Finanzwelt. Anfang 2021 hatte sie bereits 102 zugelassene Mitgliedsstaaten. Die Teilnahme der größeren Volkswirtschaften Europas als Gründungsmitglieder hatte sicher dazu beigetragen, daß die AIIB bei den global führenden Rating-Agenturen eine erstklassige Bonitätsbewertung von AAA bekam.

Aber die AIIB war auch ein riesiger diplomatischer Triumph für China, das damit zeigte, daß es auch in der internationalen Wirtschaft eine andere Geschäftspolitik verfolgt als die

Raubtier-Kapitalisten des „Washingtoner Konsenses“, nämlich eine Win-Win-Politik zum gegenseitigen Vorteil und zur gesellschaftlichen Entwicklung. Letzteres wird z.B. durch die beeindruckenden AIIB-finanzierten Investitionen in Afrika, Asien und auch in Latein-Amerika in Projekte der Verkehrs- oder Gesundheits- und Sozialinfrastruktur belegt, z.B. Eisenbahnlinien, Krankenhäuser, Schulen etc.

Zugleich spielt die chinesische Währung, der Yuan, bei der Finanzierung neuer Infrastrukturprojekte in den Entwicklungsländern eine immer größere Rolle. Sie hat das Zeug, den Dollar im Handel mit diesen Regionen nach und nach weitgehend zu ersetzen.

Washington blieb im Abseits sitzen, sah aus der Ferne zu und schmolte. Zugleich mußte es zusehen, wie weitere Pfeiler seiner „regelbasierten Ordnung“ mehr und mehr zerbröseln. Jetzt, wo die AIIB fest etabliert ist, plant sie, ihre eigene Kredit-Pipeline mit dem Ziel zu entwickeln, zur weltweit führenden Finanzinstitution für Infrastruktur zu werden. Ihre Standards werden in Zukunft in den Ländern der Dritten Welt fundamental wichtig sein, was für die Wall-Street vollkommen inakzeptabel ist.

Aber ohne Beachtung der AIIB-Standards werden die rein westlichen Finanzakteure in den Ländern der Dritten Welt immer mehr an Boden verlieren. Das ist der Grund, weshalb westliche Eliten in Politik und Medien dazu aufrufen, daß „Wir“, also die USA und ihre Vasallen, den Chinesen nicht erlauben dürfen, in Industrie, Technik und Finanzen die Standards für die Märkte der Zukunft zu setzen. Denn das sind die Instrumente, die

bisher die Ausbeutung der Welt durch den Westen erheblich erleichtert haben. (...) Wie eh greift Washington zu seinem bevorzugten „altbewährten Rezept“ im Umgang mit Staaten zurück, die nicht gewillt sind, die Interessen Washingtons auf Kosten der eigenen zu bedienen:

- Drohung mit Krieg
- Verhängung von Wirtschaftssanktionen, um Chinas Entwicklung zu blockieren
- Destabilisierungsversuche in Hong Kong und Förderung der lokalen Unabhängigkeitsbewegung, was zu schweren Unruhen führte
- schwere Provokationen Pekings in bezug auf Taiwan – de-facto Aufkündigung des US-China-Abkommens zur „Ein-China-Politik“, in dem Washington ausdrücklich die Zugehörigkeit Taiwans zur Volksrepublik China anerkannt hat

Ähnlich wie zuvor im blutigen Ukraine-Rußland-Konflikt übt Washington derzeit auch massiven Druck auf seine europäischen Vasallen aus, die der US-Führungsmacht in ihrer Konfrontationspolitik gegen China zu folgen haben. Auch damit hat Washington bei den meisten deutschen Parteien Erfolg, vor allem bei der „Grünen“-US-Sekte. Denn aus deren Reihen haben sich bereits freiwillig viele „Selbstmord-Attentäter“ gegen die deutsche Wirtschaft gemeldet.

**Rainer Rupp**  
28. Oktober 2022

Redaktionell gekürzt

<https://apolut.net/ende-der-us-dominanz-nur-noch-frage-der-zeit/>

## Irrweg der Sanktionen

Zum ersten Mal wird im außenpolitischen Establishment der Bundesrepublik scharfe Kritik am Wirtschaftskrieg des Westens gegen Rußland laut. Wie es in einem Beitrag für die Fachzeitschrift Internationale Politik (IP) heißt, haben die Staaten Nordamerikas und Europas mit ihren Sanktionen einen „Irrweg“ eingeschlagen, den sie rasch verlassen müßten. Falsch eingeschätzt habe die westliche Sanktionsallianz nicht nur die Fähigkeit der russischen Bevölkerung, die Zwangsmaßnahmen durchzustehen, sondern auch die Folgen im internationalen Finanzsystem: Dort zeichne sich eine zunehmende Abkehr von westlichen Finanzinstrumenten und Währungen ab, um etwaige künftige Sanktionen der transatlantischen Mächte von vornherein auszuhebeln.

Zudem habe die Sanktionsallianz den Unmut in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas unterschätzt, die keinen Einfluß auf die Sanktionsentscheidungen hätten, aber teils schwer durch sie geschädigt würden. Indiens Finanzministerin Nirmala Sitharaman kündigt an, die westlichen Mächte im Rahmen der G20 wegen ihrer



Sanktionspolitik zur Rede stellen zu wollen. Es wäre das erste Mal, dass der Westen sich für seine Gewaltpolitik in einem für die praktische Politik wichtigen internationalen Zusammenschluß verteidigen muß. Indien

übernimmt zum 1. Dezember den G20-Vorsitz für das nächste Jahr.

Redaktionell gekürzt  
[german-foreign-policy.com, 9.11.22](https://apolut.net/ende-der-us-dominanz-nur-noch-frage-der-zeit/)

# Wer hat Angst vor der „Gelben Gefahr“ 2.0?

Es paßt alles zusammen: die sich häufenden Spekulationen eines Krieges der USA gegen China, ein von den USA vorangetriebenes „Decoupling“ der Ökonomien, das Verbot des Verkaufs unter anderem einer Chipfertigungsanlage von Elmos an einen chinesischen Investor – auf Geheiß des Wirtschaftsministers Habeck, besser gesagt, auf Geheiß der USA, welche die antichinesischen Sturmhaubitzen um Baerbock, Habeck und Bütikofer mit täglich upgedateten propagandistischen Zielkoordinaten versorgt. Nicht nur die Regierung, auch das Kapital muß sich – widerwillig oder nicht – am transatlantischen Marionettentheater unter der Regie Washingtons beteiligen. Deutschland ist noch weniger ein souveräner Staat als zu Zeiten Konrad Adenauers. Der Begriff „Globalisierung“ hat sich als ideologisch/ökonomische Machete entpuppt, mit der alles aus dem Weg geräumt werden soll, was sich ihr als systemwiderständig in den Weg stellt. Zur Rechtfertigung wird nicht nur das Mantra zunehmender Abhängigkeit von der VR China benutzt, sondern auch die Moral: Es ginge doch vor allem darum, die freiheitliche Demokratie vor der Diktatur Xi Jinpings zu schützen. Dieses

Argument hat Uwe Behrens in seinen beiden Büchern „Feindbild China“ und „Umbau der Welt“ geschreddert. Wie schrieb doch einst Wiglaf Droste: „Ist das Hirn zu kurz gekommen, wird sehr gern Moral genommen.“ Aber selbst über moralische Grundsätze kann man stolpern. Klaus von Dohnanyi hat in seinem vielgelobten Buch „Nationale Interessen“ um Verständnis für die verschiedenen Vorstellungen von Demokratie und demokratischer Praxis innerhalb der EU-Staaten, also über ein vergleichsweise überschaubares Territorium, geworben. So viel Empathie läßt der Autor für China nicht gelten: „Seit 1949 wird das Land diktatorisch regiert, und er organisiert heute einen Staat zunehmend nach Orwellschem Muster, als einen technologisch fundierten Überwachungsstaat, der kaum intellektuelle Abweichungen und keinerlei politisch abweichende Organisationen zuläßt.“ Mit diesem Satz überschreitet Dohnanyi nicht einen Zentimeter die Linie, hinter der der kollektive Wertewesten seinen Anspruch auf globale Hegemonie als „regelbasierte Demokratie“ veräußert. Die chinesische Führung setzt dagegen, daß sich historisch verschiedene

Demokratiemodelle herausgebildet haben und nationale Besonderheiten ebenso berücksichtigt werden müssen, wie die Ausgestaltung des gesellschaftlichen Lebens generell, einschließlich der Rechte für den einzelnen Bürger. Ganz überraschend teilt ein ehemaliger deutscher Außenminister diese Lesart. Joschka Fischer, auf dessen Schultern Annalena Baerbock hockt, hat sich die „von oben herab“ geäußerte Kritik an der Ausrichtung der Fußball-WM in Katar verbeten. Die Durchsetzung von Menschenrechten erfordere Ausdauer. „Es ist jede Mühe wert, dafür zu sorgen, daß Katar auf dem Weg, den es geht, vorankommt.“ Auch Deutschland habe Jahrzehnte gebraucht, um eine liberale Demokratie zu werden. In einem vor Jahren geführten *Spiegel*-Gespräch bedankt sich Fischer mit dem Satz: „Die USA haben uns die Demokratie geschenkt.“ Zum Dank wurde die Bundesrepublik zum Brückenkopf gegen die Sowjetunion aufgerüstet. Heute beteiligt sie sich daran, wieder die Messer des Kaisers Willem Zwo gegen China zu wetzen. Die Anzahl von Synonymen für das Wort „Heuchelei“ steigt von Tag zu Tag.

Hans Schoenefeldt

## „China niederkonkurrieren“

Neue US-Sanktionen gegen China könnten ernste Folgen für die deutsche Industrie mit sich bringen. Washington sucht mit ihnen zentrale chinesische High-Tech-Branchen zu zerstören.

Die neuen Halbleitersanktionen, die die Biden-Administration am 7. Oktober gegen China verhängt hat, kommen zu zahlreichen bereits bestehenden Restriktionen gegen Konzerne der chinesischen High-Tech-Branchen, darunter zum Beispiel der Mobilfunkkonzern Huawei, hinzu. Sie zielen insbesondere darauf ab, chinesische Firmen in den technologisch am weitesten fortgeschrittenen Bereichen, etwa Künstliche Intelligenz (KI) und Supercomputing, aus dem Feld zu schlagen. Dazu hat Washington den Export von Halbleitern, die für diese Bereiche unverzichtbar sind, untersagt. Das gilt auch für Halbleiter von Herstellern außerhalb der Vereinigten Staaten, sofern sie mit Hilfe von US-Geräten produziert wurden. Darüber hinaus dürfen US-Unternehmen keine Geräte zur Halbleiterproduktion mehr an chinesische Firmen liefern, die ihrerseits KI- und Supercomputingchips herstellen. Ziel ist es also, die Volksrepublik nicht nur von den avanciertesten High-Tech-Halbleitern abzuschneiden, sondern ihr auch jegliche Chance zu nehmen, sie selbst zu produzieren. Manche Experten sprechen bereits von einem US-amerikanischen „Enthauptungsschlag“ für die chinesische Spitzentechnologie mit gravierenden Folgen für alle Anwendungsbereiche bis hin zum Militär. Hinzu kommt ein neuer Sanktionsmechanismus: Personen mit US-Staatsbürgerschaft, offenkundig zudem solche, die lediglich

über einen dauerhaften Aufenthaltstitel in den Vereinigten Staaten verfügen, dürfen ab sofort nicht mehr für chinesische Unternehmen der sanktionierten Sparten tätig sein. Die Maßnahme, die chinesischen Konzernen kurzfristig ernste Probleme schaffen könnte, öffnet eine Büchse der Pandora, die mittel- bis langfristig schwere Folgen für die Vereinigten Staaten haben könnte, sollte Beijing reziprok auf sie antworten. Bereits 2020 kam eine US-Untersuchung zu dem Ergebnis, daß fast 30 Prozent der KI-Forscher, die für US-Institutionen tätig waren, aus der Volksrepublik stammen. Auch in anderen High-Tech-Branchen sind die USA auf chinesisches Personal angewiesen.

Die neuen, weitreichenden Exportrestriktionen sind für die Vereinigten Staaten und deren Verbündete gleichfalls nicht ohne Risiko. Halbleiterhersteller etwa aus Taiwan und Südkorea, wie TSMC und SK Hynix, unterhalten bedeutende Produktionsstätten in der Volksrepublik. Beijing setzt vorläufig darauf, daß sich das Embargo mit zeitlich begrenzten Ausnahmegenehmigungen kräftig durchlöchern läßt, zumal China ein wichtiger Kunde von Halbleitern und Geräten zu deren Produktion ist. Etwa drei Viertel aller Chips wurden im vergangenen Jahr in die Volksrepublik verkauft. Applied Materials aus den USA, einer der weltgrößten Produzenten von Geräten zur Chipherstellung, erzielte 2021 rund 27 Prozent seines Umsatzes in China – mehr als in jedem anderen Land einschließlich der USA; der Konzern rechnet schon für das laufende Quartal sanktionsbedingt mit finanziellen Verlusten von beinahe einer halben Milliarde US-Dollar.

Zu den Hintergründen des US-Wirtschaftskriegs gegen China, den die USA mit den neuen Halbleitersanktionen nun dramatisch verschärfen, gibt es unmißverständliche Äußerungen aus Washington. So heißt es in der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie, die die Biden-Administration im November vorlegte, die Volksrepublik sei „der einzige Wettbewerber sowohl mit der Absicht, die internationale Ordnung neu zu gestalten, als auch in zunehmendem Maß mit der wirtschaftlichen, diplomatischen, militärischen und technologischen Macht, dies zu tun“. Es gelte deshalb, China „niederzukonkurrieren“. Das bezieht sich nicht zuletzt auf die Halbleiterbranche. Gleichzeitig investieren die Vereinigten Staaten immense Summen in den Wiederaufbau ihres eigenen High-Tech-Sektors. Die Frage bleibt, ob es China gelingt, eine erfolgreiche Aufholjagd einzuleiten. Manche halten das für möglich und sprechen bereits von einem chinesischen „Sputnik-Moment“. Daß die Biden-Administration den Wirtschaftskrieg gegen die Volksrepublik eskaliert, droht gravierende Folgen auch für die deutsche Industrie mit sich zu bringen. Zum einen fürchtet Berlin, die gewaltigen US-Investitionsprogramme könnten Investitionen aus Deutschland und Europa abziehen, zum anderen warnen Fachleute, das US-Halbleiterembargo gegen China werde die ohnehin angeschlagenen Chiplieferketten weiter schädigen. Darunter litte dann auch die deutsche Industrie.

Redaktionell gekürzt

german-foreign-policy.com, 20.10.22

# „Friedliche Modernisierung“ – Chinas Angebot an den globalen Süden

Im Arbeitsbericht an den 20. Kongreß der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) am 16. Oktober in Peking ging Präsident Xi Jinping vor allem auf zwei Ziele ein: die „sozialistische Modernisierung“ bis 2035 abzuschließen und China als modernes sozialistisches Land aufzubauen, das „wohlhabend, stark, demokratisch, kulturell fortgeschritten und harmonisch“ ist, und zwar bis zum Jahr 2049, dem 100. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik China (VRC). Das zentrale Konzept der „friedlichen Modernisierung“, so der Präsident, enthalte „Elemente, die den Modernisierungsprozessen aller Länder gemeinsam sind, aber es ist mehr durch Merkmale gekennzeichnet, die für den chinesischen Kontext einzigartig“ seien. Ganz im Sinne der konfuzianischen chinesischen Kultur umfasse sie ein komplettes theoretisches System. Natürlich gibt es mehrere geökonomische Wege zur Modernisierung – je nach den nationalen Bedingungen eines jeden Landes. Aber für den Globalen Süden als Ganzes sei es wichtig, daß das chinesische Beispiel mit dem westlichen TINA-Monopol – „Es gibt keine Alternative“ – für die Modernisierungspraxis und -theorie bricht.

Xi unterstrich, daß das iranische, das ugandische oder das bolivianische Modell genauso gültig sind wie das chinesische Experiment. Es gehe darum, einen unabhängigen Weg der Entwicklung zu beschreiten.

Die jüngste Geschichte zeigt, daß jede Nation, die versucht, sich außerhalb des Washingtoner Konsenses zu entwickeln, auf unzähligen Ebenen des hybriden Krieges terrorisiert wird. Diese Nation wird zur Zielscheibe von farbigen Revolutionen, Regimewechseln, illegalen Sanktionen, Wirtschaftsblockaden, NATO-Sabotage oder regelrechten Bombenangriffen und Invasionen.

Was China vorschlägt, findet im gesamten globalen Süden Widerhall, denn Peking ist der größte Handelspartner von nicht weniger als 140 Nationen, die Konzepte wie eine qualitativ hochwertige wirtschaftliche Entwicklung und Eigenständigkeit in Wissenschaft und Technologie leicht nachvollziehen können.

Der Bericht unterstreicht die kategorische Notwendigkeit für China, von nun an seine technologische Eigenständigkeit zu beschleunigen, da die Vereinigten Staaten nichts unversucht lassen, um die chinesische Technologie, insbesondere bei der Herstellung von Halbleitern, aus dem Gleichgewicht zu bringen.

China wird also eine nationale Anstrengung in der Halbleiterproduktion unternehmen müssen. Diese Notwendigkeit wird im Arbeitsbericht als neue Entwicklungsstrategie beschrieben, die durch die enorme Herausforderung, die technologische Autarkie zu erreichen, angetrieben wird. Im wesentlichen wird China den öffentlichen Sektor der Wirtschaft stärken, wobei staatliche Unternehmen den Kern eines nationalen Systems zur Entwicklung von Technologie-Innovationen bilden. In der Außenpolitik ist China gegen jede Form von Unilateralismus sowie gegen Blöcke und

exklusive Gruppen, die sich gegen bestimmte Länder richten. Peking bezeichnet diese Blöcke als „kleine Festungen mit hohen Mauern“. Diese Sichtweise spiegelt sich in der Betonung eines anderen kategorischen Imperativs durch die KPCh wider: die Reform des bestehenden Systems der Global Governance, das den globalen Süden extrem benachteiligt. Der Präsident erinnerte daran, daß China sich als Zivilisationsstaat zugleich als sozialistisches Land und weltweit führende Entwicklungsnation betrachtet.

Das Problem ist einmal mehr Pekings Glaube an den „Schutz des internationalen Systems mit der UNO als Kernstück“. Die meisten Akteure des globalen Südens wissen, wie die USA die UNO – und ihren Abstimmungsmechanismus – einem unerbittlichen Druck aller Art aussetzt.

Sie nahmen sicherlich zur Kenntnis, daß China sich am nationalen Interesse und nicht an der exklusivistischen Politik des globalen Kapitals orientiert.

Im gesamten Arbeitsbericht wird die Bedeutung des Konzepts der chinesischen Außenpolitik betont, in dessen Mittelpunkt die vor neun Jahren ins Leben gerufene Belt and Road-Initiative (BRI) und ihre Handels- und Verbindungskorridore durch Eurasien und Afrika steht. Die BRI überwinde „die veraltete Mentalität der geopolitischen Spiele und schafft ein neues Modell der internationalen Zusammenarbeit. Es handelt sich nicht um eine exklusive Gruppe, die andere Teilnehmer ausschließt, sondern um eine offene und inklusive Kooperationsplattform. Es handelt sich nicht um einen Alleingang Chinas, sondern um eine Symphonie, die von allen beteiligten Ländern aufgeführt wird“.

Peking hat aus seinen Fehlern gelernt und stimmt die BRI in Absprache mit seinen Partnern – von Pakistan, Sri Lanka und Malaysia bis hin zu mehreren afrikanischen Staaten – immer weiter ab.

So hat Chinas Handel mit den Ländern, die an der BRI teilnehmen, im August dieses Jahres einen Wert von 12 Billionen Dollar erreicht. Die nichtfinanziellen Direktinvestitionen in diesen Ländern betragen mehr als 140 Milliarden Dollar. Inzwischen wurden in „Ostafrika und Kambodscha Autobahnen und in Kasachstan (Trocken-)Häfen für den Export gebaut. Die Malediven bekamen ihre erste Brücke über das Meer und Laos ist von einem Binnenland zu einem verbundenen Land geworden. Selbst unter großen Herausforderungen, von Null-Covid über verschiedene Sanktionen bis hin zum Zusammenbruch von Lieferketten, steigt die Zahl der Expresfrachtzüge zwischen China und der EU weiter an. Die China-Laos-Eisenbahn und die Peljesac-Brücke in Kroatien sind in Betrieb, und die Arbeiten an der Hochgeschwindigkeitsstrecke Jakarta-Bandung und der China-Thailand-Eisenbahn sind im Gange. Überall auf dem extrem glühenden globalen Schachbrett werden die internationalen Beziehungen völlig neu

geordnet. China und die wichtigsten eurasischen Akteure in der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO), die BRICS-Staaten und die von Rußland geführte Eurasische Wirtschaftsunion (EAEU) schlagen alle eine friedliche Entwicklung vor.

Im Gegensatz dazu verhängen die Vereinigten Staaten eine Lawine von Sanktionen – nicht zufällig sind die drei Hauptadressaten die eurasischen Mächte Rußland, Iran und China –, führen tödliche Stellvertreterkriege (Ukraine) und alle möglichen Formen des hybriden Krieges, um das Ende ihrer Vorherrschaft zu verhindern, die gerade einmal siebeneinhalb Jahrzehnte andauerte, was historisch gesehen ein Klacks ist.

Die derzeitige Dysfunktion – physisch, politisch, finanziell, kognitiv – erreicht einen Höhepunkt. Während Europa in den Abgrund einer größtenteils selbstverschuldeten Verwüstung und Finsternis stürzt – ein Neo-Mittelalter im Wachzustand – greift ein innerlich verwüstetes Imperium darauf zurück, sogar seine wohlhabenden „Verbündeten“ zu plündern. Es ist, als ob wir alle Zeugen eines Mackinder-on-Crack-Szenarios werden.

Halford Mackinder war der britische Geograph, der die ‚Heartland-Theorie‘ der Geopolitik entwickelte, welche die Außenpolitik der USA während des Kalten Krieges stark beeinflusste: „Wer Osteuropa beherrscht, beherrscht das Heartland; wer das Heartland beherrscht, beherrscht die Weltinsel; wer die Weltinsel beherrscht, beherrscht die Welt.“ Rußland erstreckt sich über 11 Zeitzonen und verfügt über ein Drittel der natürlichen Ressourcen der Welt. Eine natürliche Symbiose zwischen Europa und Rußland wäre für alle ein Segen. Aber die EU-Oligarchie hat es vermasselt.

Es ist kein Wunder, daß die chinesische Führung den Prozeß mit Entsetzen betrachtet, denn einer der wesentlichen Punkte der BRI ist die Erleichterung des nahtlosen Handels zwischen China und Europa. Da Rußlands Verbindungskorridor durch Sanktionen blockiert ist, wird China Korridore über Westasien bevorzugen.

In der Zwischenzeit vollzieht Rußland seinen Schwenk nach Osten. Die enormen Ressourcen des Landes in Verbindung mit den Produktionskapazitäten Chinas und Ostasiens als Ganzes lassen eine Handels- und Konnektivitätssphäre entstehen, die sogar über die BRI hinausgeht. Das ist der Kern des russischen Konzepts der Greater Eurasia Partnership. Der globale Süden steht vor einer ernstesten Entscheidung: Entweder er entscheidet sich für Souveränität – verkörpert in einer multipolaren Welt, die sich friedlich modernisiert – oder er entscheidet sich für eine reine Vasallität.

**Pepe Escobar**  
20. Oktober 2022

Redaktionell gekürzt

Quelle: <https://thecradle.co/Article/Columns/17132>

# „Das Land soll Bücher haben und keine Waffen“

Am frühen Abend des 30. Oktober 2022 strömten Zehntausende auf die Avenida Paulista der brasilianischen Wirtschaftsmetropole São Paulo, um den Wahlsieg von Luiz Inácio Lula da Silva zu feiern. Der Mann der Arbeiterpartei sagte in einer umjubelten Rede, dass es in dieser historischen Wahl nur einen einzigen und großen Sieger gibt: Das brasilianische Volk. Er versprach, Brasilien zu versöhnen. „Wir wollen Frieden... Wir wollen den traurigen Ruf als Staat der Rechtlosen loswerden und auf internationaler Bühne wieder glaubwürdig sein.“ Lula da Silva gewann die Stichwahl in Brasilien mit 50,9 Prozent gegen Jair Bolsonaro, der 49,1 Prozent erreichte. Die Brasilianische Demokratiebewegung und die Demokratische Arbeiterpartei unterstützten Lula. Glückwünsche von Repräsentanten aus aller Welt erreichten den Wahlsieger. Mexikos Präsident Andrés Manuel López Obrador lud Lula ein, sein Land zu besuchen. Lula da Silva erhielt die Stimmen von über 60 Millionen Wählerinnen und Wählern. Er und seine Verbündeten setzten sich nach zwei Wahlgängen gegen das mächtige Bolsonaro-Lager durch. Dessen Anhänger kommen aus den ökonomischen Eliten, allen voran aus dem Agrarbusiness. Große Teile der Bevölkerung sind tief konservativ verwurzelt. Davon profitiert die evangelikale Kirche, zu der sich inzwischen mehr als 40 Prozent der Brasilianerinnen und Brasilianer bekennen. Bei ihnen punktete Bolsonaro durch Ablehnung der Abtreibung und durch öffentliche Attacken auf die Rechte der LGBTIQ. Zustimmung erhielt Bolsonaro auch aus den Schichten mit höherem Einkommen. Bei Teilen der Mittelschicht zieht immer noch das Gespenst des Kommunismus, das gegen Lula und die Arbeiterpartei beschworen wurde.

Seit Anfang Mai 2022 verstärkte Bolsonaro die Angriffe auf die demokratischen Institutionen, insbesondere auf den Obersten Gerichtshof. Er säte Zweifel an elektronischen Wahlverfahren und entfachte die Diskussion über mögliche Wahlfälschung. Damit wurde die Gefahr eines Putsches wieder omnipräsent. Große Teile des Militärs, der Sicherheitsdienste und Milizen unterstützten Bolsonaro. Sie profitierten von seiner Politik. Sechstausend Militärs erhielten gutbezahlte Posten in der Regierung, mehr als zu Zeiten der Militärdiktatur. Zudem rühmte sich Bolsonaro damit, dass seine Regierung den Zugang zu Waffen erleichterte.

Die Einführung des Neoliberalismus durch Bolsonaro hinterließ eine wirtschaftliche und soziale Katastrophe im Land. Die tödliche Corona-Politik, die schwere Wirtschaftskrise und die stark gestiegene Inflation haben die soziale Lage für große Teile der Bevölkerung drastisch verschlechtert. Die Inflation erreichte in diesem Jahr 11,9 Prozent, die höchste seit 2015. Laut Weltbank gehört Brasilien zu den zwölf Ländern der Welt mit der größten Ungleichheit. Über 61 Millionen Menschen hungern. Die Welternährungsorganisation stellte fest, dass Brasilien auf

die „Hunger-Landkarte“ zurückkehrte. Und dieses Land ist der drittgrößte Lebensmittelproduzent und der größte Proteinproduzent der Welt.

Internationaler Protest hat die wachsende Zerstörung des Regenwaldes erregt. Unter Bolsonaro wurden die Umweltbehörden finanziell ausgehungert, Kontrollen eingestellt



São Paulo, Siegesfeier, 30.10.22

Foto: @ptbrasil

und das illegale Goldschürfen systematisch begünstigt. Gewalt gegen Indigene, Ausbreitung von Covid-19 sowie weiteren Krankheiten, Naturzerstörung und die Vergiftung der Flüsse durch Quecksilber sind die unmittelbaren Konsequenzen dieser Politik.

„Dieses Land wird wieder aufgebaut, da könnt ihr sicher sein“, erklärte Lula da Silva. Er will sich im Rahmen seines Regierungsplans für die Schaffung eines Sozialstaates einsetzen. Die Beseitigung des Hungers wird ab 1. Januar 2023 eine der Prioritäten seiner Regierung sein. Lula versprach die Umsetzung des Programms „Mein Haus, mein Leben“. Seine Regierung werde nicht akzeptieren, daß Familien gezwungen sind, auf der Straße zu leben. Auch wolle er „ein Brasilien, das nicht zulässt, dass eine Pandemie fast 700.000 Menschen tötet“. Lula will die Richtlinien aus seiner früheren Amtszeit für den Zugang zu den Universitäten wieder aufnehmen.

Lula da Silva kündigte an, ein Ministerium für indigene Gemeinschaften zu schaffen. Seine Regierung will Rassismus, Intoleranz und Diskriminierung entgegenreten. Weiße, Schwarze und Ureinwohner sollen die gleichen Rechte und Chancen haben. Das Kulturministerium soll wiederbelebt werden. „Das Land soll Bücher haben und keine Waffen“, erklärte Lula.

Das angekündigte Regierungsprogramm wird zunächst nur ein Minimalprogramm sein, um die allernötigsten Lebensbedingungen in Brasilien wiederherzustellen. Die Landreform wird neu verhandelt. Mit dem „Manifest für Demokratie“ geht es den Lula-Kräften darum, die Demokratie gegen die Putschgefahr zu verteidigen.

Daß Lula da Silva Wahlversprechen hält, hat er in seiner Regierungszeit von 2003 bis 2011 bewiesen. Über 24 Millionen Menschen lebten damals nicht mehr in absoluter Armut.

30 Millionen Brasilianerinnen und Brasilianer wurden vom Hunger befreit, 2,5 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen und die Arbeitslosigkeit von etwa 12 auf 7 Prozent

reduziert. 5 Millionen junge Menschen erhielten den Zugang zur Hochschulbildung. Wirtschaftswachstum stellte sich ein, zeitweilig erreichte es bis zu 8 Prozent. In der Außenpolitik wechselte Lula vom USA-fixierten Kurs auf eine konsequent auf brasilianische Interessen orientierende Linie.

In diesem Jahr wurde von den Eliten des westlichen Abendlandes so manches Ereignis zur „Zeitenwende“ deklariert. Der Wahlsieg Lula da Silvas kann tatsächlich eine einleiten. Der brasilianische Gewerkschaftsführer ist eine der herausragenden Persönlichkeiten Lateinamerikas und der Karibik. Er und Fidel Castro sind die Väter des Forums von Sao Paulo. Am 19. Juli 1980 trafen sich Lula da Silva und der legendäre kubanische Revolutionsführer zum ersten Mal. Sie waren Gäste der Feierlichkeiten anlässlich des ersten Jahrestages des Sieges der Sandinistischen Volksrevolution. Der Befreiungstheologe Frei Betto vermittelte das Treffen. Diesen hatte Fidel

Castro kennengelernt, als er 1971 Salvador Allende in Chile besuchte.

Zu Beginn des Jahres 1990 trafen sich Fidel Castro und Lula da Silva erneut auf Kuba. Dort lief die Spezialperiode, der Sozialismus in Europa befand sich im freien Fall und Lula hatte gerade die Wahl verloren. Die beiden Kämpfer schlussfolgerten, dass es notwendig sei, die Einheit der lateinamerikanischen Linken zu organisieren. Sie vereinbarten, eine Beratung der linken Parteien und Organisationen Lateinamerikas und der Karibik einzuberufen. Die Organisation übernahm Lulas Arbeiterpartei. 1991 entstand in Mexiko-Stadt das Forum von Sao Paulo. Es entwickelte sich zu einer bedeutenden Einrichtung der Linken und trug entscheidend dazu bei, daß die lateinamerikanischen und karibischen Linken beeindruckende Erfolge erzielten.

Der frisch gewählte Präsident versicherte: „Wir werden das Land wieder in seine internationale Position bringen. Wir sagen der Welt: Brasilien ist wieder da.“ Mit einer Regierung Lula da Silva kann Brasilien aufgrund der Bedeutung seiner Wirtschaft einen enormen Beitrag zur Integration Lateinamerikas und der Karibik leisten. Das Land ist flächenmäßig das fünfgrößte der Erde. Mit 215 Millionen Einwohnern nimmt es den siebten Platz in der Welt ein. Brasilien ist das größte Land Südamerikas. Das Land hat, gemessen am BIP, die achtstärkste Volkswirtschaft des Planeten. Landwirtschaft, Bergbau, Produktions- und Dienstleistungssektoren sind gut entwickelt. 40 Prozent der brasilianischen Agrarexporte gehen in die EU, 17 Prozent in die USA. Das Land besitzt wertvolle Rohstoffe: Bauxit, Diamanten, Eisen, Erdöl und Erdgas, Gold und Silber, Kohle, Mangan, Nickel, Zinn und Uran. Mächtige brasilianische Unternehmen sind in der Erdöl- und Erdgasförderung, im Bergbau, in der Metallverarbeitung, im Baugewerbe, in der Lebensmittelproduktion und im Flugzeugbau angesiedelt. Große Autokonzerne wie VW, Fiat, Daimler und BMW produzieren in Brasilien.

Lula da Silva betonte, dass Brasilien wieder die Rolle übernehmen werde, die es einmal als Mitbegründer regionaler und internationaler Bündnisse eingenommen habe. Die natürlichen Ressourcen Lateinamerikas und der Karibik sind derzeit von lebenswichtiger Bedeutung für die Menschheit. Öl, Gas, Lithium und Wasser aus der Region tragen dazu bei, den Bedarf der Weltbevölkerung zu decken. Die Agrar-Ressourcen Brasiliens reichen aus, um eine Milliarde Menschen zu ernähren. Mit seiner Regierung will Brasilien für eine neue globale Regierbarkeit kämpfen. Aus diesen Ankündigungen sind ein größerer Schub für MerCoSur und die Rückkehr Brasiliens in die CELAC zu erwarten. Mit Lula da Silva ergibt sich eine gute Möglichkeit, RUCONASUR weitere Impulse zu verleihen. Lula wäre ein wichtiger Anführer in der Puebla-Gruppe. Seine Stimme würde die Gruppe stärken und ihr größeres internationales Gewicht geben. Die nach Veränderungen drängenden Strömungen des Kontinents erwarten von ihm, dass er sich für die Einheit der Völker einsetzt. Der Präsident Argentiniens, Alberto Fernández, traf sich bereits mit Lula da Silva in Sao Paulo. Er erklärte, dass Lulas Amtseinführung als Präsident am 1. Januar 2023 dazu beitragen werde, „den Kontinent wieder zu vereinen“. In seiner Wahlnachtrede ging Lula da Silva auf die Bedeutung des Landes im Kampf gegen den Klimawandel ein. „Brasilien ist bereit, seine führende Rolle gegen die globale Klimakrise wieder aufzunehmen. Brasilien und der Planet brauchen einen lebendigen Amazonas ... Wir werden erneut demonstrieren, dass es möglich ist, Reichtum zu gewinnen, ohne die Umwelt zu beschädigen. Wir haben

eine Verpflichtung gegenüber den indigenen Völkern und den Ökosystemen.“ Aus globaler Sicht könnte Brasilien zur Stärkung der BRICS-Gruppe beitragen und damit die Entstehung einer multipolaren Welt befördern. Die Volksrepublik China hat die USA bereits als wichtigste Wirtschafts- und Handelspartnerin Brasiliens verdrängt. Der Planalto-Palast hatte sich den einseitigen Zwangsmaßnahmen gegen die Russische Föderation, mit der Brasilien wachsende Handelsbeziehungen unterhält, nicht angeschlossen. Brasilien importiert 85 Prozent der Düngemittel für seinen starken Agrar- und Lebensmittelsektor. Russland garantiert 25 Prozent dieser Importe. Senegal ist der BRICS-Gruppe beigetreten. Iran und Argentinien wollen das ebenfalls tun. Das beunruhigt Washington.

Mit einem linksregierten Brasilien würden die regionalen und internationalen Organisationen im Kampf für den Frieden und die Überwindung der geopolitischen Zwangsmaßnahmen der USA und der EU gestärkt. Gemeinschaften wie BRICS, CELAC, die Afrikanische Union, die Shanghai-Organisation und die Eurasische Union sind Kooperationsräume, die in der Lage sind, Hunger, Armut und Energienotstand erfolgreich zu bekämpfen. Amtsinhaber Bolsonaro erkannte seine Wahlniederlage nicht sofort an. Seine Anhänger protestierten gegen das Wahlergebnis und errichteten Straßensperren. Inzwischen erklärte Bolsonaro, die Verfassung einhalten zu wollen. Die brasilianischen Streitkräfte bestätigten, daß bei den Ergebnissen der zweiten Wahlrunde kein Betrug vorlag. Lula da Silva ist noch nicht in den Planalto-Palast

eingezogen, der Widerstand der Ultrarechten gegen seine Regierung hat jedoch schon begonnen. Die neue Regierung wird nicht alle Erwartungen auf einmal erfüllen können. Ihr stehen die mächtige reaktionäre Elite des eigenen Landes und der imperiale Norden gegenüber. Das Bolsonaro-Lager hat die meisten Sitze im Parlament und viele der im ersten Wahlgang gewählten Gouverneure stammen aus diesem Lager. Bolsonaros Schatten wird also Brasilien weiter begleiten. Lula und die Arbeiterpartei werden nicht vergessen haben, daß „Lawfare“ nicht nur gegen die ehemaligen lateinamerikanischen Präsidenten Manuel Zelaya, Fernando Lugo, Cristina Fernández, Rafael Correa und Evo Morales angewendet wurde, sondern auch für den Staatsstreich gegen Dilma Rousseff und für die Disqualifizierung Lulas als Präsidentschaftskandidaten verantwortlich war.

Das Lula-Bündnis scheint auf die Auseinandersetzung vorbereitet zu sein. Seinen Optimismus nährt es aus dem Verlangen eines großen Teils der Bevölkerung nach Erhalt der Demokratie und aus den Bündnissen mit starken Befürwortern einer multipolaren Welt. Einen Vorstoß wagte Lula bereits, als er mit den Vorsitzenden der Abgeordnetenkammer und des Senats sprach. Beide äußerten die Bereitschaft, einen Verfassungsänderungsvorschlag des Übergangs zu unterstützen. Es geht darum, zusätzliche Mittel im Haushalt 2023 für das Brasilien-Hilfsprogramm bereitzustellen, um den bedürftigsten Familien finanziell zu helfen.

**Wolfgang Herrmann**  
Dreesch

*gestützt auf Informationen von teleSUR*

## Weniger Zeigefinger gewünscht

*Arabische Liga: Staaten des Mittleren und Nahen Ostens emanzipieren sich zunehmend von USA*

**A**nders als in früheren Jahren sinkt der Einfluß von USA und EU auf die Entscheidungen der Arabischen Liga. Grund dafür ist, daß die arabischen Staaten in Rußland und vor allem in China neue Partner gefunden haben, die der Region weniger mit erhobnem Zeigefinger als mit Handelsverträgen begegnen.

Der Vertrauensverlust ist auch auf die einseitigen wirtschaftlichen Strafmaßnahmen der EU und das US-amerikanische „Caesar“-Gesetz zurückzuführen, wodurch innerarabischer Handel nahezu unmöglich gemacht wird.

Der Syrien-Krieg und die einseitigen westlichen Sanktionen haben der Region schweren wirtschaftlichen Schaden zugefügt. Seit Jahren versuchen Mitglieder der Arabischen Liga, Syrien den Weg zurück in das Bündnis zu ebnet. Und obwohl die Mehrheit der 22 Mitgliedstaaten nichts gegen eine Rückkehr einzuwenden hätte, verweigern einzelne Länder bisher – auch unter dem Druck aus Paris, London, Berlin und Washington – ihre Zustimmung. 2009 sprach der damals neugewählte US-Präsident Barack Obama im Titel

einer Rede an der Universität von Kairo von einem „neuen Anfang“. Doch es ging Obama nicht darum, zu einem selbstbestimmten Frieden zwischen den Staaten der geostrategisch wichtigen Region beizutragen, indem die USA sich zurückziehen. Der Mittlere Osten solle „seine eigenen Kriege führen“, kommentierten US-Medien. Der Obama-Regierung kam es also darauf an, die eigenen militärischen Ressourcen aus dem erfolglosen Krieg im Irak abzuziehen, um die Truppen auf eine neue Konfrontation einzustellen: gegen China. Die Vereinbarung mit Saudi-Arabien – militärischer Schutz und Waffen für Öl – schien Washington ausreichend, um die Konflikte im Mittleren Osten im eigenen Interesse in Schach halten zu können. Es sei „effektiver“, die US-Fähigkeiten dafür einzusetzen, um den Partnern am Boden dabei zu helfen, die Zukunft ihrer Länder (selber) zu sichern, so Obama. Washington werde Waffentechnologie, Ausbildung und Aufklärung liefern, die arabischen Staaten sollten die militärische Führung übernehmen. Wächter der US-Interessen im Nahen und Mittleren Osten sollten Israel und die arabischen Golfstaaten mit der EU und der NATO werden, alle wurden auf die neue Konfrontationslinie – gegen China

– eingestellt. Doch in den vielen Kriegen haben die USA das Vertrauen ihrer arabischen Partner verspielt. Die Verwüstung des Iraks und Syriens, der plötzliche Abzug aus Afghanistan, die Unterstützung von Dschihadisten, die Weigerung Washingtons, Saudi-Arabien gegen Drohnenangriffe der jemenitischen Ansarollah auf die Anlagen des Ölgiganten Aramco zu schützen und vieles mehr führten zur Abwendung der arabischen Staaten von Washington. Insbesondere die reichen Golfstaaten pflegen heute enge Beziehungen zu Rußland, Indien und China, und sie sprechen mit dem Iran, anstatt ihn zu bekämpfen. Die kürzliche Entscheidung Saudi-Arabiens und der Vereinigten Arabischen Emirate, gemeinsam mit der Gruppe der OPEC-plus-Länder die Ölförderung zu drosseln statt zu erhöhen, wie USA und EU gefordert hatten, spricht eine deutliche Sprache. Der Generalsekretär der Arabischen Liga, der Ägypter Ahmed Abul Gheit, begrüßte den Entschluß der OPEC plus. Die arabischen Mitgliedstaaten betonten, er habe einen technischen, keinen politischen Hintergrund.

**Karin Leukefeld**

*Aus: junge Welt, 26.10.22*

# Eritrea – das Kuba Afrikas?

**E**ritrea ist ein für Afrika kleines Land, ein- einhalb mal so groß wie Österreich. Etwa dreieinhalb Millionen Menschen leben hier, Männer und Frauen zu je 50 Prozent, christlich oder mohammedanisch, in neun ethnolinguistischen Gruppen (Tigrinya und Tigray etwa drei Viertel). Sie sind vor allem jung, 70 Prozent sind jünger als 35 Jahre. Aber mit einer Küste von über 1 200 km liegt Eritrea am Roten Meer in einer geostrategisch sensiblen Lage. Die imperialistische Weltmacht USA kontrolliert über Stellvertreter Saudi-Arabien (im Jemen) und mit Drohnen, die auch in Somalia und Kenia geplant sind, das Horn von Afrika, die Pforte zum Suezkanal. Verantwortlich für diese Kontrolle ist „africom“, das „United States Africa Command“, mit Hauptsitz in Stuttgart, aber mit mehreren Stützpunkten in Afrika. Gegründet wurde „africom“ am 1. Oktober 2007. Das kleine Eritrea widersetzt sich jedoch der US-Hegemonie.

In den Mainstream-Medien wird Eritrea als das „Nordkorea Afrikas“ verschrien, als eine der Welt abgeschlossene „Ein-Parteien-Diktatur“. Abgesehen davon, daß diese Medien von Nordkorea keine Ahnung haben, unterschlagen sie auch die schmerzliche Erfahrung, daß die Eritreische Volksbefreiungsfront 15 Jahre gegen die von der Sowjetunion mit Waffen unterstützte sozialistische Regierung Äthiopiens kämpfen mußte (vergebliche Vermittlungsversuche der DDR inbegriffen).

Der jahrelang westlich geförderte „brain-drain-Exodus“ aus Eritrea ist out und damit die Schlagzeile obsolet, daß sich Tausende der Wehrpflicht und dem Befreiungskrieg entzogen. Das bandenmäßig organisierte Schleusen von Jugendlichen hat die EU durch Frontex erschwert, und die Covid-Epidemie ließ ohnehin die afrikanischen Flüchtlingsströme um ein Drittel schrumpfen. Aber die Migration gestoppt hat der Krieg im benachbarten Tigray, allerdings auch Flüchtlinge ins Land gebracht. Laut UNCHR wurden 2021 8,4 Mio. Dollar Flüchtlingshilfe für Eritrea zur Verfügung gestellt. Der Krieg hat auch die Rückführungsverhandlungen mit der EU unterbrochen, in denen die eritreische Regierung zwei Bedingungen stellte: zum einen ohne Zwang und zum anderen mit einer finanziellen Starthilfe zurückzukehren. Was von dem amerikanischen doppelzungenigen „freedom & democracy“ zu halten ist, zeigt ein Beispiel im benachbarten Somalia. Der Präsident scheiterte mit dem Vorhaben zum „nation building“, Wahlen nach dem demokratischen Prinzip „one man, one vote“ abzuhalten. Mit US-Unterstützung wählte eine Versammlung von Clan-Chefs und Stammesfürsten den favorisierten Konkurrenten, den bestehenden faktischen Abspaltungen (Somaliland, Puntland) entsprechend. Im Übrigen hat das westliche Demokratiemodell seinen Glanz verloren: Der repräsentative „Youth survey 2022“ der südafrikanischen „Ichikowitz Family Foundation“ aus 15 schwarzafrikanischen Ländern zeigt Erstaunliches: 53 Prozent der

Befragten zwischen 18 und 24 Jahren (in Eritrea 60 Prozent der Bevölkerung) halten „die Demokratie westlicher Prägung für Afrika nicht geeignet. Afrikanische Länder müssen ihre eigenen demokratischen Strukturen und Systeme finden, um erfolgreich zu sein.“ Und Eritrea blickt mit seinem Volksfront-Modell der partizipativen Demokratie auf über 30 Jahre Unabhängigkeit zurück. Der friedliche Aufbau in klimabewegten, krisenhaften Zeiten bietet ausreichend Herausforderungen, um gelöst zu werden.

Eritrea wird auch das Kuba Afrikas genannt, wohl, weil es durch die „Macht der Gewehre“ obsiegte in einem über 50 Jahre dauernden Befreiungskampf, davon 30 Jahre militärisch gegen das Kaiserreich Äthiopien, gegen die sozialistische Militärjunta und nach deren Sturz gegen eine Tigray-geführte Regierung. Darüber hinaus ist beiden Ländern der unbedingte Wille zur Autonomie gemeinsam, gegen einen Boykott (Kuba) und gegen die 2018 aufgehobenen, aber 2021 wieder einsetzenden Sanktionen (Eritrea) und das Prinzip der Eigenständigkeit, sich auf die eigene Kraft zu verlassen. Keine „splendid isolation“, sondern Kooperation mit den Staaten am Horn, Integration in die UNO, die Ostafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft, in die regionale IGAD-Organisation.

Wie Kuba baut Eritrea auf die Grundsätze von „sozialer Gerechtigkeit“ und „Eigenständigkeit“ (self-reliance). Das eritreische „Grundgesetz“, die 1994 verabschiedete „National Charta“, in der die als „Volksfront für Demokratie und Gerechtigkeit“ (PDFJ) organisierte EPLF ihre Vision der zukünftigen Entwicklung beschrieb, kennt jedes Schulkind.

Hat Kuba schon vor Jahren das Analphabetentum abgeschafft, liegt der Weltbank zufolge Eritrea 2020 mit 80 Prozent (2022 ist 90 Prozent anvisiert) weit über dem afrikanischen Durchschnitt. Und wie in Kuba wird GESUNDHEIT großgeschrieben. Die Lebenserwartung ist von 49,6 Jahren im Jahr 1990 auf 67,1 Jahren im Jahr 2021 gestiegen. Wovon viele Afrikanerinnen nur träumen können: 80 Prozent der Bevölkerung haben in einem Umkreis von 10 km und 70 Prozent im Umkreis von fünf Kilometern eine Gesundheitseinrichtung, die Sterblichkeitsrate von Kindern unter 5 Jahren sank um 75 Prozent. Ein Rekord im subsaharischen Afrika: Die Müttersterblichkeitsrate ist von 1990 bis 2019 um 82 Prozent (auf den globalen Durchschnitt) von 228 pro 100 000 Lebendgeburten gesunken. In Mali hingegen sterben viermal mehr Frauen im Kindbett als Menschen insgesamt durch bewaffnete Konflikte, den Jihad eingeschlossen. Und die Geißel Malaria ist fast ausgerottet.

Und wie Kuba widersetzt sich Eritrea der US-Hegemonie. Als einziger afrikanischer Staat hat Eritrea in der UNO die Verurteilung von Rußlands Ukraine-Einmarsch verneint, hat sich der Weltöffentlichkeit geoutet und die aggressive NATO-Strategie gebrandmarkt. Als einziges Land ist es aber auch nicht der am 1. Januar 2021 in Kraft

getretenen panafrikanischen Freihandelszone AfCFTA beigetreten (dafür dem Gemeinsamen Markt für Ost- und Südafrika COMESA). Mit China verbindet das Land eine lange Freundschaft und seit November 2021 die Seidenstraßen-Initiative. Am 5. Januar bekräftigten Außenminister Wang Yi und Präsident Isaias Afwerke die „strategische Partnerschaft“. 15,7 Mio. Dollar finanzielle Unterstützung wurde vereinbart, Hilfe zur Corona war wegen der geringen Ansteckungsrate nicht nötig. Verträge zum Ausbau der Häfen in Massawa und Assab, Abkommen zur Entwicklung der Infrastruktur wurden geschlossen.

Aber so wie Kuba gegen eine US-gesteuerte Invasion militärisch gerüstet sein muß, muß sich Eritrea wie vor 2018 erneut gegen den US-gestützten Tigray-Chauvinismus zur Wehr setzen und nach den im November 2020 auf ihre Hauptstadt Asmara abgeschossenen Raketen den Einfall der Tigray-Truppen verhindern, wie in der Provinz Amhara vor einigen Monaten geschehen.

Eritrea ist durch Naturkatastrophen gefährdet, darunter wiederkehrende Dürren, Überschwemmungen und Stürme, Heuschreckenschwärme und vulkanische Aktivitäten.

Das Land war einmal der Ausläufer der Sahelzone, die durch Aufforstungsprogramme der Regierung und Pflanzungskampagnen der Schulen und Gemeinden zurückgedrängt wird. Auf den Weiden im bergigen Hochland wird Pastoralwirtschaft betrieben und auf 500 000 Hektar kultiviertem Agrarland sucht über drei Viertel der Bevölkerung ihr Auskommen. Das zu 93 Prozent bewässerte Ackerland wird von 785 unterschiedlich großen Dämmen und Teichen gesichert (zur Unabhängigkeit waren es 138). Seitdem hat sich die Gemüse-Ernte versechsfacht, die für den auch medizinisch verwendeten Honig vervierfacht. Dennoch müssen Nahrungsmittel eingeführt werden, z.B. 35,9 Prozent des deutschen Exports. Intensivierung steht auf dem Plan, Bio-Pflanzenschutz und Bio-Dünger, Förderung von kleinen Farmen.

Natürlich stehen Jobs an höchster Stelle. Die demobilisierte Jugend braucht Arbeit im privaten Sektor und in der Landwirtschaft, in der zwar nur 17,3 % des BIP geschaffen wird, aber knapp 70 Prozent der Bevölkerung arbeitet. Die Jugendarbeitslosigkeit betrug 2020 10,3 Prozent nach dem verpflichtenden „Nationaldienst“. Sechs große Berufsschulzentren in den Provinzen bilden Tausende Jugendliche aus.

Bei allen positiven Meldungen dürfen wir nicht vergessen: Eritrea ist ein bitterarmes Land, zwar ohne Hunger und seit 30 Jahren unabhängig, aber ständig militärisch gefordert, diese Unabhängigkeit zu verteidigen. Seit 2018, mit dem Friedensvertrag mit Äthiopien steht das Land vor einem hohen Berg noch unbewältigter Probleme und Entwicklungsaufgaben, doch das vom IWF prognostizierte Wachstum von knapp fünf Prozent gibt Anlaß zu Optimismus und Zuversicht.

**Georges Hallermayer**

# Diplomatischer Sieg Kubas in der UN-Generalversammlung

Zum 30. Mal haben die UN-Mitgliedsländer am 3. November mit überwältigender Mehrheit gegen die Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade der USA gegen Kuba gestimmt. Mit 185 Stimmen für die von Kuba eingebrachte Resolution war dies ein politischer und moralischer Sieg.

Völlig isoliert stehen die USA und ihr Verbündeter Israel in dieser Frage. Beide Länder stimmten gegen die Resolution und sprachen sich damit für eine Beibehaltung aus. Brasilien und die Ukraine enthielten sich wie bereits im Vorjahr.

In der Anhörung zu diesem Bericht nahmen Vertreter von rund 30 nationalen Delegationen sowie zahlreiche Organisationen und

Staatenbündnisse wie der Afrikanischen Union, ASEAN, Caricom und CELAC das Wort und bekundeten ihre Solidarität mit Kuba. In den verschiedenen Beiträgen wurde die seit mehr als 60 Jahre andauernde Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade der USA gegen Kuba teils scharf kritisiert und ihre Aufhebung von den USA gefordert. Sie verstoße eindeutig gegen die Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und des Völkerrechts.

Auf der Rednerliste der Vereinten Nationen standen u.a. Reden der Delegationen von Äthiopien, Nicaragua, Kongo, Jamaika, Indien, Angola, Panama, Algerien, Gabun, Tansania, Simbabwe und Kuba.

Der kubanische Außenminister Bruno Rodríguez legte dem Plenum einen Bericht vor, in dem er die Schäden anprangerte, die durch die einseitige Politik der US-Regierung entstanden sind. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) seines Landes habe sich in diesem Jahr um etwa 4,5 Prozent abgesenkt und in den 14 Monaten seit dem Amtsantritt von US-Präsident Joe Biden sei ein finanzieller Verlust von 15 Millionen US-Dollar pro Tag entstanden sei. Rodríguez beendete seine Rede mit den Worten „Laßt uns Kubaner in Frieden leben. Die Welt wäre ohne die US-Blockade eine bessere Welt“.

<https://cuba-si.org/2593/zum-30-mal-diplomatischer-sieg-kubas-den-vere>

## Chronologie der jüngsten Aggressionen

*Allein zwischen August 2021 und Februar 2022 verursachte diese Politik Kuba Verluste in Höhe von 3.806,5 Millionen Dollar, 49 % mehr als im vorangegangenen Zeitraum (Januar–Juli 2021)*

### 2021

- Das Außenministerium setzte die Banco Financiero Internacional (BFI) im Januar auf die Liste der kubanischen Unternehmen mit eingeschränktem Zugang.
- North American Sugar Industries Inc. reichte im Januar Klage gegen die US-Unternehmen BBC Chartering LLC und DSV AIR & SEA Inc. ein.
- Das US-Außenministerium hat Anfang des Jahres bekanntgegeben, daß Kuba auf die Liste der Staaten gesetzt wurde, die den Terrorismus unterstützen.
- Kuba wurde im Januar aufgrund der von Trump unterzeichneten Executive Order 13 873 auf die Liste der ausländischen Feinde des Handelsministeriums gesetzt.
- Das Amt zur Kontrolle von Auslandsvermögen der USA (OFAC) gab im Februar einen Vergleich mit dem digitalen Finanzdienstleistungsunternehmen BitPay, Inc (Atlanta, Georgia) bekannt, um einen Zivilprozeß zu vermeiden. Der Vergleich beinhaltete eine Geldstrafe von 507 375 USD.
- Im Februar gab Biden eine Mitteilung heraus, die den von Präsident William Clinton am 1. März 1996 ausgerufenen nationalen Notstand in bezug auf Kuba um ein Jahr verlängert.
- Hilda M. Castañedo Escalón reichte im März eine Klage gegen die Unternehmen Trafigura Trading llc (USA), Trafigura Trading LLC (Singapur) und Trafigura Group Pte Ltd (Singapur) ein, weil sie angeblich die Erbin und Aktionärsvertreterin der Unternehmen ist, die die Matahambre-Minen in Kuba besitzen.
- Rancho King Inc. reichte im März Klage gegen mehrere kubanische Unternehmen

ein und behauptete, daß die Beklagten die von Rancho King konfiszierten Grundstücke nutzen und weiterhin davon profitieren würden.

- Im Mai teilte das US-Außenministerium dem Kongreß mit, daß Kuba als ein Land eingestuft wird, das mit den Bemühungen der USA zur Terrorismusbekämpfung „nicht vollständig kooperiert“.
- Im September unterzeichnete Biden ein Memorandum, mit dem die Anwendung von Wirtschaftsmaßnahmen gegen Kuba auf der Grundlage des durch das Gesetz des Handels mit dem Feind von 1917 geschaffenen Rechtsrahmens um ein Jahr verlängert wurde.
- Das deutsche Unternehmen Brüel & Kjær Vibro GmbH, Lieferant der Technologie für die Schwingungsüberwachungssysteme der thermischen Turbinen der Unión Nacional Eléctrica, hat angekündigt, daß es keine Verträge mehr mit Energoimport abschließen werde.
- Im Oktober teilte der französische Zulieferer CNIM dem Handelsunternehmen Devexport mit, daß er die Verträge über Ersatzteile für das Wärmekraftwerk Antonio Guiteras aufgrund von US-Vorschriften nicht weiterführen könne.
- Die Auswirkungen auf die Produktion und die Dienstleistungen im Agrarsektor werden zwischen 2021 und 2022 Verluste in Höhe von 270.932.307 Dollar verursachen.
- Das kubanische Unternehmen Transimport stellte 518 Anträge auf Ausrüstung. Nur 9 % antworteten.
- Insgesamt wurden hundert ausländische Banken identifiziert, die in 261 Aktionen zur Schließung von Konten und anderen Transaktionen involviert waren, wodurch sich die Auswirkungen auf den Banken- und Finanzsektor auf 260,8 Millionen Dollar belaufen, eine Zahl, die um 93 Millionen höher ist als die zwischen Januar und Juli 2021 gemeldete.

- Dutzende von kubanischen diplomatischen Vertretungen in der ganzen Welt haben ihre Beziehungen zu den Banken, die sie traditionell mit Dienstleistungen versorgen, verloren, weil diese Angst vor Repressalien seitens der US-Regierung haben.

### 2022

- Die niederländische multinationale Bank Internationale Nederlanden Groep beschloß im Januar, alle Spenden für die Delegation von Progressive International zu blockieren, die in unser Land reisen sollte.
- Die digitale Unterkunftsplattform Airbnb Payments, Inc. mußte Anfang 2022 eine vom OFAC verhängte Geldstrafe in Höhe von 91 172 Dollar zahlen, weil sie Zahlungen von US-Amerikanern angenommen hatte, die außerhalb der vom Weißen Haus genehmigten Kategorien nach Kuba gereist waren
- Während Dutzende von Nationen, Freunden und im Ausland lebenden Kubanern nach dem Brand im Treibstofflager in Matanzas ihre Solidarität mit Kuba bekundeten, behinderte die Blockade weiterhin die Ankunft internationaler Hilfe für das Land.
- Die Nationale Gesellschaft für italienisch-kubanische Freundschaft konnte keine Überweisung auf das Konto der Banco Financiero Internacional vornehmen, das für Spenden in Notfällen bestimmt war, weil die BPM-Bank und die Mailänder Niederlassung der Banca Etica anführten, die BFI stehe auf der Liste der vom US-Außenministerium sanktionierten Einrichtungen.

Ángel Freddy Pérez Cabrera

3. November 2022

<https://granma.cu/cuba/2022-11-03/chronologie-der-juengsten-aggressionen>

# Revolution in Burma (Teil 1)

## Vorgeschichte und Hintergründe

Am 19. Juli 1947 wurde der Vorsitzende des Exekutivrats, Aung San, der sechs Monate später, nach der Entlassung von Burma in die Unabhängigkeit von der britischen Kolonialmacht, Regierungschef des neuen Staates werden sollte, bei einer Kabinettsitzung zusammen mit fast allen anderen Kabinettsmitgliedern und Anwärtern auf Posten in der zukünftigen unabhängigen Regierung erschossen. Aung San Suu Kyi, die 68 Jahre später Regierungschefin von Myanmar wurde, ist die Tochter von Aung San und dessen Frau Khin Kyi.

Aung San gelang es mit Hilfe Japans die Briten 1942 aus Burma zu vertrieben. Sein Ziel war es, einen unabhängigen Staat zu gründen. Er hatte eine Gruppe von Männern um sich herum vereint, die später als die dreißig Kameraden in die burmesische Geschichte eingehen sollten. Als sich herausstellte, daß Japan nicht daran dachte, einen unabhängigen burmesischen Staat zu tolerieren und stattdessen versuchte, eine Japan gefügsame Marionettenregieren zu installieren, wandten sich Aung San und seine Gefolgschaft wieder an die Briten. Gemeinsam mit ihnen und der von Aung San neugegründeten Armee, Vorläufer der heutigen berühmten Tatmadaw, gelang es ihnen, die Japaner wieder aus Burma zu vertreiben.

Aung San war eine wichtige Integrationsfigur. Fünf Monate vor seinem Tod hatte er auf der Konferenz in Panlong, im Shan-Staat des heutigen Myanmar, ein Abkommen mit den ethnischen Minderheiten der Shan, Kachin und Chin unterzeichnet, das ihnen ihre Rechte in einem zukünftigen föderalen Staat zusicherte. Der föderale Staat, der Aung San vorschwebte, wurde nach seiner Ermordung nie Wirklichkeit. Die bewaffneten Auseinandersetzungen ethnischer Gruppen mit der burmesischen Zentralregierung dauern bis heute an.

Am 4. Januar 1948 wurde Burma in die Unabhängigkeit entlassen. Es schloß sich bis zum Militärputsch von 1962 eine Phase relativer Demokratie an, mit sozialistischen und buddhistischen Leitmotiven, allerdings unter der Vorherrschaft der Bamar (daher der Name Burma), der auch Suu Kyi angehört.

Die maoistisch orientierte Kommunistische Partei Burmas, von der Aung San einer der Gründerväter war, wurde 1948 verboten. Sie ging in den Untergrund und führte bis zu ihrer Auflösung nach der chinesischen Kulturrevolution einen bewaffneten Kampf gegen die Zentralregierung. Sie setzte sich vornehmlich im Nordosten Burmas, an der Grenze zu China fest, wo sie von der KPCh unterstützt und mit Waffen versorgt wurde.

## Machtübernahme des Militärs

Im Jahre 1962 putschte das Militär und bis 2016 hatte Burma keine Zivilregierung. Nach dem Putsch gab das Militär vor, einen „sozialistischen Staat“ aufbauen zu wollen. In Wirklichkeit verfolgte es seine eigenen wirtschaftlichen Interessen und baute seine Macht aus. Es schottete das Land von der Außenwelt ab und machte aus dem einst

reichsten Staat in Südostasien das heutige Armenhaus. Das Militär entwickelte sich zu einem Staat im Staat, gleich einer Besatzungsarmee im eigenen Land. Es sonderte sich von der Bevölkerung ab und lebt in einer eigenen Welt mit gesonderten Privilegien. Seit 1949 herrscht in Burma ununterbrochen Bürger-



**Aung San (1915–1947), Gründer der KP Birmas und Führer der Unabhängigkeitsbewegung**

krieg. Bürgerproteste wurden regelmäßig mit brutaler Gewalt niedergeschlagen.

Nach dem Militärputsch von General Ne Win im Jahre 1962, der gleichzeitig auch Vorsitzender der burmesischen „sozialistischen“ Programm-Partei war, beschloß ein neu gegründeter „Revolutionsrat“ 1963, den „Weg zum Sozialismus“ einzuschlagen und verstaatlichte den Groß- und Einzelhandel, die Banken und die Industrie. 1973 wurden weitere 70 Unternehmen der Textil-, Nahrungsmittel- und Chemieindustrie verstaatlicht. Unter „Sozialismus“ verstand das Militär die Verstaatlichung der Betriebe, keinesfalls aber deren Vergesellschaftung. 1974 wurde die Sozialistische Republik Burma mit Ne Win als deren Präsidenten ausgerufen.

Die Kontrolle über den Staat hat das Militär auch in der „demokratischen Phase“ unter der Regierung von Suu Kyi nie abgegeben. Die Furcht vor einem möglichen Verlust der Kontrolle über den Staatsapparat und über ihr Wirtschaftsimperium nach einem erneuten

Wahlsieg der NLD (National League for Democracy) unter Suu Kyi Ende 2020 ist die wahre Ursache für den jüngsten Putsch.

## Der Volksaufstand von 1988

Im März 1988 kam es zu Studentenprotesten in Rangun, die sich schnell über das ganze Land ausbreiteten. Das Militär schoß auf die Demonstranten. Am 26. August hielt Aung Suu Kyi ihre erste Rede. Suu Kyi eroberte im Nu die Herzen der Zuhörer. Ab diesem Tag hatte die Demokratiebewegung in Burma ein gewaltiges Sprachrohr und eine neue Anführerin.

Die Junta aber regierte unter Kriegsrecht weiter. Am 24. September 1988 wurde die NLD gegründet, Aung Suu Kyi wurde ihre Generalsekretärin. Die Politik der NLD gründete auf gewaltlosem Widerstand nach dem Vorbild von Gandhi. Die Popularität Suu Kyi's, der Tochter des Gründervaters der Nation, beunruhigte die Militärjunta, so daß sie Suu Kyi im Juli 1989 verhaftete und unter Hausarrest stellte. Mit ihr wurden weitere zahlreiche Führungskader der NLD verhaftet und inhaftiert. Suu Kyi verbrachte von den 21 Jahren zwischen 1989 und 2010 insgesamt 15 Jahre unter Hausarrest. 1991 bekam Aung Suu Kyi den Friedensnobelpreis. Die Militärjunta näherte sich derweil, geschmäht vom Westen, immer mehr an China an, das Land blieb unter der Militärdiktatur isoliert vom Rest der Welt. Am 18. Juni 1989 wurde Burma in Myanmar umbenannt. Im Mai 1990 fanden die ersten freien Wahlen nach 1990 statt. Die NLD gewann mit überwältigender Mehrheit, aber das Militär wollte die Macht nicht abgeben und behauptete, die Wahlen seien nur ein Test gewesen. Vor der Machtübergabe an eine Zivilregierung müsse eine neue Verfassung ausgearbeitet werden. 2005 zog die Militärregierung von Rangun in die extra für sie gebaute neue Hauptstadt Naypyidaw um.

Die neue Verfassung wurde erst 2008, nach erneuten Unruhen und inmitten der Wirren des Tropensturms „Nargis“, der den ganzen Süden des Landes überschwemmt hatte, dem Volk zur Abstimmung vorgelegt. Es war von Anfang an ein Betrugsmanöver, begleitet von der Bedrohung, daß es, wenn sie im Referendum abgelehnt würde, auch keine Wahlen geben würde.

Die so erpreßte Verfassung sicherte dem Militär weiterhin die Kontrolle über den Staat. Ein Drittel aller Parlamentsabgeordneten wird vom Militär, unabhängig vom Wahlausgang, nominiert. Zudem bekommt das Militär verfassungsgemäß immer die drei wichtigsten Ministerien, nämlich das Innenministerium (und damit die Kontrolle über die Wirtschaft), das Verteidigungsministerium und das Ministerium für Beziehungen zu den Nachbarländern. So abgesichert mit der undemokratischsten Verfassung der Welt, arbeitete das Militär einen heuchlerischen „Fahrplan zur Demokratie“ aus, der zu den Wahlen vom November 2015 führte und mit einem erneuten Erdrutschsieg der NLD endete.

**Karl Lee Jing**  
Thailand

# „Volk ohne Raum“ – mit der Flagge des Zionismus zur Landnahme in Palästina

Die zionistische Idee ist benannt nach der Zion bezeichneten Turmburg des über Juda und Israel um 1000 v. u. Z. herrschenden Königs David. Als Begriff wurde „Zionismus“ vom Wiener Juden Nathan Birnbaum (1864–1937) aufgebracht und entwickelte sich um die Wende des 19. zum 20. Jahrhundert mit seinem bahnbrechenden Agitator Theodor Herzl (1860–1904). Herzl veröffentlichte 1896 in deutscher Sprache die programmatische Schrift „Der Judenstaat“ und gab dem I. Zionistenkongress in Basel (29.–31. August 1897) die politische Linie vor. Herzl ist auf dem Herzlberg in Jerusalem bestattet, es sind nach ihm zahlreiche Plätze, Straßen und Institutionen in Israel benannt, und im Plenarsaal der Knesset hängt ein Porträt von ihm. Im Juni 1895 hat Herzl in sein Tagebuch eingetragen: „Niemand dachte daran, das gelobte Land dort zu suchen, wo es ist – und doch liegt es so nahe. Das ist es: in uns selbst.“

Zur „Evangelisierung“ interessierter Juden hat auch die kleine deutschsprachige Erzählung „Die Menorah“ von Herzl beigetragen. Der Prager Jude Arnošt Kolman (1892–1979) war von Herzls „Menorah“ stärker beeindruckt als von „Der Judenstaat“. Mit dem Narrativ um Judas Makkabäus (gest. 161 v. u. Z.), nach dem die erfolgreiche jüdische Erhebung gegen die seleukidische Dynastie mit der Neueinweihung (Chanukka) des Heiligtums, mit einem achtflämmigen Leuchter und einem Bedienungslicht zum Anzünden (Menora) verknüpft ist, weihte sich Herzl, der den sich massiv ausbreitenden Wiener Antisemitismus erlebte, mit dem fiktiven familiären und persönlichen

Empfinden eines jüdischen Mannes auf sein wieder gefundenes jüdisches Volksgeheimnis: „Es war ein Mann, der hatte die Noth, ein Jude zu sein, tief in seiner Seele empfunden. Seine äußeren Umstände waren nicht unbefriedigend. Er hatte sein genügendes Auskommen und auch einen glücklichen Beruf, indem er das schaffen durfte, wozu ihn sein Herz hinstieg. Um seine jüdische Herkunft und den Glauben seiner Väter hatte er sich schon lange nicht mehr gekümmert, als der alte Haß unter einem modischen Schlagworte sich wieder zeigte. Mit vielen anderen glaubte auch unser Mann, daß die Strömung sich bald verlaufen werde. Aber es wurde nicht besser, sondern stets ärger und die Angriffe schmerzten ihn immer von Neuem, obwohl sie ihn nicht unmittelbar betrafen; so daß nach und nach seine Seele eine einzige blutende Wunde war. Es geschah ihm nun, daß er durch diese inneren und verschwiegenen Leiden auf deren Quelle, also auf sein Judenthum hingelenkt wurde und was er in guten Tagen vielleicht nie vermocht hätte, weil er davon schon so ferne war: Er begann mit einer großen Innigkeit zu lieben. Auch von dieser wunderlichen Zuneigung gab er sich nicht gleich deutliche Rechenschaft, bis sie endlich so mächtig war, daß sie aus dunklen Gefühlen zu einem klaren Gedanken erwuchs, den er dann auch aussprach. Es war der Gedanke, daß es aus der Judennoth nur einen Ausweg gebe, und zwar die Heimkehr zum Judenthum. [...]“ Herzl, der jüdische Mann, fand die Menora und begann, die Kerzen symbolisch für seine Kinder der Reihe nach zu entzünden, „dazu die Geschichte der Heimkehr aus dem babylonischen

Exil, der zweite Tempel, die Makkabäer. [...] Es kam der achte Tag, an dem die ganze Reihe brennt, auch der treue neunte, der Diener, der sonst nur zum Anzünden der übrigen da ist. Eine große Helligkeit strömte von der Menorah aus. Die Augen der Kinder glänzten. Unserem Mann aber wurde das Ganze zum Gleichnis für die Entflammung der Nation“.

Der deutsche Schriftsteller Hans Grimm (1875–1959) hat 1926 seinem Roman den Titel „Volk ohne Raum“ gegeben, den die deutschen Faschisten als Schlachtruf mit barbarischen Konsequenzen für ihre Expansionspolitik im Osten benützt haben. Die von Herzl angesprochenen Juden in aller Welt werden sich als „Volk ohne Raum“ gesehen haben. Für Herzl als „Diener des Lichts“ sind die Juden von Gott Jahve auserwähltes Volk, weil sie die Bibel besitzen. Im Deuteronomium ist von der Besitznahme des Landes durch die große und gegenüber anderen Völkern mitleidlose israelitische Nation die Rede. Das kann nicht nur im historisch religiösen Sinn gedeutet werden, sondern hat eine rassistische Dimension. Über den Apartheid-Charakter von Israel hat die Economic and Social Commission for Western Asia der UNO gemäß den Kriterien der Konvention über die Unterdrückung und Bestrafung des Verbrechens am 15. März 2017 ein Gutachten erstellt, das aber wegen des internationalen proisraelischen Drucks auf der UNO-Website gelöscht wurde und nur noch auf der Website Electronic Intifada oder mit anderen Quellen zu lesen ist.

**Prof. Dr. Gerhard Oberkofler**

*Auszug aus: Zeitung der Arbeit, Wien, 23.9.22*

## Blick aus dem Fenster

Ich war immer auf mich allein angewiesen. Mit den anderen Kindern der Straße durfte ich nicht spielen, auch hielt meine Mutter das Ball- und Kreisspiel auf der Fahrbahn für zu gefährlich, obwohl in dieser Nebenstraße so gut wie kein Verkehr herrschte. Man ging zu Fuß. Autos wurden nur zu Lieferzwecken benutzt.

Heute aber sollte ein Umzug stattfinden, im Elternhaus. Ich saß am Fenster und wartete. Eine Abwechslung. Ich war neugierig auf das, was kommen sollte.

Im Haus, über uns, wohnte Frau Joseph, eine Jüdin, und die mußte ausziehen. Mein Großvater hatte ihr gekündigt, also war ein Umzugswagen zu erwarten, ein großes Auto mit Türen, die über die gesamte Rückfront gingen.

Meiner Neugierde sollte Rechnung getragen werden, indem die Wohnungseinrichtung ans Licht käme. Wenn die Wohnungstür von Frau Joseph mal offenstand, weil sie sich vom Wasserhahn im Treppenhaus einen Eimer Wasser holte, war ein „Neger“ aus Holz in roter Livree zu sehen, der in ihrem Flur stand. Also erwartete ich weitere Exoten.

Man hatte mir für den gesamten Tag verboten, aus dem Fenster zu sehen. Als ich am Nachmittag schwere Schritte auf der Treppe hörte, huschte ich zum Fenster. Unten vorm Haus stand aber kein großer Kastenwagen wie erwartet, nur ein Pferdewagen, ein Leiterwagen. Weder Frau Joseph noch ihr Sohn Eugen waren zu sehen. Sie mußten doch aufpassen, daß alles gut und sicher verladen wurde. Ich verstand das nicht. Die Männer trugen Einrichtungsgegenstände, wie auch wir sie besaßen hin und her. Korbmöbel, ein Vertiko, Schränke, Tisch und Stühle. Die Sachen waren weder zugedeckt noch verschnürt, als der Kutscher die Pferde antrieb und das Gefährt davonrollte. Der rote Holz„neger“ war nicht dabei. Vielleicht war Frau Joseph noch mit Ausfegen und Wischen der Räume beschäftigt und würde hinterherkommen.

Hatte ich irgendetwas verpaßt, weil ich jedesmal, wenn ein Familienmitglied ins Zimmer kam, den Fensterplatz verließ?

Ich lauschte den ganzen Tag und machte mich pro forma im Korridor zu schaffen. Es kam aber niemand mehr die Treppe hinunter.

Meine Phantasie war den Tag über nach allen Richtungen beschäftigt. Ich fragte, wohin denn Frau Joseph gezogen sei, bekam aber keine Antwort, nur sehr abweisende Gesichter, verschlossen wie nie zuvor. Es ließ mir keine Ruhe und abends im Bett stellte ich mir vor, Frau Joseph sei im Stadtwald, wo sie doch einen gewissen Schutz erwarten konnte unter den Bäumen, denn es war kalt, es war ja November. Demzufolge stellte ich mich ohne Zudecke in eine Ecke meines Gitterbettes und fror sehr, worüber ich einschlief nach dem aufregenden Tag. In der folgenden Woche zogen neue Mieter ein, Herr und Frau Bentzien. Frau Bentzien habe ich nie gesehen und Herr Bentzien trug die braune Uniform der SA.

Nach dem Krieg forschte ich nach und erfuhr, daß Frau Joseph in ein Lager im Baltikum verbracht wurde und dort umkam. Ihr Sohn soll nach England entkommen sein. Ich bin jetzt 91 Jahre alt und kann diese Ereignisse aus der Kinderzeit einordnen und verstehen. Vergessen werde ich sie nie.

**Beate Bölsche**  
Brielow

## „Den Schmerz der Anderen begreifen“

Es ist ja nicht so, daß es bisher keine Diskussionen und Publikationen über Erinnerungskultur, über kollektives Vergessen und rituelles gemeinsames Erinnern, über erinnerungswürdige, weniger erinnerungswürdige und gar nicht erinnerungswürdige Menschheitsverbrechen gegeben hätte, aber dieses in seiner intensiven und hartnäckigen Spurensuche einmalige, unglaublich tiefgehende und intensive Buch von Charlotte Wiedemann läßt der Leserin und dem Leser keine Atempause.

Jedes behandelte Thema – der Holocaust in engerer und weiterer Bedeutung, die Gräueltaten der Kolonialmächte, die heutigen Auseinandersetzungen in allen Weltteilen – wird von der Autorin aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet, hierzulande kaum bekannte Geschehnisse werden beschrieben. Immer wieder stellt sie sich selbst und den Lesern die Frage, wie sehen wir als Deutsche oder Europäer diese Verbrechen, wieviel Empathie sind wir bereit und in der Lage, für die Opfer aufzubringen. Die Autorin braust nicht auf, selbst bei der Erwähnung ungeheuerlicher Verbrechen schreibt sie sachlich und überläßt den Lesern die sachliche und emotionale Reaktion. Ganz selten erlaubt sich Wiedemann ironische bis sarkastische Spitzen, wie z.B. beim Einsatz afrikanischer Soldaten in der französischen Armee im II. Weltkrieg: „Alsdann wurden [afrikanische] Rekruten [von der französischen Kolonialmacht] in einer heute unvorstellbar großen Zahl nach Europa geschafft – unvorstellbar deswegen, weil wir heute daran gewöhnt sind, daß vergleichsweise wenige Menschen mit großem Aufwand daran gehindert werden, von der afrikanischen Küste aus die europäische zu erreichen.“ Wiedemann gelingt es, die Verbrechen der Kolonialmächte, wie sie, während in Nürnberg die Nazi-Kriegsverbrecher vor Gericht standen, im britischen Malaya, im niederländischen Indonesien und

im französischen Algerien begangen werden, als Völkerrechtsverbrechen zu benennen, ohne daß dieser Benennung ein Geruch von Whataboutism oder gar Relativierung der Naziverbrechen anhaftet. Sie hebt die widersprüchlichen Rollen der Beteiligten im Kampf zwischen Unterwerfung und Unterdrückung, zwischen Überlegenheitsideologie und Augenhöhe hervor und belegt dies an Beispielen wie deutschen Fremdenlegionären im französischen Militär: „Mehr historische Verwicklung lässt sich kaum denken: Deutsche, die den Nationalsozialismus eben erst hinter sich gelassen hatten, verübten nun Verbrechen im Auftrag einer Kolonialmacht, die zugleich Siegermacht über Nazi-Deutschland war – und dies wiederum mithilfe der Soldaten aus den Kolonien.“

Die Autorin wirft die Frage auf, warum auch sie selbst die Opfer der Genozide in Kambodscha und Ruanda weniger berühren als die Schilderungen der Massenmorde in den deutschen Vernichtungsanlagen. Liegt es daran, daß sie Nachfahrin der Täter ist oder weil ihr die Opfer kulturell näherstehen? Sie schreibt über die „Ökonomie der Empathie“, die geprägt wird durch die den einzelnen Weltregionen zugeschriebenen „üblichen Verhältnisse“: Wo ständig Menschen umgebracht werden, ist es auch nicht verwerflich, gezielt Menschen mit Drohnen zu töten und die Menschen in ihrer Umgebung gleich mit. Aber auch schon bei den hier Ermordeten gibt es „eine Hierarchie der Empathievergabe“, insbesondere bei feierlichen Gedenkakten in Deutschland, bei denen Sinti und Roma oder sowjetische Kriegsgefangene ganz weit unten stehen.

Ein Kapitel ist Israel und Palästina gewidmet, in dem es um die Kämpfe um politische, ökonomische und gesetzliche Gleichberechtigung für die Palästinenser geht, um Juden und Palästinenser, die gemeinsam für ein friedliches und gleichberechtigtes Miteinander eintreten.

Und es geht um die „deutschen Bedürfnisse“, sich auf dem Hintergrund des Holocaust, „richtig“ zu verhalten. Auch hier beläßt es die Autorin nicht bei allgemeinen Erörterungen über Recht und Unrecht, sondern schildert konkret die diskriminierenden Zustände, die tägliche Arbeit eines jüdischen Israeli gegen die Landnahme der Siedler und für die Durchsetzung der Rechte von Palästinensern und berichtet von vielen Begegnungen. Es fällt dem Rezensenten sehr schwer, Teile des Buches nicht zu erwähnen, nicht jeden dritten Satz wörtlich zu zitieren, so inhaltsschwer, präzise formuliert und erkenntnisfördernd ist das ganze Buch geschrieben. Es muß gelesen werden.

Nur noch eins: Ein zentrales Thema des Buches ist – auch, weil es von einer Deutschen in Deutschland geschrieben wurde – der Umgang mit der Erinnerung an den Holocaust und dabei die Frage, ob „man“ dieses Verbrechen mit anderen vergleichen darf und kann. Sie stellt schließlich fest, daß es keine weltweit gültige Antwort auf diese Frage gibt und daß es diese eindeutige Antwort auch nicht geben kann. In ihren Worten: „Wir müssen die Shoah im Zentrum unserer Verantwortung halten. Aber wer die Shoah benutzt, um anderes Leid zu degradieren, hat ihre wichtigste Lehre nicht verstanden.“ Charlotte Wiedemanns genereller Wunsch: „Mögen wir als Deutsche, als neue und als alte Deutsche, den Nationalsozialismus dicht bei uns behalten, mit Sensibilität und mit Fürsorglichkeit gegenüber den Opfern. Und mögen wir als Europäer ein weißes Geschichtsdenken überwinden und uns der Auswirkungen kolonialer Gewalt bewußt sein.“

**Werner Simonsmeier**  
Berlin

*Charlotte Wiedemann, Den Schmerz der Anderen begreifen, Holocaust und Weltgedächtnis, Propyläen Verlag, Berlin 2022, 288 Seiten, 22 €, ISBN 9783549100493*

## Eine Marktplatzumbenennung und die Berliner LINKE

Am 16. August 2022 beschloß das „linke“ Bezirksamt von Berlin-Lichtenberg, einen Marktplatz im Ortsteil Karlshorst „Odessa-Platz“ zu benennen.

Mit dem Namen der Millionenstadt Odessa am Schwarzen Meer verbinden die meisten Bürger die Ausschreitungen vom Mai 2014 gegen prorussische Demonstranten. Besonders in Erinnerung sind die schrecklichen Verbrechen vom 2. Mai, bei denen 48 Menschen im Gewerkschaftshaus lebendigen Leibes verbrannt sind und über 200 verletzt wurden. Urheber der Verbrechen waren nationalistische und faschistische Kräfte. Eine Aufklärung der Mاسaker erfolgte trotz Ankündigung bis heute nicht. Bewußt und gewollt. Wer nun denkt, mit dem „Odessa-Platz“ sollen die Opfer der Verbrechen geehrt werden, der irrt. Im Gegenteil.

Bezirksbürgermeister Michael Grunst („Die Linke“): „Mit der Benennung des im Zentrum von Karlshorst gelegenen Platzes wollen wir aus Berlin heraus ein weiteres sichtbares Zeichen der Solidarität mit der Ukraine setzen.“ Solidarität ausgerechnet mit dem Ort, der ein Symbol des faschistischen verfassungswidrigen Putsches war. (...)

Für die gleichgeschalteten Medien spielt alles dies – offener Faschismus mitten in Europa – keine Rolle. So wie auch die unaufgeklärten Verbrechen von Odessa vergessen sind. Und die Berliner Linkspartei brüstet sich mit einer solidarischen Namensgebung für Odessa. Und betont stolz die Nähe dieses Platzes zum Kapitulationsmuseum von 1945. Was für eine politische Instinkttlosigkeit dieser Partei! Berlin-Lichtenberg ist mit 300 000 Einwohnern

eine linke Hochburg. Der im Osten der Hauptstadt gelegene Bezirk hat traditionell eine starke Linkspartei. (...) Wiederholt stellte die Partei den Bürgermeister. Grunst ist seit 2016 im Amt. Immer wieder positionierte sich der ehemalige Offiziersschüler der Grenztruppen zur „politischen Unterdrückung“ in der DDR. Schließlich mußte er ja seine Verfassungstreue im Bezirk des „Gruselkabinetts“ von Hohen Schönhausen und der Zentrale des MfS besonders unter Beweis stellen. Auch mit der unter seiner Verantwortung beschlossenen Namensvergabe „Odessa-Platz“ hat das von „Rot-Rot-Grün“ regierte Berlin erneut seine Treue zu Aufrüstung und Krieg bekräftigt.

Für die Einweihung des Platzes ist heftiger Protest angesagt.

**Hans Bauer**  
Berlin

# Das Dekret über den Frieden

Auf der Sitzung des Allrussischen Sowjetkongresses der Arbeiter-, Soldaten und Bauerndeputierten am 8. November 1917 schlug die durch die Große Sozialistische Oktoberrevolution in Rußland geschaffene Arbeiter-und-Bauern-Regierung allen kriegführenden Völkern und ihren Regierungen vor, unverzüglich Verhandlungen über einen gerechten demokratischen Frieden zu beginnen. Das von Wladimir Iljitsch Lenin ausgearbeitete Dekret wurde einstimmig angenommen und am gleichen Tag in der Zeitung „Iswestija“ veröffentlicht. Datiert war dieser Vorschlag auf den 26. Oktober 1917, denn bis zum 14. Februar 1918 galt in Rußland der julianische Kalender und wurde erst dann durch den gregorianischen ersetzt.

Es sollte ein Frieden sein, den die überwältigende Mehrheit der durch den Krieg erschöpften, gepeinigten und gemarterten Klassen der Arbeiter und Werktätigen aller kriegführenden Länder ersehnte, ein Frieden, wie ihn die russischen Arbeiter und Bauern nach dem Sturz der Zarenmonarchie auf das entscheidende und beharrlichste gefordert hatten. Ein solcher Frieden war nach der Auffassung der russischen Regierung ein sofortiger Frieden ohne Annexionen, das hieß ohne Aneignung fremder Territorien, ohne gewaltsame Angliederung fremder Völkerschaften und ohne Kontributionen. Das war die Hauptforderung des Dekrets.

Die Regierung Rußlands erklärte sich bereit, sofort, ohne die geringste Verzögerung, bis zur endgültigen Bestätigung aller Bedingungen eines solchen Friedens durch die bevollmächtigten Versammlungen der Volksvertreter aller Länder und aller Nationen, alle entscheidenden Schritte zu unternehmen.

Unter Annexion oder Aneignung fremder Territorien verstand die russische Regierung, „im Einklang mit dem Rechtsbewußtsein der Demokratie im Allgemeinen und der werktätigen Klassen im Besonderen“, jede Angliederung einer kleinen oder schwachen Völkerschaft an einen großen oder mächtigen Staat, ohne daß diese Völkerschaft ihr Einverständnis und ihren Wunsch unmißverständlich, klar und freiwillig zum Ausdruck gebracht hat. Das sollte auch unabhängig davon gelten, wann diese

gewaltsame Angliederung erfolgt war. Und schließlich sollte das auch unabhängig davon sein, ob diese Nation in Europa oder in fernen, überseeischen Ländern lebte.

Wenn irgendeine Nation mit Gewalt in den Grenzen eines gegebenen Staates festgehalten würde, wenn dieser Nation entgegen ihrem zum Ausdruck gebrachten Wunsch, das Recht vorenthalten würde, in freier Abstimmung über die Formen ihrer staatlichen Existenz ohne den mindesten Zwang selbst zu entscheiden, so wäre eine solche Angliederung eine Annexion, das heißt, eine Eroberung und Vergewaltigung.

Den Ersten Weltkrieg fortzusetzen, um die Frage zu entscheiden, wie die starken und reichen Nationen die von ihnen annektierten schwachen Völkerschaften unter sich aufteilen sollen, hielt die russische Regierung für das größte Verbrechen an der Menschheit. Sie verkündete feierlich ihre Entschlossenheit, unverzüglich Friedensbedingungen zu unterzeichnen, die diesem Krieg unter den genannten, für ausnahmslos alle Völkerschaften gleich gerechten Voraussetzungen ein Ende bereiteten. Gleichzeitig erklärte die Regierung, daß sie die oben genannten Friedensbedingungen keineswegs als ultimativ betrachte. Das hieß, sie war bereit, auch alle anderen Friedensbedingungen in Erwägung zu ziehen. Sie wollte nur, daß das Angebot der Friedensbedingungen seitens irgendeines kriegführenden Landes möglichst rasch und mit vollster Klarheit, bei unbedingter Ausschaltung jeder Zweideutigkeit und Geheimhaltung erfolgen sollte. Sie wies darauf hin, daß sie fest entschlossen sei, alle Verhandlungen völlig offen vor dem ganzen Volk zu führen. Sie werde unverzüglich darangehen, alle Geheimverträge zu veröffentlichen, die von der Regierung der Gutsbesitzer und Kapitalisten in der Zeit vom Februar bis zum 25. Oktober 1917 bestätigt oder abgeschlossen wurden. Alle Bestimmungen dieser Geheimverträge, soweit sie, wie es zumeist der Fall war, den Zweck hatten, den russischen Gutsbesitzern und Kapitalisten Vorteile und Privilegien zu verschaffen, die Annexionen der Großrussen aufrechtzuerhalten oder zu erweitern, wollte die Regierung bedingungslos und sofort für ungültig erklären. Die russische

Regierung hielt ihr Wort und schaffte die Geheimdiplomatie ab. Das Dekret unterschrieben hatte der Vorsitzende des Rats der Volkskommissare Wladimir Uljanow Lenin. Die russische Regierung schlug den Regierungen und Völkern aller kriegführenden Länder vor, sofort einen Waffenstillstand abzuschließen. Von der kriegsmüden russischen Bevölkerung wurde das Dekret begeistert aufgenommen.

In anderen kriegsführenden Ländern, wie zum Beispiel in den USA, in Frankreich und Großbritannien, löste das Dekret Demonstrationen gegen den Krieg und für eine Unterstützung Sowjetrußlands aus. An den Fronten, besonders im Osten, gab es Soldatenverbrüderungen. Zu Waffenstillstandsverhandlungen auf staatlicher Ebene kam es aber nur mit Deutschland. Die deutsche Armee hatte ihren Vormarsch im Westen Russlands fast ungehindert fortgesetzt, bis ihre Truppen die gesamte Ukraine unter Kontrolle brachten. Die Revolution war in Gefahr. Die russische Revolutionsregierung sah sich daher im März 1918 gezwungen, in Brest-Litowsk einem Diktatfrieden zuzustimmen. Lenin setzte sich gegen Trotzki durch, der den Krieg unbedingt weiterführen wollte. Am 3. März 1918 wurde in Brest-Litowsk der Friedensvertrag zu den deutschen Bedingungen unterzeichnet. Das bedeutete die Loslösung des Baltikums, der Ukraine, Beloruslands und von Gebieten Polens. Rußland verlor dadurch rund ein Viertel seines Territoriums, etwa ein Drittel seiner Bevölkerung, über die Hälfte seiner industriellen Anlagen und einen großen Teil seiner wichtigsten Rohstoffquellen.

Putin kritisierte, daß Rußland den Krieg nicht weitergeführt hat, weil das Land dann zu den Siegern des Krieges gehört hätte und den Versailler Vertrag, den Lenin als schändlichen Raubkrieg entlarvte, hätte mitunterzeichnen können. Ich halte das für eine absurde Idee. Nach Ende des Krieges setzte die Sowjetregierung den Vertrag von Brest-Litowsk außer Kraft.

Die Sowjetregierung hatte die angestrebten Friedensziele aufgrund des Widerstandes der anderen kriegführenden Mächte zwar nicht erreicht, dennoch war das Dekret über den Frieden ein bedeutendes Ereignis.

Dr. Kurt Laser

## Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats Dezember!

### Zum 94. Geburtstag

Werner Herzig (Altenbrak) am 16. Dezember  
Hellmut Michel (Dohna) am 24. Dezember

### Zum 93. Geburtstag

Dr. Maria Benditz (Eberswalde) am 2. Dezember  
Rosemarie Buhr (Berlin) am 12. Dezember

### Zum 92. Geburtstag

Rudolf Höll (Berlin) am 19. Dezember  
Christa Behn Ueckeründe) am 20. Dezember

### Zum 90. Geburtstag

Helga Glauer (Lutherstadt Wittenberg) am 29. Dezember

### Zum 85. Geburtstag

Klaus Geißler (Glöwen) am 10. Dezember  
Heinz Kaufmann (Zeuthen) am 23. Dezember

### Zum 80. Geburtstag

Klaus-Peter Schröder (Stein) am 20. Dezember  
Erhard Fritza (Kapellendorf) am 30. Dezember

### Zum 70. Geburtstag

Klaus Peters (Pötenitz) am 16. Dezember  
Horst Remest (Neubrandenburg) am 17. Dezember  
Brigitte Streicher (Dortmund) am 29. Dezember

### Zum 65. Geburtstag

Horst Stanislaus (Warnkenhagen) am 3. Dezember

### Zum 60. Geburtstag

Karsten Rößler (Gera) am 31. Dezember

**WIE IMMER GILT UNSERE GRATULATION AUCH ALLEN ANDEREN GEBURTSTAGSKINDERN DES MONATS.**

## WISSENSCHAFTLICHE WELTANSCHAUUNG

## Die Macht der Monopole

Vor vielen Jahren hat der damalige „Deutschlandsender“ (später umbenannt in „Stimme der DDR“) eine auch in Westdeutschland gehörte und beachtete Sendereihe mit Vorträgen zu Fragen unserer wissenschaftlichen Weltanschauung ausgestrahlt, deren Manuskripte sich erhalten haben und die wir den Lesern des „RotFuchs“ in einer Auswahl zur Verfügung stellen – inhaltlich wurde nichts verändert, von einzelnen Kürzungen abgesehen. Man kann diese Vorträge lesen als Kapitel eines Geschichtsbuchs (dazu auch immer die Angabe des seinerzeitigen Sendetermins) und zugleich als Einführung in die Grundlagen marxistisch-leninistischen Denkens. Viele auch in den Vorträgen zum Ausdruck kommende Hoffnungen haben sich mit und nach der Konterrevolution von 1989/90 zerschlagen, manche Prognosen haben den Praxistest nicht bestanden – wesentliche Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und anderen unserer Theoretiker aber haben nach wie vor Bestand, an ihnen halten wir fest, sie wollen wir – auch mit dieser Serie – vermitteln und erneut zur Diskussion stellen.

RF

6. Juli 1978

Wenn die Frage gestellt wird, wer in der Wirtschaft der BRD Macht und Herrschaft ausübt, dann antworten die bürgerlichen Ideologen, alle Unternehmen unterlägen der Kontrolle des Marktes. Solange die Marktwirtschaft intakt sei, könne man nur von der Herrschaft des Marktes sprechen. Jeder könne jedem Konkurrenz machen, und dabei pendelten sich Kosten und Preise auf dem jeweils niedrigstmöglichen Niveau ein. Das sei die Grundlage des „Wohlstandes für alle“. Und was in der Wirtschaft gelte, das träfe auch in Staat und Politik zu. Der Marktwirtschaft entspreche die parlamentarische Demokratie. Auf den ersten Blick scheint die Behauptung von der Preiskonkurrenz als dem wesentlichen Moment der Wirtschaft mit den Erfahrungen der BRD-Bürger übereinzustimmen. Denn müssen sie nicht immer wieder für die gleichen Konsumgüter unterschiedliche Preise bezahlen? Müssen sie nicht immer wieder einen großen Teil ihrer Zeit und Energie darauf verwenden, für den hart verdienten Lohn möglichst preisgünstig einzukaufen?

Aber schon beim näheren Hinsehen stellen wir fest, daß die großen Konzerne praktisch die Preise vorschreiben. Was heute in den Regalen der Supermärkte steht, wird vielfach nur von einigen wenigen Konzernen produziert, und die großen Kaufhaus- und Versandhandelskonzerne wiederum diktieren kleinen und mittleren kapitalistischen Produzenten die Verkaufsbedingungen. Es kann also keine Rede davon sein, daß in der BRD das freie Spiel der sogenannten Marktkräfte die Preise bestimmen würde. Vielmehr ist es so, daß die Großfirmen, die durch hohe Werbeaufwendungen die Käufernachfrage auf ihre Produkte lenken können, auch höhere Preise durchsetzen. Wer durch moderne Großproduktion einen großen Marktanteil hat, kann bis zu einem gewissen Grad das Angebot und damit auch die Realisierungsbedingungen für höhere Preise regulieren. Und selbst wenn es in einer Branche nicht nur einen Produzenten,

sondern mehrere Großfirmen und vielleicht noch einige hundert kleinere gibt, so können sich die Großen doch sehr schnell hinsichtlich der Preis- und Profitpolitik arrangieren. Und kein Gericht und keine Kartellbehörde wird ihnen das je nachweisen können. Davon

wenn sie den Staatsäckel auf diese oder jene Weise anzapfen können. Bekannt sind die ständigen Subventionen aus dem Bundeshaushalt für die Wirtschaft, die vor allem den Konzernen zufließen. Erinnert sei hier nur an die Ausgaben des Staates zur Förderung von

technischen Neuerungen, zur Förderung der Rationalisierung. Freilich werden dabei laufend Arbeitsplätze vernichtet. Aber das ist für die Konzerne nicht von Belang. Für sie kommt es nur darauf an, daß sie möglichst hohe Profite machen.

Mancher in der BRD wird an dieser Stelle an das Kernkraftwerkprogramm der Regierung denken. Und in der Tat ist dies eines der aufschlußreichsten Beispiele für die Förderung der Konzerne durch den Staat. Denn bevor die Kernreaktoren bis zur Produktionsreife entwickelt waren – vom Problem ihrer gegenwärtig immer noch ungenügenden Betriebssicherheit und ihrer gefährlichen Strahlungsabgabe sei einmal abgesehen – steckte der Staat



Karikatur: Walter Kurowski (1939–2017)

zeugt die ganze hilflose Praxis des Bundeskartellamtes.

Deshalb fallen Ideologie und Wirklichkeit der Marktwirtschaft total auseinander. Regieren in der Ideologie angeblich der Markt und das Spiel seiner Kräfte, so beherrschen in der Wirklichkeit die großen Konzerne den Markt und diktieren den anderen Sektoren der Wirtschaft und den Endverbrauchern ihre Bedingungen. Die Bewegungsformen des Marktes – Angebot, Nachfrage, Preise – sind für die Konzerne nur Hülsen, in denen und mit denen sie ihre Herrschaft in der Wirtschaft ausüben.

Herrschaft und Macht sind natürlich kein Selbstzweck. Vielmehr dienen sie dazu, mit hohen oder relativ hohen Preisen möglichst hohe Profite zu erzielen.

Aber neben der monopolistischen Preispolitik gibt es noch eine ganze Reihe weiterer Methoden, um zu hohen Profiten zu kommen. Erinnert sei an die Vorteile, die Konzerne haben, wenn sie ihren Zulieferfirmen niedrige Preise aufzwingen können, wenn sie von den Banken günstige und ausreichende Kredite bekommen oder – das spielt heute eine große Rolle

Milliarden an Steuermitteln in ihre wissenschaftliche und technologische Entwicklung. Das große Geschäft machen jetzt aber die Konzerne der chemischen und der elektrotechnischen Industrie, des Maschinenbaus und der Energiewirtschaft.

Aufschlußreich für die tatsächlichen Macht- und Herrschaftsverhältnisse in der Wirtschaft ist auch das Verhalten der Automobil- und der Erdölkonzerne. Hier muß erwähnt werden, daß es sich dabei um weltweit operierende internationale Konzerne handelt – was übrigens in den meisten anderen Branchen auch so ist –, und daß sie zum großen Teil durch Konzernzentralen im Ausland gesteuert werden, vorwiegend in den USA. Trotz der Wirtschaftskrise der vergangenen Jahre und schrumpfender Märkte sowie schrumpfender Nachfrage haben sie mit den verschiedensten Argumenten die Preise angehoben. Sie haben damit aber alle ideologischen Dogmen der angeblich in den kapitalistischen Ländern herrschenden „freien Marktwirtschaft“ Lügen gestraft. Denn unter solchen Bedingungen sind Preiserhöhungen nur möglich, wenn die Märkte durch monopolistische

Markt- und Produktionsmacht beherrscht werden.

Viele Zahlen und Berechnungen belegen und illustrieren die Herrschaft der Monopole – denn darum handelt es sich bei den großkapitalistischen Konzernen der Industrie, des Handels, des Bankwesens, des Verlags- und Zeitungswesens. Ich möchte in diesem Zusammenhang nur darauf aufmerksam machen, daß 1972 in der Industrie etwa 82 000 Unternehmen gezählt wurden. Auf 300 dieser Unternehmen entfiel fast die Hälfte des Gesamtumsatzes. Oder daß 103 Großkonzerne der gewerblichen Wirtschaft fast 44 Prozent aller dort getätigten Investitionen auf sich vereinigten. Der Rest entfiel auf die damals knapp 800 000 übrigen Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft. An diesen Zahlen hat sich bis heute wenig geändert.

Dabei ist zu beachten, daß der Einfluß der Monopole in den Schlüsselbereichen der Wirtschaft weit über dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt liegt. In den Schlüsselbereichen vereinigen in der Regel nur einige wenige Großfirmen die Hauptmasse der Produktion auf sich.

Die krisenhafte Entwicklung besonders seit den Jahren 1973/74 hat bezeichnenderweise dazu geführt, daß die Konzerne ihre Stellung noch gestärkt haben. Zwar sind auch sie mitunter nicht ganz ungeschoren durch die Krise gekommen, aber ihre Profite blieben nach wie vor relativ hoch, d. h. höher als der Durchschnitt. Sie haben sich andere Unternehmen einverleibt und viele Konkurrenten in den Bankrott getrieben. Noch nie war z. B. in der Nachkriegsgeschichte der BRD die Zahl der Fusionen – d. h. der Firmenzusammenschlüsse und -angliederungen – so hoch wie 1974/75. Und noch nie zuvor war auch die Zahl der Konkurse so hoch wie in diesen Jahren.

Die Monopole und die hier angeführten Entwicklungstendenzen sind für unser Jahrzehnt nichts Neues, obwohl ihre Verflechtung mit dem Staat und die Internationalisierung ihres Aktionsfeldes heute tatsächlich früher nicht gekannte Dimensionen erreicht haben und sie deshalb auch auf die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Prozesse einen größeren – und man muß hinzufügen: gefährlicheren und verderblicheren – Einfluß als je zuvor ausüben. Seit Beginn unseres Jahrhunderts existieren die Monopole als relativ stabile ökonomische Strukturen, die die herrschende Stellung einnehmen. Deshalb nennen wir dieses Entwicklungsstadium des Kapitalismus auch Monopolkapitalismus. Es ist höchst interessant, daß zum Beispiel nahezu alle monopolistischen Unternehmen, die in Deutschland bereits um die Jahrhundertwende vorhanden waren, auch heute in der BRD vorne liegen.

Dieser zuletzt angeführte Umstand verweist auch darauf, daß die Monopole keine zufällige oder etwa nur zeitweilige Erscheinung sind. Sie sind auch keine Verirrung der kapitalistischen Marktwirtschaft, wie es mitunter hingestellt wird, sondern das Produkt der im Kapitalismus wirkenden ökonomischen Gesetze. Völlig lächerlich sind die durch die bürgerliche Volkswirtschaftslehre vorgetragenen Argumente, daß man nur dann

von einem Monopol sprechen könne, wenn es hundertprozentig Produktion und Markt kontrolliere. In dieser Sichtweise sind dann weder Bayer, BASF, Daimler-Benz, Shell, Unilever, IBM usw. Monopole, sondern der Dorfschmied, der in 10 Kilometer Umkreis keinen Konkurrenten hat, oder der Tante-Emma-Laden um die Ecke, der für Tomaten 10 Pfennige mehr als der Gemüsegroßmarkt nimmt.



**Hans Friderichs (FDP): Mehr Macht, zehnfaches Gehalt – vom Wirtschaftsminister direkt zum Chef der Dresdner Bank (Bild von 1975)**

Letzten Endes lag und liegt der Monopolbildung die Entwicklung der Produktion und der Produktivkräfte zugrunde. Noch vor hundert Jahren wurden vielfach die ersten Automobile in kleinen Handwerksbetrieben gebaut. Dies wäre heute unmöglich – ein solches Auto müßte fast mit Gold aufgewogen werden.

Die moderne Großproduktion kann nur mit hohem Kapitalaufwand und in großen Produktionseinheiten bewerkstelligt werden. Und diese großkapitalistischen Einheiten werden auf einer bestimmten Entwicklungsstufe zum Monopol. In seinem Hauptwerk „Das Kapital“ hatte Karl Marx schon analysiert, wie sich aus den Bewegungsgesetzen des Kapitalismus die Konzentration und Zentralisation des Kapitals als vorherrschende Tendenz ergibt. Und gegen Ende des vorigen Jahrhunderts zeigte Friedrich Engels, wie aus dieser Tendenz die Entstehung monopolistischer Kapitale erfolgte. Gerade auf diese analytischen Anmerkungen stützte sich später dann Lenin, der Begründer der marxistisch-leninistischen Monopoltheorie, als er das Monopol als herrschende Kapitalstruktur untersuchte.

Lenin hat das Monopol einmal als „ökonomischen Kern“ und als entscheidendes Herrschaftsverhältnis des heutigen Kapitalismus bezeichnet. In gewisser Hinsicht ist es die Antwort der Kapitalisten auf die Vergesellschaftung der Produktion; denn es liegt auf der Hand, daß Konzerne mit Hunderttausenden von Beschäftigten nicht mehr das Werk privater Initiative sind, sondern daß sich in ihnen ein gesellschaftlicher Prozeß verkörpert. Die Ergebnisse dieses Prozesses werden aber durch Kapitalistengruppen angeeignet,

und ihre finanzkapitalistischen Interessen bestimmen auch die Ziele und das Geschäftsgelbten dieser an sich gesellschaftlichen Gebilde. So kommt es zum Beispiel dazu, daß die Profite ins Ausland geschafft werden, daß Arbeitsplätze vernichtet oder daß durch finanzpolitische Manipulationen ganze Regionen in die Krise gestürzt werden. Dieser Zustand ist nur dadurch zu beenden, daß die Monopole entmachtet und in das Eigentum der Allgemeinheit überführt werden.

Die Herrschaft über die Wirtschaft verleiht den Monopolen auch die Macht über die Gesellschaft und in der Politik. Hierzu verfügen sie heute auch im politisch-gesellschaftlichen Bereich über ein breites und feinmaschiges Netz von Organisationen. Man hat etwa 5000 derartige Organisationen der Unternehmer gezählt, über die sie ihren Einfluß auf Staat und Gesellschaft ausüben. Sie werden von den Spitzengremien des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), der Bundesvereinigung Deutscher „Arbeitgeber“verbände (BDA) und des Deutschen Industrie- und Handelstags (DIHT) zentral dirigiert. In diesen Gremien geben die Vertreter der Konzerne den Ton an. Kein Gesetz und keine wichtige wirtschaftspolitische Maßnahme, die ohne ihr Einverständnis und ohne ihre Formulierungshilfe in die Gremien des Bundestages gelangen würde.

Aufschlußreich ist ein Ereignis, an das sich vielleicht manche noch erinnern werden: Der frühere FDP-Bundeswirtschaftsminister Hans Friderichs ließ sofort seinen Posten fahren, als er die Position des Vorstandsvorsitzenden der Dresdner Bank AG, der zweitgrößten Monopolbank der BRD, ergattern konnte. Sicher nicht nur des höheren Gehalts wegen, sondern vor allem wegen des größeren persönlichen Einflusses. Offenbar gilt in solchen Kreisen der in bürgerlich-demokratischer Prozedur legitimierte Wirtschaftsminister einer 60-Millionen-Nation, der drittgrößten Wirtschaftsmacht des heutigen Kapitalismus, weniger als der Beauftragte einer Handvoll Finanzmagnaten und Multimillionäre.

Wir konnten gerade in den letzten Monaten erleben, wie unter der Regie dieser Gremien und im Interesse der Großkonzerne der Klassenkampf von oben gegen die berechtigten Forderungen der Arbeiter, Angestellten und ihrer Gewerkschaften angetrieben wurde. Dabei schreckte man auch nicht vor dem Mittel des offensiven Verfassungsbruchs zurück – z. B. im Lande Hessen in Gestalt der Aussperrung durch die Unternehmer. Wahrlich ein treffender Beweis für die reaktionären Tendenzen des Monopols, das selbst die bürgerliche Demokratie angreift und in Frage stellt. Und war nicht zu konstatieren, daß die Regierung völlig untätig blieb? Dies ist nun aber eine Bestätigung für die marxistische Analyse der heutigen BRD-Gesellschaft. In ihr sind die Monopole die entscheidende Macht in der Wirtschaft, und diese wirtschaftliche Macht ist auch die Grundlage ihres entscheidenden Einflusses in Staat und Gesellschaft. Dieser Zustand ist für jeden fortschrittlichen Menschen wenig erfreulich. Aber er ist die Realität. Doch auch derartige Realitäten sind nichts Unabänderliches!

**ALBTRAUM\***

Fort mit Meinungsfreiheit und  
Weg mit Menschenrechten.  
Krieg bringt Vieles auf den Hund.  
Für die Weltfinanz kein Grund,  
Kritisch zu entflechten.

High-Society geht Segeln,  
Ist von ängstlicher Natur.  
Alles läuft nach Wallstreet-Regeln:  
Alle Neune! Wie beim Kegeln.  
Rich heißt reich, und arm heißt poor.

Hat ein Spieler schlechte Karten,  
Wird der Einsatz gern erhöht.  
Schwäche nutzen, nicht lang warten,  
Kühn die Offensive starten,  
Eh die Chance vorübergeht.

Friedenstaube angenagelt,  
Friedenstraum zerronnen.  
Wann fängt der Dritte Weltkrieg an?  
Er hat bereits begonnen.

Lutz Jahoda



\* Xi Jinping (69), Staatspräsident der Volksrepublik China:  
„Die Welt von heute ist weder friedlich noch ruhig. Eine Stärkung der Kommunikation und Kooperation zwischen China und den USA könnte helfen, die Stabilität und Sicherheit zu erhöhen. Wir sind grundsätzlich bereit, in der anbrechenden neuen Ära mit den Vereinigten Staaten in gegenseitigem Respekt und friedlicher Koexistenz zusammenzuarbeiten.“

Joseph Joe Biden (79), Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika und das Pentagon stufen Rußland als „akute Bedrohung“ und China nicht nur militärstrategisch als „Hauptfeind“ ein, sondern vor allem als zentrale Herausforderung hinsichtlich der chinesischen Geschwindigkeit auf dem Gebiet der Wirtschaft weltweit.

## „RotFuchs“-Veranstaltungen im Dezember

### ■ Regionalgruppe **Frankfurt (Oder)**

**Am 9. Dezember um 15 Uhr:** Wolfgang Frotscher spricht über seine Reise nach Cuba 2022. Jahresabschluß und Planung für 2023

**Ort:** Klub der Volkssolidarität, Logenstr. 1, 15230 Frankfurt (Oder)

### ■ Regionalgruppe **Neubrandenburg**

**Am 10. Dezember um 10 Uhr:**  
**Mitgliederversammlung**

**Ort:** Mehrgenerationenhaus Seniorenbüro e. V., Poststraße 4, 17033 Neubrandenburg

### ■ Regionalgruppe **Rostock**

**Am 10. Dezember um 10 Uhr** spricht der Sachbuchautor und politische Aktivist für Arbeiter- und Gewerkschaftsrecht Werner Rügemer (Köln) zum Thema: **Wem gehört die Bundesrepublik?**

**Ort:** Mehrgenerationenhaus Evershagen, Maxim-Gorki-Straße 52, 18106 Rostock

### ■ Regionalgruppe **Güstrow**

**Am 14. Dezember um 15 Uhr: Jahresabschlußtreffen der Regionalgruppe Güstrow-Bützow mit kultureller Umrahmung**

**Ort:** Volkssolidarität, Thünenweg 32, 18273 Güstrow

### ■ Regionalgruppe **Chemnitz-Zwickau**

**Am 17. Dezember um 10 Uhr** ist Sabine Zimmermann, Ex-MdB, Gesprächspartnerin zum Thema: **Politische Ausblicke für 2023, die lohnen.**

**Ort:** Soziokulturelles Zentrum QUERBEET, Rosenplatz 4, 09126 Chemnitz

### ■ Regionalgruppe **Dresden**

**Am 17. Dezember um 10 Uhr:** Diskussion zum Thema: **100. Jahrestag der Gründung der UdSSR – Das Gewicht der Sowjetunion auf den Verlauf der Geschichte**

**Ort:** „Drogenmühle“, Dresdner Straße 26, 01809 Heidenau

### ■ Regionalgruppe **Berlin Marzahn-Hellersdorf**

**Am 20. Dezember um 18 Uhr** spricht der Jurist Dr. Hans-Jürgen Joseph zum Thema: **Der Rechtsverkehr in Strafsachen zwischen der DDR und der BRD**

**Ort:** Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

### ■ Regionalgruppe **Leipzig**

**Am 21. Dezember um 17 Uhr Mitgliederversammlung der Regionalgruppe Leipzig / ab 18 Uhr gemeinsamer Jahresabschluß**

**Ort:** Liebknechthaus, Braustraße 15, 04107 Leipzig

# Bedingungslose USA-Hörigkeit der BRD-Regierung und ihre Folgen

Warum läuft die BRD als stärkste ökonomische und finanzielle Macht in Westeuropa so unterwürfig, kritiklos und schon penetrant peinlich jeder Zielvorgabe eines US-Präsidenten hinterher und feiert das auch noch als freie Entscheidung der Regierung?

Hat sie den letzten Rest staatlicher Souveränität verloren oder war sie nie souverän?

Antworten finden sich in der Frühgeschichte der Bundesrepublik. Mit den USA als eine der Siegermächte des 2. Weltkrieges und Westdeutschland als Verlierer kamen zwei Kräfte zusammen, deren politische Grundauffassungen und Ziele im wesentlichen deckungsgleich waren. Antikommunismus, Russenhaß und der Wille zur Korrektur der Ergebnisse des 2. Weltkrieges waren beiden Seiten gemeinsam. Doch die Staatsgründung der BRD war an eine Bedingung geknüpft: der bedingungslosen Dienerschaft gegenüber den USA. Schon Adenauer als erster Bundeskanzler mußte unter Aufsicht des damaligen Hochkommissars der USA in Westdeutschland, noch vor der Vereidigung im Bundestag, das heilige Versprechen bekunden: Jedwede außen- und innenpolitische Handlung der BRD darf nicht den Interessen der USA zuwiderlaufen, auch dann nicht, wenn eigene Nachteile und Verluste auftreten.

Dieser Eidesformel war bisher jeder Bundeskanzler verpflichtet, auch Olaf Scholz. Über 70 Jahre lang hat es die USA-Administration vermocht, die Amputation der politischen Souveränität der BRD immer wieder zu erneuern, ihre Dienerschaft zu erzwingen, zu kaufen oder als großzügiges Geschenk serviert zu bekommen. Die dienende Funktion der BRD war, von wenigen Ausnahmen abgesehen (Irak-Krieg) bei allen Völkerrechtsverletzungen durch die USA gefragt und geschätzt.

Eine besondere politische Brisanz erhielt diese durch zwei weltpolitische Ereignisse: Eingliederung der Krim in die russische Föderation (2014) und Beginn des Krieges in der Ukraine (Februar 2022). Der seit langem projektierte Stellvertreterkrieg gegen Rußland ist Realität geworden. Die Forderung der USA nach bedingungsloser Unterstützung traf auf ein zustimmendes Wohlwollen der revanchistischen politischen und militärischen Eliten der BRD, die seit jeher den Russenhaß kultivierten, die Konfrontation mit Rußland suchten, die Rüstungsproduktion ankurbelten und den Zeitpunkt für gekommen sahen, Revanche für Stalingrad zu nehmen. Der

Stellvertreterkrieg schloß von Anfang an stützende, flankierende und ergänzende Maßnahmen und Aktionen ein, die Rußland vor allem ökonomisch, finanziell und sozial hart treffen sollten. Dafür empfahl sich der Wirtschaftskrieg als Gemeinschaftsprojekt USA/BRD und als wichtiger Stützpfeiler der

und damit eine Souveränitätsverletzung der BRD mit Vorschriften, wo künftig Öl und Gas eingekauft werden sollten. Mit dem Wirtschaftskrieg die deutsche Industrie schwächen, Deutschlands Marktanteile im internationalen Handel reduzieren, die bisher positive Handels- und Leistungs-

bilanz möglichst ins Minus drehen sind Ziele der US-Administration unter dem Schleier guter Partnerschaft, die im Grunde ein Verhältnis der Dienerschaft ist. Das ist das Wesen der Doppelstrategie der USA.

Der Sockel der Kapitalverwertung (Strom, Gas, Wärme, Öl) war bisher durch zwei entscheidende Faktoren weitestgehend abgesichert: durch die stabile, langfristig vereinbarte Anlieferung von russischem Erdgas und Erdöl bei vorteilhaften Einkaufspreisen in Relation zum Preisniveau auf den internationalen Gas- und Ölmärkten. Das preislich sehr günstige russische Erdgas war der entscheidende kostenreduzierende Faktor für alle deutschen Unternehmen und eine feste bezahlbare Größe in den Haushalten der Bundesbürger. Dieser Faktor sicherte deutschen Unternehmen auf vielen internationalen Märkten Konkurrenzvorteile, trug zum Handels- und Leistungs-

bilanzüberschuß in der Exportwirtschaft bei. Er hatte Anziehungskraft für ausländische Investoren und sollte maßgeblich den Strukturwandel der Industrie, der Wirtschaft insgesamt unterstützen. Die durch Regierungsbeschlüsse ausgelöste Selbstvernichtung eines Konkurrenz- und Standortvorteils der deutschen Wirtschaft, sehr zur Freude des USA-Kapitals, trifft unterschiedlich existenzbedrohend fast alle deutschen Unternehmen, alle Branchen und Wirtschaftsgliederungen. Insbesondere in den klein- und mittelständischen Unternehmen, in den Handwerksbetrieben, in den kleinen Geschäften und in den Restaurants, alle mit nur geringen oder gar keinen Rücklagen, waren die Preise für russisches Erdgas, aber auch die moderaten Preise für Strom und Wärme wichtige Insolvenzverhinderer. Der Anteil der Energiekosten am Umsatz der deutschen Industrie lag 2021 bei ca. 5 Prozent. Ende des Jahres 2022 wird sich dieser Anteil auf 12 bis 15 Prozent erhöhen. Die hohen Preise für alle Energieträger werden bis Ende 2022 im verarbeitenden Gewerbe eine Mehrkostenlawine von ca. 60 Mrd. Euro auslösen. Die Verlagerung der Produktion in Länder mit preislich günstigeren Energieangeboten wird in einer Reihe von Unternehmen angedacht. Es ist abzusehen, daß viele Betriebe in Ostdeutschland



Friedensdemonstration Frankfurt/M. am 1.10.22

gewollten militärischen Auseinandersetzung.

Aus nationaler Sicht ist der Wirtschaftskrieg nicht nur irrational und widersinnig; seine politischen, ökonomischen, finanziellen und sozialen Folgen sind von katastrophaler Natur und bisher schwer abzuschätzen. Es ist davon auszugehen, daß die schon eingetretenen negativen und destruktiven Wirkungen auf das wirtschaftliche und soziale Leben, auf die finanzielle Situation der Unternehmen, des Staates und der Kommunen sich noch weiter potenzieren. Die Logik des Wirtschaftskrieges gegen Rußland hat europaweit eine sinnflutartige Energiekrise produziert, die zum Haupttreiber für eine tiefe Rezession geworden ist. Die Bundesregierung hat faktisch auf Verlangen der USA-Administration, ohne das ökonomische und finanzielle Zwänge vorlagen, in einer vom Kapital beherrschten Wirtschaft mit profitablen Abläufen, Deutschland von einem der wichtigsten Rohstoff- und Energielieferanten abgekoppelt und damit einen entscheidenden Eckpunkt der Kapitalverwertung, des Reproduktionsmodells Deutschland, für einen längeren Zeitraum massiv geschädigt. Es ist nicht nur ein Regierungseingriff in das bisher funktionsfähige Wirtschafts- und Finanzleben der BRD. Es ist US-gesteuert

mit großem Energieeinsatz (Glas, Keramik, Porzellan, Gießereien, Düngemittelproduktion) trotz voller Auftragsbücher den Wirtschaftskrieg gegen Rußland nicht überleben werden. Die zweite Deindustrialisierungswelle in den neuen Bundesländern ist zur realen Gefahr geworden, mit erkennbarem Anstieg der Arbeitslosigkeit, mit wachsender Armut auch in Facharbeiterfamilien, mit weiterer Verödung von Städten und Gemeinden. Spektakulärste Opfer des Wirtschaftskrieges gegen Rußland sind die Nichtinbetriebnahme von Nordstream 2 und die angekündigte Schließung bzw. der Umbau der Erdölraffinerie PCK Schwedt. Der staatlich verordnete Anlieferstopp für russisches Erdöl ist nicht nur für den PCK Schwedt ein Desaster. Auch sehr viele kleine Unternehmen und Handwerksbetriebe aus der Region, die erst die volle Leistungsfähigkeit des PCK gesichert haben, werden in den Insolvenzstrudel gestürzt. Das Petrochemische Kombinat Schwedt ist der Hauptversorger Ostdeutschlands mit Benzin und Dieselkraftstoff, viele Unternehmen der Veredelungsschemie haben im PCK ihren Ausgangspunkt. Dem rigoros verordneten Anlieferstopp folgten von Seiten der Ampelregierung nur nebulöse Auskünfte und Versprechungen über das weitere Schicksal des PCK, der Stadt Schwedt und der Region. Selbst bei Einsatz von nicht-russischem Erdöl, angeliefert über Rostock und Danzig, wird die Auslastung des PCK auf absehbare Zeit nur bei 50 bis 60 Prozent liegen. Die Gewinnzone beginnt bei 70 Prozent Auslastung. Durch größere technische Umrüstungen müßte mit einer anderen Technologie produziert werden. Durch das ideologiesteuerte wirtschaftspolitische Harakiri verlieren tausende lohnabhängig Beschäftigte ihren Arbeitsplatz, und die schon relativ strukturschwache Region wird wirtschaftspolitisch und sozial weiter abgehängt. Die antirussische Grundhaltung und der Gefolgschaftswahn gegenüber den USA haben über elementare nationale Interessen und fundierte ökonomische und technische Rentabilitätsberechnungen den Sieg davongetragen.

Aber nicht nur das PCK Schwedt in seiner jetzigen Struktur wurde aufgegeben. Das JA der Ampelregierung zum Wirtschaftskrieg hat dazu geführt, alle vorher postulierten Klimaziele erst einmal zu verschieben (Laufzeiten der Atommeiler und Kohlekraftwerke) bzw. gänzlich aufzugeben. Angeliefertes dreckiges Frackinggas aus den USA wurde zum klimaneutralen Produkt umetikettiert. Das seit 2017 geltende Frackingverbot für Deutschland soll aufgehoben werden. Wenn Flüssiggas angeliefert wird, auch zu horrenden Preisen, spielen Menschenrechtsverletzungen, Demokratiedefizite, Regierungskriminalität und Rassismus in den Exportländern keine Rolle mehr.

Die Rußlandpolitik der BRD-Regierung hat die ausländischen Anbieter von Gas und Öl in eine für den Kapitalismus typische lukrative ökonomische und finanzielle Erpressungsfunktion gebracht. Die Verletzung der ökonomischen Gesetze des Kapitalismus in

Deutschland ist für die ausländischen Konzerne zum Ansporn geworden, den kapitalistischen Marktmechanismus (Angebot und Nachfrage, künstliche Verknappung, Preisabsprachen, Fördermengenbegrenzungen) noch rigoroser im profitträchtigen Eigeninteresse gegen Deutschland einzusetzen.

Alle durch den Wirtschaftskrieg ausgelösten Reaktionen der Regierung, die als Einschränkung, Kehrtwendung, Korrektur und Verbot wirken, haben eine Grundposition des Staates nicht berührt: die Fürsorgepflicht für Stabilität, Wachstum und Effektivität der Konzerne und Großunternehmen als Kardinalaufgabe des Staates. Das 200 Mrd. Euro schwere Entlastungspaket, gestreckt über zwei Jahre, soll vor allem beim großen Kapital Kosten Nachteile und Profitverluste ausgleichen. Über dem Handeln der Regierung steht die verbindliche Orientierung: Die Konzerne und Großunternehmen der BRD müssen als Sieger aus dem Wirtschaftskrieg hervorgehen. Die ökonomische und finanzielle Führerschaft der BRD in Europa muß auch im Wirtschaftskrieg weiter ausgebaut werden. Diese Sicherheit und Perspektive, offensichtlich schon vor Beginn des Wirtschaftskrieges fixiert, waren der entscheidende Grund, warum die Manager und Großaktionäre der Konzerne und Großunternehmen kein ernsthaftes Veto gegen die Rußlandpolitik der Regierung vorgebracht haben. Dem JA zum Wirtschaftskrieg standen von Seiten des großen Kapitals niemals ideologische Vorbehalte im Weg. Es handelt sich letztlich bei der Regierung wie auch bei den Spitzenmanagern und Großaktionären um Akteure, die nur arbeitsteilig an verschiedenen Abschnitten der Kapitalverwertung wirksam sind.

Die durch den Wirtschaftskrieg ausgelösten Preisexplosionen bei Gas, Strom und Wärme mit ihren direkten und indirekten Wirkungen auf alle Sphären der Gesellschaft haben zu einem sozialpolitischen Absturz bisher nicht gekannter Dimension geführt.

Es ist vor allem die Komplexität und Intensität dieser Wirkungen, die die Umverteilungs- und Verarmungsprozesse stark beschleunigen. Die schon vorher relativ hohe Inflationsrate wird auf neue Höhen getrieben, mit schlimmen Folgen für den Konsum der Bevölkerung. Mit der Orientierung für den Gas- Strom- und Wärmeverbrauch – Haushalte finanziell moderat belasten, aber über den Mehrverbrauchspreis weitaus stärker belasten – wird im Interesse des Staates und der Energiekonzerne eine verkappte Umverteilung organisiert. In diese Richtung zielen alle bisher entwickelten Varianten der Gas- und Strompreisbremse. Die Gaspreisbremse für private Haushalte würde einen Mitteleinsatz von 15 bis 20 Mrd. Euro verlangen. 70 Prozent dieser Mittel würden als Entlastung in die Haushalte der Reichen und Besserverdienenden fließen. Die Explosion der Mieten und die steil steigenden Betriebskosten als Nachläufer der Preisexplosionen bei Energieträgern werden ca. 15 bis 20 Mio. Familien, vor allem Alleinerziehende, Singles,

Rentner und Studenten in große finanzielle Schwierigkeiten bringen, bei vielen Menschen wirkliche Existenz- und Lebensängste auslösen. Es ist abzusehen, daß 40 bis 50 Prozent der sich in öffentlicher Hand befindlichen Krankenhäuser, die schon vorher zu Profitmaschinen degradiert wurden, dem wachsenden Kostendruck durch Energiepreise schutzlos ausgesetzt sind und in die Insolvenz gehen. Die aufkommende Wut und Empörung der lohnabhängig Beschäftigten, der Bevölkerung insgesamt, über die von der Regierung herbeigeführte Notlage versucht man durch Einmalzahlungen, Finanzbeihilfen und Preisdeckel für Gas, Strom und Wärme abzubremsen und ideologisch in Richtung Putin zu kanalisieren. Die Bundesregierung produziert mit ihrer Rußlandpolitik in den kommenden Monaten zwei große Kälteperioden: Das ist einmal die sich ausbreitende soziale Kälte innerhalb der Bevölkerung, der Egoismus und die Vorteilssuche für sich gegenüber anderen in der Notlage. Das ist zum anderen die physisch spürbare Kälte, die viele arme BRD-Bürger in ihren Wohnungen, in Obdachlosen-Unterkünften und auf der Parkbank erleben werden.

Die aktive Beteiligung der BRD am Stellvertreterkrieg der USA in der Ukraine ist überzogen mit Lügen, Halbwahrheiten, Desinformationen, irreführenden Behauptungen und kaum zu überbietendem Russenhaß. Mit dem Beginn des Wirtschaftskrieges wurde es nur folgerichtig, daß Hoffnung statt Wissen, Glaube statt Berechnung, Blindheit statt realistisch, objektiver Blick, Unselbständigkeit und Hinterherlaufen statt souveräner Selbstbestimmung und Selbstbehauptung heute zum festen Arsenal der Regierungspolitik gehören und damit Wegbereiter für fatale ökonomische, finanzielle und soziale Folgen sind. Die Bundesregierung selbst hat den Katalog mit den politischen Ansatzpunkten für die Linke geschrieben. Notwendig ist der Wille, sie aufzugreifen, um durch Widerstand, Proteste und vielfältige Aktionen wirkliche Veränderungen herbeizuführen. Der Wille zum Kampf, zur politischen Auseinandersetzung setzt aber bei der Linken in erster Linie die ideologische Bereitschaft voraus, mit der regierungskonformen außenpolitischen Ausrichtung der Partei zu brechen, den von der Bundesregierung und den bürgerlichen Medien gewebten Schleier über den Ukrainekrieg zu zerreißen, die wahren Ursachen und Hintergründe für den Stellvertreterkrieg zu nennen. Dann bekommt der Wirtschaftskrieg gegen Rußland seine richtige klassenmäßige Einordnung, werden die sich eskalierenden Verarmungsprozesse in der BRD auf ihre wahren Wurzeln zurückgeführt. Es wäre notwendig, all jene Politiker, Wissenschaftler, Journalisten und Künstler zu unterstützen, die sich um eine objektive Einschätzung des Ukrainekrieges bemühen, die den Wirtschaftskrieg gegen Rußland als Gefälligkeits- und als Gefolgschaftskrieg im Interesse der USA charakterisieren, welcher der Arbeits- und Lebensweise der Bevölkerung zutiefst widerspricht.

# Apokalypse Now oder das drohende Armageddon in Brandenburg und anderswo

Armageddon, Apokalypse – wer oder was ist gemeint? Fangen wir im „Ur-schleim“ an, wie meine Mutter immer meinte: Am 28. Oktober hielt der Bundespräsident, Deutschlands Staatsoberhaupt ohne Macht, nach seinem mehrfach verschobenen Besuch

den besseren Teil der Welt (also dem satten Wertewesten) bekannt und geläufig. Dabei beschreibt Armageddon auch einen Ort, an welchem die Auseinandersetzung und damit die Zeitenwende oder Apokalypse stattfindet. Nun würde ich mir normalerweise nicht so

aus Halsabschneiderländern oder längere Laufzeiten für Atommeiler als Preis der Freiheit in Kauf. Und natürlich müssen wir zeigen, daß es uns ernst ist mit dem, was wir tun. Also lassen wir die Atombomben modernisieren, die in unserem Land liegen, nehmen an der NATO-Übung „Steadfast Noon“ teil, während „unsere Luftwaffentornados“ mit Atombombenattrappen beladen werden und US-amerikanische B-52-Bomber Atomwaffenangriffe simulieren. Mit denen hatte man schon versucht, Vietnam in die Steinzeit zurückzubomben. Das man sich damals nicht getraute, den „ganz großen Hammer“ auszupacken, verdankten wir der Existenz Chinas und der Sowjetunion. Wer beschützt uns heute davor? Und als wenn das alles noch nicht genug wäre, ruft man uns per Nachrichtensendung zur Hauptsendezeit auf, Notfallvorräte anzulegen. Überhaupt sollen wir uns auf schwierige, wenn nicht schwere Zeiten vorbereiten. In Meck-Pom hat man sogar in Kindergärten mit den Kindern geprobt, einen Tag ohne Heizung und ohne Strom auszukommen. Ja, sind denn alle verrückt geworden? Soll das Armageddon mit der Apokalypse in Meck-Pom oder meinem geliebten Brandenburg stattfinden? Es wird wirklich Zeit, sich gegen diesen Wahnsinn zu wehren und den Kriegstreibern die rote Karte zu zeigen – wenn nicht, dann werden wir die „Arschkarte“ bekommen.

Uli Jeschke



Schon wieder vom „Epochenbruch“ erzählt: Am 17. November erhielt Frank-Walter Steinmeier in New York den Henry-Kissinger-Preis

in der Ukraine eine Rede, in der er gebetsmühlenartig vom Epochenbruch spricht – ein Begriff, den ich für semantisch schwierig halte, denn eine Epoche kann beginnen oder enden, aber wohl kaum „brechen“. Aber gut, die staatstragenden Medien apostrophierten sie, offensichtlich bezugnehmend auf den altgriechischen Begriff „Apokallipsis“ (auf Deutsch Apokalypse) sofort zur „Zeitenwende“. Denn der wird in der entsprechenden religiösen Literatur mit „Gottes Gericht“, „Weltuntergang“, aber auch als „Zeitenwende“ interpretatorisch übersetzt. Die Apokalypse kommt, zumeist in US-amerikanisch geprägten Argumentationslinien oft zusammen mit dem Begriff Armageddon (nach altgriechisch „Harmageddon“ oder eben „Armageddon“) vor. Dem anderen Schauspielerpräsidenten in der jüngeren Geschichte, Ronald Reagan, war es eine Lieblingsfloskel, wenn er die Auseinandersetzung mit der Sowjetunion beschrieb, die in einer endzeitlichen Schlacht mit Gottes Hilfe zugunsten des Reiches des Guten (USA im Verbund mit dem vasallentreuen Wertewesten) gegen das Reich des Bösen, entschieden würde. Und obwohl in der Bibel das Wort Armageddon nur einmal, und zwar in der Offenbarung des Johannes, Kapitel 16, Vers 16, vorkommt, ist es den tapferen Kämpfern für

viele Gedanken darüber machen, was ein im ukrainischen Luftschutzbunker traumatisierter Bundespräsident so vor sich hin philosophiert, auch weil ich eben weiß, daß seine eigentliche Aufgabe darin besteht, Gesetze zu unterschreiben, die andere ersinnen und Auszeichnungen an die Unerschrockenen und Fleißigen dieser Republik zu verleihen. Doch das ist es eben. Diese „Schlauköpfe“ mit Entscheidungsmacht vom Schlage grün-alternativer Bellizisten im Ministerrang und ihre Entourage machen mir schon Angst. Völlig frei von der Sache dienenden Kenntnissen und Wissen versuchen sie, im Schatten jener kriegerischen Auseinandersetzung dort im Osten, ihre neue Welt zu errichten und alle dabei auftretenden Probleme anderen, nämlich den Russen im Allgemeinen und Putin im Besonderen, in die Schuhe zu schieben. „Der Russe liefert uns kein Gas mehr ...“, „der Russe dreht den Erdölhahn zu ...“ und andere sind ja beliebt, wenn auch manipulative Behauptungen. Und weil der Russe eben böse ist, das kennen wir ja schon von Reagan, erklären wir ihm den Krieg – vorerst „nur“ den Wirtschaftskrieg. Aber wir geben den tapferen Ukrainern Waffen und bilden sie auch aus, damit der „böse Russe“ endlich besiegt werden kann. Dafür nehmen wir gern dreckiges Frackinggas aus den USA, Öl

## Die „große Rede“

Jüngst von des Staates Oberhaupt  
Ich eine Rede hörte,  
So durch und durch in sich verstaubt,  
Daß man zurückversetzt sich glaubt,  
Was mich zutiefst empörte.

„Epochenbruch“ ich nicht vernahm,  
Steinalt jedoch die Fehde  
Mit Rußland und mich überkam,  
Daß alles sich zeigt unwegsam  
In dieser Kriegsbeilrede.

Von Freiheit hört' ich: „Selbstbeschränkung“.  
Wie frei kann man da sein?  
Ich hörte nicht das Wort „Preissenkung“,  
Statt dessen stete Kriegsverrenkung  
Verursacht hat mir Pein.

Steinmeier – schon der Name klingt  
Der Steinzeit sehr verbunden.  
Vernunft vergeblich ihn durchdringt,  
Wenn nicht die Masse strikt drum ringt  
Jetzt Frieden zu bekunden!

E. Rasmus

## Ein Gau(c)kler bläst zum Sturm

Um der nach Ansicht von Bundesaußenministerin Annalena Baerbock „kriegsmüden“ BRD-Bevölkerung die Lust auf Tod und Elend wieder einzuhauchen, kam dann auch Joachim Gauck aus seinem außerdienstpräsidialen Rattenloch gekrochen. Was der studierte Theologe zu diesem Zweck allerdings vom Stapel ließ, konnte einem nur das blanke Entsetzen in die Glieder fahren lassen. Gauck würde nach eigenen Angaben also zur Waffe greifen und auf Menschen schießen – in der militärischen Auseinandersetzung zwischen Rußland und der Ukraine schon mal, ohne mit der Wimper zu zucken. Der Herr Pfarrer scheint das fünfte Gebot „Du sollst nicht töten“ völlig aus seinem Gedächtnis verdrängt zu haben. Aber das ist für das ehemalige Staatsoberhaupt der BRD wohl nur noch Makulatur. Und, wenn auch spät auf den konterrevolutionären Zug im Herbst 1989 aufgesprungen, so dürfte Gauck wohl eine Forderung der DDR-Opposition nicht gänzlich unbekannt sein. „Schwerter

zu Pflugscharen“ hieß es damals. Aber auch das ist eben Schnee von gestern. Der einstige Bundespräsident schürt Rassenhaß, weil er Ergebnis und Konsequenzen des Zweiten Weltkrieges nie ganz verwunden hat. Und so ist folglich auch sein oberstes Haßobjekt, die DDR, nicht einfach nur vom Himmel gefallen. Doch diesbezüglich muß ein feindseliger Mensch wie Gauck selbstverständlich gleich noch einmal nachtreten. Denn der erste Arbeiter-und-Bauern-Staat ist samt seiner osteuropäischen Bruderstaaten aus seiner Sicht schuld am Kalten Krieg gewesen, da er die Freiheits- und Menschenrechte nicht verwirklicht hat – ganz im Gegensatz zu den Staaten Westeuropas. Der ehemalige Pfaffe vergißt dabei allerdings, daß sich Menschenrechte im Sozialismus oder in einem als bürgerliche Demokratie eingefärbten Kapitalismus doch weitgehend anders definieren. Erinnert sei an dieser Stelle nur einmal an das Recht auf Arbeit oder das Recht auf Wohnraum in der DDR.

Wenn Gauck schon über den Konflikt zwischen Rußland und der Ukraine schwadroniert, dann wird natürlich auch noch die Antikommunismus-Keule aus dem Sack geholt. Der Bundespräsident a.D. hat nämlich mit China und Rußland sowie deren führenden Protagonisten Staaten und Politiker ausgemacht, die die gesellschaftliche Entwicklungsstufe des Kommunismus hinter sich gelassen haben und über den Post-Kommunismus in das Stadium des Imperialismus eingetreten sind. Karl Marx würde sich angesichts solchen Unsinn wohl im Grabe umdrehen. Gauck sollte auch besser nicht mit dem Finger auf China und Rußland zeigen und eher vor der eigenen Haustür kehren. Denn die gegenwärtige Politik der Bundesregierung, die den großen Konzernen in die Hände spielt, ist gerade dabei, kleine und mittelständische Unternehmen zu ruinieren und dem eigenen Volk Frieren und Hungern zu verordnen.

Rico Jalowitzki

## „Tafeln“ – Millionen in Not

So titelte die „junge Welt“ einen Beitrag am 7. November. Warum das so ist, erklären uns die Qualitätsmedien nicht. Wie wir dagegen 40 Jahre gelebt haben sollen, ist nahezu täglich aus der Presse zu erfahren. „Aufarbeiter“, Anpasser und Nachplapperer sind damit beschäftigt, uns zu erzählen, wie grau und unfrei unser Leben gewesen ist: Mangelwirtschaft, Stasi, Mauer, Diktatur etc. können gar nicht genug beklagt werden. Entwürdigende Szenarien bei elementaren Menschenrechten, unwürdiger Arbeitszwang bis zu Hunger- und Billigjobberei dagegen scheint es für die Gerechtigkeitsfanatiker nicht zu geben. Armentafeln gelten fast als selbstverständliche soziale

Daseinsfürsorge. Wer fragt schon danach, wie sich Menschen fühlen, die Bedürftigkeit an Tafeln zwingt? Was empfinden sie, verschämt versteckt an Orten fern pulsierenden Lebens? Warum eine Erinnerungskultur des Schreckens und Mangels noch heute im „Tafelland“ gebraucht wird, versteht sich von selbst. Zu Tausenden gehen Menschen auf die Straße und es werden immer mehr. Es treiben sie existenzielle Sorgen und Nöte. Um davon abzulenken, muß jede Lügenlegende über die Lebenswelt in einer DDR täglich neu genährt werden, damit das Hier und Heute erträglich scheint. Kinder, Enkel sollen nichts wissen von einem Dasein in der DDR, das lebenswert war. Das ist der

erwünschte, geforderte Bildungshorizont der Meinungsfreiheit. Zum gehobenen Bildungsniveau gehört die Überzeugung, in der DDR seien alle arm gewesen. Und selbstverständlich bringt Marktwirtschaft Reiche und Superreiche hervor, damit nicht alle arm wie in der DDR sein müssen. Wohlstand kommt von Fleiß, jeder ist seines Glückes Schmied und Markt regelt alles ganz allein und gerecht. So einfach ist die Welt verbürgerlichter, freiheitlicher Individualisten, die meinen, auf dem Berg zu wohnen und über die im Tale Lebenden herablassend reden zu dürfen.

Roland Winkler  
Aue

## Die Beliebtheitsskala der Deutschen für Politiker

Einem geschichtsbewußtem Bürger sträuben sich die Haare, wenn er die von den Medien publizierten Umfragewerte zur „Beliebtheit führender deutscher Politiker“ anschaut. Die schärfste Kriegstreiberin aus der tarngrünen Regierungsrige steht an der Tabellenspitze: eine Frau Baerbock, die Waffen für die Ukraine als „Lebensretter“ anpreist, die die Vernichtung Rußlands anstrebt, obwohl sie weiß, daß das historisch Größeren als sie schon mehrfach mißlang, die den USA bedingungslos hörig ist und ihrem eigenen Volk Frieren und Hungern als Alternative zu Frieden und Handel mit Rußland zumutet. Sind die Menschen hierzulande schon wieder so kriegsbereit, daß sie ihre Stimme

einer solchen Person und ihrem politischen Anhang geben? Ich kann nicht glauben, daß es die Mehrheit der Deutschen erneut nach einem Weltkriegsinferno verlangt. Die Partei „Bündnis 90/Die Grünen“ hat sich in der Tat als gefährlichste Kriegspartei in der BRD entpuppt. Dieser Einschätzung von Sarah Wagenknecht ist nicht zu widersprechen. Die „Grünen“ mischen in der Ampel-Regierung entscheidend mit beim Schüren eines III. Weltkrieges, beim Ruinieren der mittelständischen Industrie und des Handwerks sowie vor allem beim rasanten Sozialabstieg der großen Mehrheit der Bürger. Die „Grünen“ sind nicht erst seit ihrer Regierungsbeteiligung ab September 2021 eine „Chamäleon-Partei“. Sie

offenbarten sich schon seit 1998/99 als Kriegspartei. Haben das Dietmar Bartsch und sein rechter Parteiflügel in der PDL bei ihren Ambitions Wünschen nach einer Koalition mit den „Grünen“ schamhaft übersehen? Dabei wäre es dringend notwendig, daß eine, sich als „links“ bezeichnende Partei durch eine volksverbundene Strategie und mit lauten Forderungen nach Frieden und sozialer Gerechtigkeit dafür sorgt, daß Politiker wie Baerbock, Habeck, Hofreiter, Nouripour und alle sich „grün“ Tarnenden von den Bürgern nicht auf eine Beliebtheitsliste, sondern auf eine Anklageliste gesetzt werden.

Manfred Wild  
Berlin

# Im Osten Deutschlands wächst der Widerstand

In letzter Zeit liest man in der Presse wieder öfteren über ihn – den Ossi, ein den Regierenden augenscheinlich immer noch unbekanntes Wesen. Die Menschen im Osten gehen plötzlich auf die Straße, um gegen die Politik derer zu demonstrieren, welche gerade die Wirtschaft, den Frieden mit Rußland und die allerletzten demokratischen Reste dieser Bundesrepublik zum Teufel jagen. An den Demonstrationen beteiligen sich Tausende, und von Woche zu Woche werden es mehr. Warum ist das so?

Es ist schon interessant festzustellen, daß auch 32 Jahre nach der sogenannten Deutschen Einheit bei den Herrschenden offenbar keinerlei Kenntnisse über die mentale Beschaffenheit jener vorhanden ist, die 1990 in den zweifelhaften Genuß dieser „Einheit“ gekommen sind. Ich denke, die Gründe, warum Menschen hier anfangen, zu protestieren, sind sehr vielschichtig. Zunächst spielen die vielen Denkverbote, welche die freie Meinungsäußerung in der BRD längst zur Karikatur gemacht haben, eine nicht unwichtige Rolle. Allein der ständige Druck, ganz einfache Meinungen oder Tatsachen nicht mehr aussprechen zu können, ohne sofort zum sozialen Abschuß freigegeben zu werden, löst Wut und Frust aus. Menschen, die einfach nur für Frieden mit Rußland sind, werden als Rechte denunziert oder der Lächerlichkeit als „Putin-Trolle“ preisgegeben. Wer nicht bereit ist, an den Blödsinn vom „Frieren für den Frieden“ zu glauben, gilt als Vaterlandsverräter und wer einfach nur nicht vergessen hat, daß die Geschichte der Ukraine nicht erst am 24. Februar 2022 begann, löst Schnappatmung bei den Oberen aus. Ich wurde 1965 in der DDR geboren und ich bin mir meiner Wurzeln bewußt, denn auch mein Leben begann nicht erst im Februar dieses Jahres.

Wir wurden wirklich zur Friedensliebe erzogen, und Völkerverständigung war nicht nur eine Floskel. Viele Menschen hatten gute Beziehungen zur Sowjetunion und ihren Menschen und die Vermittlung von Wissen über die russische Kultur gehörte zum Lehrplan an jeder Schule. Meine Erinnerungen an die sowjetischen Soldaten, die Literatur eines Puschkin, Tolstoi, Dostojewski oder eines Maxim Gorki, der Musik von Tschairowski bis Schostakowitsch sind durchweg positiv, und Buratino war mir ebenso wie „Hase und Wolf“ ein lieber Begleiter meiner Kindheit. Bei uns gab es auch nie dieses Maß an Überlegenheitsdünkel

gegenüber anderen Völkern, wie ich ihn heute erlebe und wie er in der alten BRD gegenüber allem, was östlich der Elbe war, nie ganz verschwunden war.

Unvergessen, aber auch unverzehen und ungesühnt im Osten sind die Verwerfungen nach 1990. Erwähnt sei hier nur die Treuhand, die Deindustrialisierungspraxis und dergleichen



mehr. Erwähnt werden müssen aber neben den kolonialistischen Erfahrungen auch die tiefen Demütigungen, die Millionen Ostdeutsche erfuhr, indem schlicht und einfach kübelweise Arroganz über sie ausgegossen wurde und eigentlich immer noch wird. Nie werde ich die Worte des westdeutschen Juristen Arnulf Baring vergessen und nie werde ich sie verzeihen können: „Das Regime hat fast ein halbes Jahrhundert die Menschen verzerrt, ihre Bildung verhunzt. Jeder sollte nur ein hirnloses Rädchen im Getriebe sein, ein willenloser Gehilfe. Ob sich dort heute einer Jurist nennt oder Ökonom, Pädagoge, Psychologe, Soziologe, selbst Arzt oder Ingenieur, das ist völlig egal. Sein Wissen ist auf weite Strecken völlig unbrauchbar ... viele Menschen sind wegen ihrer fehlenden Fachkenntnisse nicht weiter verwendbar ...“ Für mich waren diese Worte der „Willkommensgruß“ der BRD, und sie haben meine Haltung zu ihr bis heute geprägt. Ich denke, die Deutschen als Nation mit einem gesunden Wir-Gefühl, vor dem sich andere Völker nicht fürchten müssen, gibt es nicht. Die jüngsten Entwicklungen bestätigen das und die inneren Risse und Wunden ebenfalls. Ich habe begriffen, daß eine Einheit unter kapitalistischen Bedingungen gar nicht möglich ist. Heute würde der aufmüpfige Jugendliche von einst 99 % vom dem, was er einst in Staatsbürgerkunde lernte, unterschreiben. Tatsache ist: Ich habe mich über die DDR oft geärgert. Ich mußte mich ihrer aber nie schämen, und sie hat mich und meine Mitmenschen auch nie in Lebensgefahr gebracht. Das sind Dinge, die ich angesichts der vom Westen ausgehenden steigenden Kriegsgefahr und der Hetze gegenüber Rußland und China erst heute erlebe. Nie hätte ich es für möglich gehalten, daß ich einmal ganz real in einem solchen Albtraum leben würde, den ich in der DDR sicher in Geschichtsbüchern eingeschlossen glaubte.

Aber ich denke, daß es auch im Westen eine wachsende Angst davor gibt, daß viele sorgsam über die Jahrzehnte gepflegte Lebenslügen einfach platzen könnten, wenn dieses Gesellschaftsgefüge ins Trudeln geraten sollte. Mal angenommen, das tolle Gefühl, der große Sieger der Geschichte zu sein, zerplatzt wie eine Seifenblase und die Zeiten, in denen der Westen den Text der Geschichtsbücher diktiert, sind vorbei. Mal angenommen, in ihnen stünde dann die Wahrheit darüber, wer Deutschland wirklich geteilt hat und wer erklärte: „Lieber das halbe Deutschland ganz als das ganze Deutschland halb“. Mal angenommen, Kinder in der Schule würden erfahren, wer Globke, Oberländer und Filbinger wirklich waren, was mit den sorgsam verdrängten Berufsverboten und den Abertausenden geschah, die im Zuge des KPD-Verbots und der Wiederbewaffnung politisch von alten Nazi-Richtern verfolgt wurden. Und man würde mit ihnen die Frage diskutieren, ob das Vorgehen 1990 wirklich eine Wiedervereinigung oder nicht doch eher eine feindliche Übernahme war, die man die Übernommenen noch heute spüren läßt.

Das bessere Deutschland, für das wir kämpfen müssen, braucht keine Lebenslügen, keine permanente Selbstbeweihräucherung und keinen Haß gegen andere Völker. Es muß ein ganz anderes Deutschland mit anderen friedlichen Prioritäten, anderen Eigentumsverhältnissen und anderen Formen der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums sein. Ich glaube schon lange nicht mehr, daß sich diese BRD noch „reparieren“ läßt. Was wir brauchen ist Widerstand gegen die heutigen Machtverhältnisse, denn wir werden von Leuten regiert, die uns in eine Apokalypse stoßen wollen. Und was das angeht, sitzen wir in Ost und West wirklich in einem Boot. Hier ist die Einheit real.

Ulrich Guhl  
Strausberg

## Bruni Büdler

aus Berlin begeht am 14. Dezember ihren 85. Geburtstag. Bruni ist seit 20 Jahren fest mit dem „RotFuchs“ verbunden. Sie arbeitet aktiv im Versandkollektiv mit und engagiert sich bei der Werbung für unsere Zeitschrift.

**Wir gratulieren Dir, liebe Bruni, sehr herzlich und sagen Danke für Deine zuverlässige und selbstlose Unterstützung und Hilfe.**

## Die Glocke

Erschreckend ihr Ton in dunkler Nacht.  
Angst entsteht mit starker Macht.

Sonst Liebende mahnend: Es ist Zeit,  
jetzt mit starkem Ton die Gleichgültigen  
aus ihrem ruhigen Schläfe reißt.

Die Glocke mahnt: Es ist soweit.  
Raus aus dunkler Nacht,  
seid Ihr bereit?

Entgegen dem hellen Tag,  
der im Kampf beginnt –  
den ewigen Frieden erstreben!

Zügelt den Mammon dieser Welt.  
Unsere Kinder brauchen Frieden,  
der ihnen und nicht dem Bösen gefällt.

Die Glocke tönt aus dunkler Nacht:  
Wacht auf, ihr Menschen!  
Werdet bewußt Euch der eignen Macht!

Gerhard Perlick  
Bützow

# Eskalation sofort beenden!

**Werner Bischoff** (Die Linke) hielt als Abgeordneter im Kreistag Darmstadt-Dieburg eine Rede, die er dem RF zur Verfügung stellte.

Nach dem völkerrechtswidrigen Jugoslawien-Krieg 1999, initiiert durch die USA und weitere willige NATO-Staaten, erleben wir abermals eine kriegerische Auseinandersetzung in Europa, diesmal in der Ukraine, und wieder ist der Aggressor die NATO. Dieser Krieg ist eine kriegerische Auseinandersetzung zwischen den Atommächten USA und Rußland und er begann nicht erst am 24. Februar 2022, sondern mit dem von den USA initiierten Maidan-Putsch 2014 in Kiew.

Bis zuletzt hatte Präsident Putin sehr deutlich die rote Linie, die Neutralität der Ukraine, betont und entsprechend gewarnt, aber der Westen hat auf Krieg gesetzt.

Deutschland, Frankreich und Polen haben sich das Heft des Handelns aus der Hand nehmen lassen, indem sie die Ukraine nicht zur Umsetzung des Minsk-II-Abkommen gedrängt haben. Inzwischen führt der Westen einen Sanktions- und Wirtschaftskrieg gegen Rußland, der laut der grünen Außenministerin

Baerbock „Rußland ruinieren“ soll, statt dessen aber Volkswirtschaften weltweit in den Abgrund führt. Vor allem Deutschland trifft diese Abwärtsspirale massiv, und sie hat auch längst den Landkreis erreicht. Die Ampelkoalition in Berlin ist fleißig dabei, die eigene Bevölkerung zu ruinieren und verschließt die Augen vor der Tatsache, daß die USA neben dem Wirtschaftskrieg gegen Rußland auch einen Wirtschaftskrieg gegen Europa und besonders gegen Deutschland führen. Mehr und mehr bestimmen Zukunftsangst und die Sorge den Alltag vieler Menschen. Der Sanktionswahn nimmt kein Ende und der Westen, mithin Deutschland, übertrumpft sich mit weiteren Waffenlieferungen an die Ukraine. Niemand bremst Selenski, der öffentlich Präventionsschläge der NATO gegen Rußland fordert. Ja, der Westen bleibt stramm auf Kriegskurs. Wer sich heute für den Weg der Diplomatie ausspricht, um diesen Krieg zu beenden und ein Ende des Sanktions- und Wirtschaftskrieges fordert, wird als Putin-Versteher oder -Unterstützer diffamiert.

Ca. 70 % der Deutschen wünschen sich eine Beendigung dieser kriegerischen Aus-

einandersetzung und ein friedliches Zusammenleben mit Rußland. Dies wäre bereits im März möglich gewesen, als Rußland und die Ukraine einer Lösung nahe waren. Allerdings war dieses Verhandlungsergebnis von den USA nicht gewünscht. Die Grünen fordere ich im Kreistag auf, zum Ursprung ihrer Friedenspolitik zurückzukehren und die olivgrüne Kriegspolitik zu beenden. Auch die SPD fordere ich auf, den Weg der Entspannungspolitik zu beschreiten.

Sagen Sie hier ein lautes NEIN zu weiteren Waffenlieferungen, aber ein JA für einen Ausstieg aus dem Sanktions- und Wirtschaftskrieg gegen Rußland. Fordern Sie den Rückzug der NATO-Truppen aus Osteuropa. Statt Geld für Kriege fordern Sie Investitionen für Gesundheit, Bildung, Soziales, Klimaschutz und Infrastruktur. Geben wir der Vernunft die nötige Chance. Stimmen Sie dieser Resolution als einem wichtigen Zeichen des Friedens und zum Wohle der Bürger/innen unseres Landkreises zu.

7. November 2022

## Offener Brief an die Bundesregierung

*Das Eskalationsregime der NATO-Staaten gegen Rußland stößt auf immer stärkeren Protest, bisher vor allem im östlichen Teil des Landes. Auch in der Kommunalpolitik regt sich Widerstand – erneut im Osten. In einem offenen Brief aus Königs Wusterhausen an die Bundesregierung wird diese aufgefordert, alles zu unterlassen, was den Krieg in der Ukraine verlängert und die Eskalationsspirale zu durchbrechen.*

Beklagt wird, daß auf den Krieg in der Ukraine mit einer „Eskalationsspirale“ reagiert wird, „die sich immer schneller dreht und droht, zu einer umfassenden globalen Krise zu werden“. Dies habe unmittelbar Auswirkungen auch auf die Lebensverhältnisse vor Ort und die Lokalpolitik. Scharfe Kritik üben die Stadtverordneten an der Bundesregierung, die ausschließlich auf antirussische Sanktionen, Waffenlieferungen und Aufrüstung setze, aber keinerlei Bemühungen um eine diplomatische, friedliche Lösung des Konflikts erkennen lasse:

*„Völlig anders als bei allen sonstigen Konflikten, gibt es seitens der Bundesregierung keinerlei wahrnehmbares Bemühen um Diplomatie. Allein Waffen und völlig entfesselte Sanktionsmaßnahmen sollen diesmal das alleinige Mittel der Wahl sein. Eine forcierte militärische Aufrüstung geht damit einher.“*

Die Bundesregierung spreche ständig von einer „werte- und regelbasierten Außenpolitik“. Deutschland sei jedoch auf den Import von Rohstoffen und Energieträgern angewiesen, um „seine Wirtschaft und den minimalen

Wohlstand der Bevölkerung aufrechterhalten zu können“. Doch die Lieferländer führten „oft seit Jahren Kriege gegen ihr eigenes oder andere Völker“. Die Stadtverordneten weisen auf die Doppelmoral des Westens – und der Bundesregierung – hin und fragen somit rhetorisch:

*„Wollen wir also künftig mit all diesen Ländern im Kriegszustand sein?!“*

Mit „fassungslosem Entsetzen“ gehen die brandenburgischen Lokalpolitiker auf die „bereits jetzt absehbaren Folgen“ der auf das Militärische fixierten Berliner Politik ein:

*„Eine Politik, die sich darauf versteift, daß es nur eine militärische Lösung dieses Konfliktes geben könne, nimmt Tod und Zerstörung – vor allem für zigtausende Unbeteiligte und Unschuldige – billigend in Kauf.“*

Der westliche „Sanktionskrieg“ habe „auch Auswirkungen auf eigentlich völlig Unbeteiligte, die Menschen im sogenannten globalen Süden“. Infolge des „nahezu vollumfänglichen Sanktionsdschunzel[s]“ seien „enorme Mengen an Dünger- und Getreideexporten aus Rußland und Weißrußland faktisch blockiert“ worden – wodurch Hungersnöte die unvermeidliche Folge seien.

Klare Worte finden die Stadtverordneten auch für die Folgen der Sanktionen, die auf Deutschland zurückschlagen: Preisanstieg, Inflation, Rückgang der Spareinlagen, Betriebsschließungen und Insolvenzen.

*„Vielen bereits durch die Pandemie-Politik gebeutelten Gewerbetreibenden geht nun endgültig die Luft aus, aufgrund hoher Kosten bei gleichzeitig einbrechendem Umsatz.“*

Die Verluste durch Betriebsaufgaben, Verlagerungen ins Ausland, Konsumzurückhaltung und Rezession seien nicht „beifferbar“. So drohten „ganze Branchen“ zu „verschwinden“. Die Inflation führe „zu einer massiven Kapitalflucht“, „das ohnehin angeschlagene Finanzsystem droht zu kollabieren“.

*„Die Arbeitslosigkeit wird explodieren, gleichzeitig steigt die Zahl der Flüchtlinge, die Sozialsysteme sind jetzt schon völlig überlastet. Daraus folgende soziale und politische Unruhen sind zwangsläufig.“*

*„Wir rufen Sie daher dazu auf, alles zu unterlassen, was diesen Krieg verlängert und alles dafür zu tun, daß die Waffen schweigen. Sowohl im Waffenkrieg als auch im Wirtschaftskrieg!“*

Der Offene Brief wurde von der „Vereinigten Bürgerfraktion“ initiiert. Ein Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Grünen für eine alternative „Resolution“, die weitgehend der Linie der Bundesregierung entsprach, konnte sich nicht durchsetzen. Die Stadtverordnetenversammlung hat den Offenen Brief schließlich mit großer Mehrheit beschlossen: 17 von 24 anwesenden Stadtverordneten stimmten dafür.

27. Oktober 2022

# Der Frieden ist nicht alles, aber OHNE FRIEDEN IST ALLES NICHTS

RF dokumentiert Auszüge aus dem Grußwort des Bremer Friedensforums zu den laufenden Tarifeinsetzungen

Die Tarifeinsetzungen finden in einer schwierigen Situation statt: Corona, Krieg und Sanktionen lauten die „Gegenargumente“, die von den Unternehmern gegen Eure Forderungen angeführt werden. Doch wann gab es jemals einen Zeitpunkt, an dem die sie nicht erklärt hätten, daß Eure Forderungen falsch, überzogen oder zu einem schlechten Zeitpunkt aufgestellt würden?

Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen, das sind

die Regierung verlassen kann, wenn es um die Durchsetzung der Forderungen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern geht.

Deshalb bringt ihr Eure Forderungen auf die Straße, vor die Verwaltungen, vor den Betrieb. Deshalb tretet ihr aktiv für Eure wirtschaftlichen Interessen ein.

Und ihr kämpft dabei nicht nur für Euch, sondern auch für uns alle! Deshalb sind wir solidarisch mit euren Kämpfen!

**Wir sagen: Schluß mit der Verarmungspolitik in Deutschland. Für Frieden in Europa muß endlich verhandelt werden!**

Zwei Prozent des Bundeshaushalts und 100.000.000.000 Euro mehr sind notwendig für die Pflege, für bezahlbare Wohnungen, für Heizung, Mobilität und die Schulen unserer Kinder sowie für die Rettung des Klimas. Jahrelang wurde uns gesagt, daß für diese Zwecke kein Geld da sei. Aber mittlerweile ist klar geworden: Geld ist genug da! Es darf nur nicht mehr für die Aufrüstung der Bundeswehr verschwendet werden. Es dient nicht unserer Sicherheit, sondern allein den Interessen der Rüstungsindustrie, der Kriegsgewinnler und den geopolitischen Zielen der USA und der NATO.

**Stopt den Krieg jetzt! Frieden und Solidarität jetzt!**

„... Der DGB tritt für eine allgemeine und weltweite kontrollierte Abrüstung, für die Verwirklichung und Erhaltung des Friedens und der Freiheit im Geiste der Völkerverständigung ein. Die Bundesrepublik muß als wesentlicher Akteur an einer gemeinsamen europäischen Sicherheitsarchitektur unter Einschluß Rußlands arbeiten ...“

Damit haben der DGB und die Mitgliedsgewerkschaften die Gefahren einer Einbeziehung Deutschlands in den Ukraine-Krieg und einer weiteren Eskalation, die nicht im Interesse der Mitglieder und Beschäftigten ist, erkannt.

Wenn sich die Spirale der Waffenlieferungen weiterdreht, werden weiter ukrainische und russische Menschen sterben. Die Eskalation daraus wird Maßnahmen, die uns betreffen, nach sich ziehen, bis hin zu einer nicht mehr kontrollierbaren Kriegsführung auch in und durch Deutschland, sogar bis zur Gefahr eines nuklearen Weltkrieges. Es ist an der Zeit, dieser verhängnisvollen Entwicklung jetzt Einhalt zu gebieten!

Die Gewerkschaften verstehen sich als Teil der Friedensbewegung in diesem Land. Wenn wir mit ihnen gemeinsam für Frieden und Völkerverständigung aktiv werden – in den Betrieben, auf der Straße und in den gewerkschaftlichen Gremien – können wir den Friedensprozeß, den uns die Politiker versagen, gegen die Kriegsprofiteure durchsetzen.

Daher:

**Keinen EURO für den Krieg!**

Keine Sanktionen, die den Menschen in Rußland und hier schaden!

Keine Waffenlieferungen!

Friedensverhandlungen jetzt! Kriege weltweit beenden!

**Bremer Friedensforum**

7.11.22



Demonstration des Bremer Friedensforums

keine Argumente, das sind nur Floskeln, die Euch entgegeng gehalten werden, um Euch von eurem Kampf für Eure Interessen und Eure Rechte abzuhalten.

Was die „Arbeitgeber“ wirklich sagen, lautet: „Die abhängig Beschäftigten sollen allein die Kosten der Energiekrise, der wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen des Krieges und der Sanktionspolitik, der Inflation tragen!“ Es soll auf die Formel hinauslaufen: Die einen machen Sondergewinne in Milliardenhöhe, die anderen stehen schon jetzt oder in naher Zukunft am Rande einer Existenzkrise; sie wissen bald nicht mehr, wie Lebensunterhalt und Energiekosten noch bezahlt werden sollen.

Und dabei sind die langfristigen wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Krise in Deutschland noch nicht einmal absehbar. Die „Entlastungspaketchen“ der Bundesregierung, insofern sie die abhängig Beschäftigten, die Rentner und die Studierenden betreffen, sind höchstens ein Tropfen auf dem heißen Stein. Ihr habt verstanden, daß man sich weder auf das Wohlwollen der Unternehmer noch auf

In dieser historischen Situation, in der wir uns alle gerade befinden, geht es aber nicht nur um Eure und unsere wirtschaftlichen Interessen, sondern auch um ein noch wichtigeres Bedürfnis, das den allergrößten Teil der Menschen miteinander verbindet: Wir wollen nicht in einen Krieg gezogen werden! Es ist das Vermächtnis unserer Eltern und Großeltern: Nie wieder Krieg.

Was ist die Ursache der Inflation und der Preissteigerung? Doch sicher nicht der Russe! Es ist vielmehr die Beteiligung der Bundesrepublik an einem Krieg!

Waffenlieferungen Spekulationen und Wirtschaftssanktionen sind die entscheidenden Faktoren für diese Situation. Diese treffen in erster Linie den „kleinen Mann“ und die „kleine Frau“, während die großen Energiekonzerne zu Profiteuren der Rettungspakete und Sonderzahlungen werden. Für diese „Sanktionspolitik“ ist nicht der russische Präsident Putin verantwortlich, sondern unsere eigene Regierung.

## Weckruf für Linke

### Starke Zeichen setzen gegen den Krieg: Die XXVIII. Internationale Rosa-Luxemburg-Konferenz am 14. Januar klärt auf, klagt an – und greift ein

Es ist ein Fanal: „Den dritten Weltkrieg stoppen – jetzt!“ Alarmistisch und etwas schrill mag das Motto der XXVIII. Internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz (RLK), die am 14. Januar erstmals nach zwei Jahren wieder als Präsenzveranstaltung in Berlin stattfinden wird, in manchen Ohren klingen. Indes: Es trägt der globalen politischen Lage zweifellos Rechnung, auch wenn deren tatsächliche Dramatik und Brisanz längst noch nicht allen bewußt ist. Es ist ein Weckruf.

In den internationalen Beziehungen vollzieht sich gegenwärtig ein fundamentaler Wandel von historischen Dimensionen, vertieft sich die Spaltung zwischen West und Ost, führt das hinter Washington versammelte NATO-Lager einen Verzweigungskampf gegen seinen drohenden ökonomischen Abstieg und damit einhergehenden Verlust der globalen Hegemonie. Der Kriegspakt gruppiert seine Kräfte neu und um, rüstet sich für einen großen Angriff gegen Rußland und den strategischen Hauptgegner, die Volksrepublik China. Die Gefahr eines Weltbrands ist unter diesen Bedingungen, wo im kollektiven Westen selbst diplomatische Initiativen unter das Verdikt der Feindpropaganda fallen, sehr real. Es mehren sich kritische Stimmen, die in der gegenwärtigen Eskalation in Europa die „ukrainische Phase“ eines drohenden dritten Weltkriegs sehen. Folgt man strategischen Überlegungen des Pentagon, wird er in der nächsten Stufe bald schon und mit ungeahnten Folgen auf Washingtons „systemischen Konkurrenten“ China ausgeweitet. In solch einer zugespitzten Situation machen sich bei Abwesenheit einer organisierenden Kraft unter Friedensfreundinnen und

-freunden leicht Resignation, Ohnmacht und Verzweiflung breit. Doch bei aller scheinbaren Ausweglosigkeit: Die Lage gebietet es, gegenzuhalten und diese fatale Entwicklung zu stoppen. Das wird nur möglich sein, wenn eine breite gesellschaftliche Bewegung entsteht, die Protest und Widerstand offensiv auf die Straße trägt. Die RLK ist in diesem Sinne seit jeher eine Art Sammlungspunkt fortschrittlicher Kräfte. Und schon das Zusammenkommen in solidarischer Atmosphäre spendet Kraft, Mut und Zuversicht.

Wie ein roter Faden zieht sich der Kampf gegen Militarismus und Krieg durch alle bisherigen Rosa-Luxemburg-Konferenzen. Bereits auf der ersten RLK 1996 wurde der „Abschied der Linken vom Antimilitarismus“ diskutiert. Rund drei Jahre vor dem Jugoslawien-Krieg bezog sich das auf geplante UN-Blauhelmeinsätze mit deutscher Beteiligung und die treibende Rolle der Grünen dabei. Das hatte, Jahre bevor sich die Partei zu einer Sammlungsbewegung transatlantischer Fanatiker gewandelt hat, empörte Reaktionen aus ihrer Führung provoziert. Heute ist die auf Regierungsbeteiligung um jeden Preis gebürstete Linkspartei ebenfalls im Begriff, auf NATO-Linie einzuschwenken und sich dem bürgerlichen Machtpol mit antirussischen Ausfällen oder der Forderung nach deutschen Waffenlieferungen an die Ukraine anzubiedern. Auch über dieses Versagen wird auf der Konferenz im Januar zu reden und zu reflektieren sein – wie über die Frage, wer die Zeche für den kompromißlosen Kurs des Westens gegenüber Rußland zu zahlen hat und wie die sozialen Zumutungen, die der Masse der Bevölkerung ins Haus stehen, abgewehrt

werden können. Das soll Gegenstand der Podiumsdiskussion sein.

Höhepunkte versprechen die Beiträge zu werden, die wir aus Moskau und Beijing erwarten. Der Ex-Diplomat, sozialistische Politiker und Buchautor Nikolai Platoschkin wird über die Ursachen des Ukraine-Kriegs sprechen und darüber, welche innenpolitischen Debatten in der Russischen Föderation dazu geführt werden. Wen Tiejun, Ökonom an der renommierten Chinesischen Volksuniversität in Beijing, wird das Entwicklungsmodell der Volksrepublik vorstellen und der Frage nachgehen, weshalb es im Westen derart aggressive Reaktionen hervorruft. Weitere Vorträge befassen sich mit der NATO-Kriegspropaganda, den Folgen der westlichen Kriegspolitik für die in Unterentwicklung gehaltenen Länder der sogenannten dritten Welt sowie dem aus der westlichen Politik der Deglobalisierung („Decoupling“) folgenden Zwang zum Krieg.

Das Jugendpodium der SDAJ wird 2023 in das Hauptprogramm integriert, geplant sind wie stets auch zahlreiche Kulturbeiträge. Veranstaltet wird die ganztägige Konferenz, zu der vor Ort rund 3.000 Gäste erwartet werden (und etliche Tausend weitere, die das Event am Bildschirm verfolgen) von *junge Welt*, unterstützt von zahlreichen Organisationen, Medien und Verbänden. Sie wie wir hoffen auf reges Interesse und darauf, daß von der Konferenz am 14. Januar ein in dieser Zeit so dringend nötiges starkes friedenspolitisches Signal ausgeht.

**Stefan Huth**

Aus: *junge Welt*, 29./30.10.22

## Rosa Luxemburg: Zur Rolle der Sozialdemokratie

Das Flaggschiff der revolutionären Arbeiterbewegung Europas der letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts, die deutsche Sozialdemokratie, durch Opportunismus geschlagen, war mit der großen Geste, das Vaterland in der Stunde der Gefahr nicht allein zu lassen, in den trüben Fluten des Nationalismus und Chauvinismus untergegangen. Der Kriegstaukel der Massen zu Beginn des 1. Weltkrieges, „daß deutsche Gewehrkolben, von deutschen Fäusten geschwungen, das ganze zaristische System ehestens zerschmettern möchten“ (1), wurde auch von der sozialdemokratischen Presse angeheizt. Am 2. Dezember 1914 hatte Karl Liebknecht gegen die Kriegskredite gestimmt. Er wurde im Februar 1915 als Armierungssoldat eingezogen und erhielt Versammlungs- und Agitationsverbot. Im gleichen Monat begann für Rosa Luxemburg eine einjährige Gefängnisstrafe. Hier schrieb Rosa Luxemburg im April 1915 eine der bedeutendsten politischen und theoretischen Schriften der deutschen Linken,

die als „Junius-Broschüre“ in die Geschichte einging.

Im Hauptteil ihrer Arbeit analysierte sie die ökonomischen und politischen Bedingungen, die zum Ausbruch des Weltkrieges geführt hatten, und erkennt zwei Entwicklungslinien von Konflikten und Widersprüchen zwischen den in Europa führenden Mächten und den abhängigen Kräften in der beginnenden imperialistischen Phase des Kapitalismus mit dem Ergebnis, „daß der europäische Weltkrieg zur Entladung kommen würde, sobald die partiellen und abwechselnden Gegensätze zwischen den imperialistischen Staaten eine Zentralachse, einen überwiegenden starken Gegensatz finden würden, um den sie sich zeitweilig gruppieren können. Diese Lage wurde geschaffen mit dem Auftreten des deutschen Imperialismus.“(2)

Mit der Enthüllung des imperialistischen Charakters dieses Krieges entlarvte Rosa Luxemburg mit der größten Klarheit die nationalistische und chauvinistische Demagogie

der Führer der Sozialdemokratie. Sie geißelt deren Verrat mit den Worten: „Nirgends ist die Organisation des Proletariats so gänzlich in den Dienst des Imperialismus gespannt, nirgends wird der Belagerungszustand so widerstandslos ertragen, nirgends die Presse so geknebelt, die öffentliche Meinung so erwürgt, der wirtschaftliche und politische Klassenkampf der Arbeiterklasse so gänzlich preisgegeben wie in Deutschland.“(3) Die Aufdeckung der Mechanismen imperialistischer Kriege und die Entlarvung der Kräfte des Nationalismus und Chauvinismus haben in keiner Weise an Aktualität verloren.

**Dr. Hans-Günter Szalkiewicz †**

1) Rosa Luxemburg: Die Krise der Sozialdemokratie. a.a.O., S. 329

2) Ebenda, S. 288

3) Ebenda, S. 262/263

Redaktionell gekürzt aus: *Rote Kalenderblätter, DKP Brandenburg, Januar 2004*

# 70 Jahre Hochschule für Ökonomie Berlin

Unser Treffen zum 70. Jahrestag der Gründung der Alma Mater, Hochschule für Ökonomie „Bruno Leuschner“ Berlin, fand nicht, wie geplant, im Oktober 2020, sondern aufgrund der Corona-Pandemie am 17. September 2022 auf dem ehemaligen Campus der HfÖ (heute Campus der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin) statt. An der Veranstaltung unter dem von Marx gebrauchtem Motto „An allem ist zu zweifeln“ nahmen mehr als 600 Gäste teil. Absolventen aus europäischen Staaten, aus afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Ländern, die an der HfÖ studiert oder promoviert hatten, waren ebenfalls angereist. Viele von ihnen berichteten, daß ein Studienabschluß der HfÖ international hohe Anerkennung genießt. Einige bekleideten bzw. bekleiden hohe Funktionen in Gesellschaft, Staat und Wirtschaft ihrer Länder. Auf der Agenda des Treffens standen diverse Podiumsgespräche und Diskussionsrunden. Sie umfaßten die Geschichte der HfÖ, die Arbeit des Lehrkörpers, Studieninhalte etc., aber auch Fragen der Zukunft des heutigen Wirtschaftssystems.

Die wirtschaftswissenschaftliche Hochschule wurde auf Beschluß der DDR-Regierung am 4. Oktober 1950 als Hochschule für Planökonomie gegründet. Ihre Aufgabe war es, junge, begabte Menschen, vorrangig Kinder aus Arbeiter- und Bauernfamilien, aber auch aus anderen sozialen Schichten, zu Wirtschaftsfachleuten auszubilden.

Zur Gründungsrektorin wurde die Antifaschistin Frau Prof. Dr. h.c. Eva Altmann (1903–1991) berufen. Durch Zusammenschluß mit der Hochschule für Finanzen Potsdam-Babelsberg und der Hochschule für Außenhandel Berlin-Staaken (1956, 1958) zur Hochschule für Ökonomie erlangte sie einen annähernd universitären wirtschaftswissenschaftlichen Charakter.

Die Lehreinerichtung bestand aus sechs Sektionen, die in Wissenschaftsbereiche und Fachbereiche untergliedert waren. Diese bestanden bis Ende der 80er Jahre. „Mit ihrem komplexen wissenschaftlichen Profil, charakterisiert durch die hier vertretenen wissenschaftlichen Disziplinen, die Forschungsrichtungen sowie die Studiengänge (Fachrichtungen) und das Angebot an Spezialisierungsmöglichkeiten, war die Hochschule für Ökonomie (HfÖ) die größte wirtschaftswissenschaftliche Lehr- und Forschungseinrichtung der DDR.“<sup>1</sup>

Eine bemerkenswerte Festrede über die Entstehung, die Arbeit und die Leistungen der HfÖ hielt Prof. Dr. Christa Luft. Sie war deren Rektorin von 1988 bis 1990 und Ministerin für Wirtschaft in der Regierung Modrow. Einleitend ging die Rednerin auf aktuelle politische Prozesse ein. „Frieden ist ein hohes Gut. (...) Wir fühlten uns freundschaftlich verbunden mit der von Hitlerdeutschland überfallenen und verwüsteten Sowjetunion (...)“<sup>2</sup> Eingehend

auf die gegenwärtigen militärischen Auseinandersetzungen zwischen Rußland und der Ukraine sagte sie: „Dabei wissen wir sehr wohl, daß alles Böse im privaten Leben wie in der Politik eine Vorgeschichte hat. Aber die Achtung von Frieden und Völkerfreundschaft gehört bleibend zu unseren Genen.“

Das Studium an der HfÖ war praxisverbunden und nicht eng ökonomistisch ausgerichtet. Die Politische Ökonomie wurde zugleich als eigenständiges Theoriengebäude und als Grundlage für die ökonomischen Fachdisziplinen gelehrt. Wert wurde darauf gelegt, den Studierenden sowohl philosophisches als auch historisches Wissen zu vermitteln.

Studenten erhielten ein auskömmliches Stipendium, das bei guter Leistung aufgestockt werden konnte. Für 10 Mark der DDR im Monat war ein Platz im Internat zu haben. Die Essensversorgung erfolgte durch die Hochschulküche. Sie war Spitze.

Vor dem technischen Personal mußte man den Hut ziehen, da es ein großes Herz für die Studierenden hatte, betonte die Rednerin. Selbst der Karlshorster Studentenfascing war jedes Jahr ein Highlight.

Christa Luft hob aber auch hervor, daß es nicht wenige Probleme gegeben hat. Das Festhalten an „ewigen Wahrheiten“ in der DDR war ein Armutszeugnis und hat den geistigen Horizont verengt. (...) Es erschwerte aus heutiger Sicht eine wissenschaftliche Streitkultur und eine fundierte Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Meinungen.

Insgesamt reflektierte die wirtschaftswissenschaftliche Lehre und Forschung den Zusammenhang von Politik und Ökonomie, insbesondere Wirtschaftspolitik und Wirtschaftstheorie. Die Theorie hatte dabei aber einen unzureichenden Einfluß auf Entscheidungen der zentralen Parteiführung. Von ihr gesetzte Diskussionsgrenzen behinderten einen systematischen und fruchtbringenden Meinungsaustausch. Wissenschaft hat jedoch, erklärte Prof. Luft, gegenüber der Gesellschaft eine Bringschuld. Wenn sie dem nicht nachkommen kann oder darf, ist sie überflüssig.

Die HfÖ wurde nach der Übernahme der DDR durch die BRD ohne Evaluierung der Leistungen von Einzelpersonen und Wissenschaftsbereichen abgewickelt. Das geschah auf Beschluß des Berliner Senats. Dafür „bestellte“ die damalige Berliner Wissenschaftssenatorin Barbara Riedmüller (SPD) ein Gutachten bei einem Schweizer Zoologie-Professor – mit Schwerpunkt Entwicklungsbiologie – aus Zürich. Er „empfehl“, die HfÖ zu liquidieren, da sie planwirtschaftlich gelehrt habe und nicht zum westdeutschen Wissenschaftssystem passen würde.

„Die Chance für eine überfällige Reform der deutschen wirtschaftswissenschaftlichen Lehre und Forschung, so Christa Luft, sei verpaßt worden. Heute dominieren mathematische Modelle und betriebswirtschaftliche Techniken die ökonomische Ausbildung und verdrängen die makroökonomische Sicht, die soziale, ökologische, auch ethische Belange einschließen muß.“

Über Jahrzehnte galt die Meinung, daß sich ein Gleichgewicht über die Märkte automatisch durch Angebot und Nachfrage herstellt. Das hat sich erkennbar als Irrlehre erwiesen.

Will die Menschheit in Frieden und halbwegs in Wohlstand leben, müssen „Wirtschaftswissenschaften und Wirtschaftspolitik darauf zielen, Eigennutz und Gemeinnutz, einzelwirtschaftliche Rationalität und gesamtwirtschaftliche Vernunft weitestmöglich in Einklang zu bringen. Es muß schließlich erkannt werden, daß Krisen ein Ergebnis von Überakkumulation sind. Durch Überakkumulation sind die einen überreich und die anderen stehen daneben. Die heutige Gesellschaft ist reich geworden durch Auspressung von Menschen, die arbeiten. Auch die bestehende Form der unersättlichen profitorientierten Globalisierung im Interesse von Konzernen schafft Wohlstand auf einer Seite und Armut auf der anderen Seite. Man muß endlich die Ursachen des Profitstrebens bekämpfen, erklärte die Rednerin.

Für die Lösung der heutigen Krisen und ihre Folgen sollte man sich an frühere Erfahrungen der DDR orientieren. „Ist etwa planvolles Wirtschaften, nicht die administrative bürokratische Planwirtschaft, mit Diktatur gleichzusetzen? Ist es nicht bewahrenswert, daß der Mensch sich nicht auf eine Humanressource reduzierte, die sich rechnen muß? War es nicht ein Segen, daß Grund und Boden, diese beschränkt verfügbare Georessource, kein Spekulationsobjekt werden konnte? Zeigt die jüngste Entwicklung nicht, wie unerlässlich es ist, Bereiche der Daseinsvorsorge, insbesondere das Gesundheitswesen, die Pflege dem Marktmechanismus zu entziehen und in öffentlicher Regie zu betreiben? Zeigt sich im seit Jahren anhaltenden Lehrermangel, in fehlenden Wohnungen nicht ein Versagen des Systems, das gesellschaftliche Planung für ein Relikt des Sozialismus hält? Fragen über Fragen!“

Das Sozialismusmodell, wie es in der DDR existierte, ist Geschichte, aber nicht die Idee, die ihm zugrunde lag. „Das Nachdenken über gesellschaftliche Alternativen zum Realkapitalismus muß weitergehen.“

Für viele Teilnehmer am Treffen zum 70. Gründungsjahrestag der HfÖ war besonders die Herzlichkeit und Verbundenheit der Absolventinnen und Absolventen sowie der ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beeindruckend. Überall bildeten sich kleine und größere Gesprächs- und Diskussionsgruppen, die sich sowohl über ihre Zeit an der HfÖ als auch über ihr Leben danach austauschten. Alte Kontakte wurden erneuert und neue geschlossen. Aus Gesprächen war zu entnehmen, daß ein Studium oder eine Tätigkeit an der Hochschule für Ökonomie prägend waren. Immer wieder äußerten Teilnehmer ihre Anerkennung dafür, daß ihnen an der Hochschule komplexes und dialektisches Denken vermittelt wurde, das sich im Leben als sehr nützlich erwies.

1 1950-1991 Hochschule für Ökonomie „Bruno Leuschner“ Berlin, 2013, S. 5

2 <https://treffen-hfoe.de/41-jahre-hfoe-war-und-was-ist-geblieben>

# Wir müssen wieder über Werte reden!

Unter dem Titel „Das Selbst der Gerechten“ sind soeben politische Texte von Hartmut König erschienen, die unserer Aufmerksamkeit wert sein sollten. In der sozialistischen DDR stadtbekanntester Liedermacher und Sänger, suchte er bereits sehr früh nach den wahrhaftigen Werten der arbeitenden Menschen. Die im gesellschaftlichen Gedächtnis noch lebendigen Erinnerungen an Krieg, Faschismus, Rassismus, Verfolgung und Mord, Ausbeutung und Unterdrückung ließen Frieden, soziale Gerechtigkeit, Völkerfreundschaft und internationale Solidarität auf brutalstmögliche Weise zu solchen erstrebenswerten Idealen des gesellschaftlichen Zusammenlebens der Menschen werden. HK schreibt anschaulich, wie „Chile tanzte“, über den „Amoklauf des Weltgendarmen“ in My Lai und als Saigon frei wurde, über Guernica und „Linkssein mit Fidel und wie wir auch emotional solidarisch am antiimperialistischen Kampf teilnahmen. Dabei war er, wie wohl jeder, der zu den Aktivisten der ersten Stunde und den folgenden Generationen engagierter Mitgestalter des sozialistischen Aufbaus gehörte, in gehörigem Maß auch Idealist. Im Unterschied zu manchen anderen allerdings, die frühzeitig vor den Mühen der Ebene resignierten und von dem eingeschlagenen Weg enttäuscht waren, verstand er frühzeitig, die Verwirklichung der Ideale und Werte in der Veränderung der materiellen und sozialen Realität zu suchen. Ob der Weg richtig war, konnte man nur erfahren, wenn man ihn auch ging. Vielleicht sollte man den Ausdruck „materialistischer Idealist“ erfinden. In politischen Funktionen im Jugendverband und der Partei sowie später der Regierung war er stets mit der Verbreitung der sozialistischen Ideale befaßt und wußte zugleich um die Mühen ihrer Verwirklichung im eigenen Land.

Diese Mühen wurden von Anfang an verschärft durch den erbitterten Kampf des Gegners gegen unsere Ideale und Werte, ein Kampf, der materiell und ideologisch geführt wurde. Dem stellten wir uns, mußten aber auch nicht wenige Blessuren hinnehmen. Die wichtigste war wohl die (z.T. auch erzwungene) ideologisch-propagandistische Vereinfachung der Werte, die sie manchmal bis zur Unkenntlichkeit entstellten. Das war um so schwerwiegender, als daß sich die gesellschaftliche Basis entwicklungsbedingt noch lange den angestrebten Zielen erst annähern mußte. Doch strebt der Mensch in keiner gesellschaftlichen Ordnung per se nach einem Ismus. Doch wenn dieser beginnt, die Werte in der Wahrnehmung zu überdecken, werden selbige nicht mehr als erstrebenswerte Ziele erkannt. Das hat letztlich die Verbreitung der Überzeugung vom sozialistischen Entwicklungsweg zunehmend erschwert und bei vielen mit zu seiner letztendlichen Ablehnung geführt.

Aber mit dem Ende des Sozialismus auf deutschem Boden sind seine Grundwerte keineswegs zu den Akten der Geschichte gelegt. „Erfolg und Fehl unseres östlichen Aufbruchs bestärken die Überzeugung: Ein erfülltes Leben in einer anderen, friedlichen, von Ausbeutung befreiten Gesellschaft ist keine Utopie mehr.“ Die Grundwerte, mit denen die DDR angetreten war, rücken heute mit der zunehmend aggressiven, imperialistischen Politik der „regelbasierten Wertegemeinschaft“ erst recht wieder in den Vordergrund.

Der Autor sieht sich im „Transit dahin“ und braucht diese „Ahnung als Lebenselixier“. Als Journalist, nunmehr auch wieder als politischer Liedermacher und Sänger, hat er sich erneut und weiterhin den sozialistischen Grundwerten verschrieben. „Die untote DDR“,

„Ankunft im Transit“, „Giftgrüner Alarm“ lehren Zeugnis davon ab. Sie deutlicher herauszuarbeiten, versucht er in der treffenden Auseinandersetzung mit den Pseudowerten der Goebbels-inspirierten Mission des Weißen Hauses und seiner begründeten, „links-liberalen“ willfährigen Follower in der Bundesrepublik und Westeuropa. Die Aufsätze über „Mandelas Erbe“, „Rußlands Helden“, aber auch die „Regime-Change-Factory CIA“, den „Verklärten John McCain“ und „Bidens Scherben“ machen dies plastisch und stellen zugleich den geschichtlichen Bogen des Kampfes um menschenwürdige Werte in die aktuelle Gegenwart her.

Das Ringen darum ist dem Autor besonderes Anliegen, argumens einer unter dem Cover der „Mission“ kriegführenden deutschen Ampel sowie einer über weite Strecken irrlichternden deutschen Linken und wiedererstarkenden deutschen Rechten. Werte, Ideale und Ziele müssen wieder deutlich ausgesprochen, aber auch gedacht werden.

Wer gegen Ausbeutung und Unterdrückung ist, muß deren Verursacher benennen (können), um wirksam und zielgerichtet für soziale Gerechtigkeit zu kämpfen!

Wer für Frieden in Europa und der Welt eintritt, muß klar erkennen, daß es die USA sind, die einen langjährigen wirtschaftlichen soeben in einen militärischen Krieg gegen Rußland überführt sowie einen globalen Wirtschaftskrieg gegen China begonnen haben!

Sollten die Gerechten ihr Selbst wieder oder gar neu erfinden wollen und nicht als Kretins der Geschichte vergehen, so empfehle ich ihnen HK's aufrüttelnde, mobilisierende Kernbotschaft: „Wir müssen wieder über Werte nachdenken und reden!“, um kämpfen zu können.

**Jochen Willerding**  
Rangsdorf

## Das Jahr will gehen

Das Jahr war wie unser Leben  
man schleppt was ins Haus  
man bringt was raus  
das Jahr trägt meine Spur  
nicht ganz, nicht nur  
Nicht alles war im Frühling blühend  
nicht alles in der Liebe glühend  
nicht alles war im Herbst voll Saft  
und kugelrund  
Das Jahr will gehn und legt uns  
seine Lieder in den Mund  
Geh doch, altes gelebtes Jahr  
aber gib uns noch ein Fest  
auf dem es sich Abschied nehmen läßt

Das Jahr ist fast abgelaufen und wir haben also wieder eins überlebt.  
Die Kraft dazu kam aus Nähe und Auflehnung.  
Die Widerständigkeit wächst.  
Wir haben uns immer noch Illusionen gemacht. Wie die Ehefrau eines gewalttätigen Säufers.

Wir haben gedacht, wenn sie uns genügend geschröpft haben, werden sie merken, daß man nicht mit zehn Händen in zwei Taschen greifen kann; unsere Kaufkraft wird ihnen fehlen, sie werden sie stärken wollen und sich besinnen, wenn, falls wir uns manchmal verweigern, beim Sparen.

Wir sind nicht abgeklärt, und ich will auch nicht sagen: Naja, noch nicht genug. Wird schon noch. Nein, wird nicht! Die Familie kommt nicht zur Ruhe. Einen unter ihnen hat die Angst vor der Zukunft immer in den Krallen. Einem muß immer geholfen werden. Noch übernehme ich die Wertung unseres gelebten Lebens als falsch oder vergeblich nicht.

Meine Urenkel werden wie von der Steinzeit reden, wenn sie denn unseren Versuch nicht schon in die historischen Irrtümer eingereicht haben.

Ich sehe schwankende oder schlafwandeln-de Bürger; vor deren Entscheidung auf dem Wahlzettel bin ich ratlos, mich schämend,

daß ich selber eine Weile hin- und hergedacht habe. Als wäre unter den entstandenen, umkämpften Umständen eine Art Lebensplanung einfach zu beeinflussen.

Wir sind, ein jedes, auf uns selber zurückgeworfen und müssen werten, was wir gelebt haben.

Und die gerade Siegenden? Sie sollten aufhören, unsere ererbten, ehrlich erworbenen oder sogar selber geschaffenen Landschaften, Verbindlichkeiten, Lebenslehren und Kunstwerke gering zu schätzen, oder hoch erfreut abzuräumen. Für vieles kommt Aufpassen zu spät.

Ich traue unserer Wiederbelebung, unserer „Traute“, immer noch mehr zu als Hinnehmen, als vielleicht einzelne Reue über den eigenen Anteil an den letzten fünfzig Jahren, der erlebten Weltpolitik.

Aber noch leben wir – und also ist alles Anfang.

Gut so!

**Gisela Steineckert**



### Verstellungskünstler am Werk

In den führenden kapitalistischen Staaten des Westens ist man, um Einfluß und Vorteilsnahme zu sichern, geübt im Taktieren. So sortiert man Länder und Staaten absichtsvoll nach Freund, Feind und solchen, die sich offiziell noch für keine der Seiten entschieden haben oder sich diskret zurückhalten. Genau dort wird angesetzt, um bestehende Zweifel oder Zurückhaltung durch große Versprechungen im eigenen Interesse zu beeinflussen.

Von der Leyen war vor einiger Zeit in Bosnien-Herzegowina. Es kostete mich Überwindung, ihren schleimigen Auftritt zu verfolgen. Große, weite Tore würde die Europäische Union dem Land, allen Balkanländern bei einem Beitritt zur „Familie“ öffnen. Die EU, in der, wie wir wissen, Milch und Honig fließen, Menschenrechte und Demokratie an oberster Stelle stehen, ist sozusagen der Garant für Frieden und Wohlstand. Und so konnte von der Leyen nicht genug die „westlichen Werte“, die nach Brüssels Verständnis alle mögen sollen, die noch nicht dem Westen auf den Leim gegangen sind, in den Himmel heben. Ähnliche Dummheiten gab auch die deutsche Außenministerin in Kasachstan und Usbekistan von sich. Die gesamte Verlogenheit wird ohne Scham aufgeboten, alle möglichen Versprechungen werden gemacht, um Unentschlossene an die Kandare zu kriegen.

Diese, mit einem abstoßenden Sendungsbewußtsein ausgestatteten, politischen Hofschranzen können es einfach nicht lassen, anderen Ländern und Völkern Vorschriften zu machen. Alle Großreiche in der Geschichte haben sich, nachdem sie ihren Zenit erreicht hatten, mehr oder weniger sang- und klanglos verabschiedet. Warum sollte dies nun für die kapitalistische regelbasierte Ordnung westlicher Prägung nicht gelten? Nichts ist von Dauer, auch Staaten-, Verteidigungs- oder Kriegsbündnisse nicht. Ich habe mich schon immer gefragt, worin diese „westlichen Werte“ denn bestehen sollen. Friedenserhaltung kann's nicht sein, denn dann brauchte es keine aggressive, sich weltweit ausdehnende NATO. Demokratie auch nicht, sie geht hier gerade den Bach runter. Um Freiheit kann's auch nicht gehen. Frei ist nur, wer auch frei von Ausbeutung und Armut ist. Das ist die Masse in den westlichen Ländern nun mal nicht. Menschenrechte? Erstes Menschenrecht ist Frieden. Wie es der Westen damit hält, wird uns in diesen Tagen und Wochen sehr plastisch vorgeführt. Solidarität? Mit wem ist doch die Frage. Die Herrschenden mißbrauchen sie und lenken damit von ihren eigenen existentiellen Problemen ab. Aus Washington, London, Berlin,

Brüssel hört man nur scharfmacherische Reden. Es geht gegen China, Rußland, Iran, Syrien, gegen alle, die sich nicht bevormunden lassen wollen. Die US-Generalität spricht von einem unausweichlichen Krieg gegen China. Die Politikerkaste der EU begreift nicht annähernd, in welche katastrophalen Abhängigkeiten sie sich freiwillig begeben hat. Es sind nicht Rußland und China, die der Europäischen Union den Strick bereits um den Hals gelegt hätten. Die wirkliche Abhängigkeit kommt von Übersee, über die man hierzulande das Tuch des Schweigens hüllt. Welch ein politisches Kaspertheater, das den Menschen vorgeführt wird.

**Reiner Neubert, Berlin**

Der UNO-Generalsekretär Antonio Guterres betonte in seiner Rede zur Eröffnung der Weltklimakonferenz im ägyptischen Kairo, daß die Situation beim Klimawandel nicht mehr nur fünf Minuten vor 12 Uhr wäre. Er machte damit sehr deutlich, daß die Zeit für die Existenz der Menschheit auf dieser Welt unerbittlich abläuft, wenn nicht Entscheidendes passiert. Alles, was bisher geschah, waren oftmals leere Versprechungen. In diese Entwicklung reiht sich leider auch der Wumms-Kanzler ein, wenn er 170 Millionen Euro für einen Schutzschirm zur Abfederung von Klimarisiken in Aussicht stellt. Ein Regierungschef, der nur mal so eben 100 Milliarden Euro für die Rüstung aus dem Ärmel schütteln kann, also rund das Sechshundertfache, was er für die Rettung der Umwelt ausgeben will, hat mit Sicherheit die Zeichen der Zeit nicht verstanden. Dabei sollte auch ihm klar sein, die größten Klimakiller sind Krieg und Rüstung und wer dazu am meisten beiträgt, sind die USA. Mit ihren über 1000 Militärstützpunkten auf der Welt bedrohen sie nicht nur den Frieden am meisten, sie sind damit auch der größte Verbraucher von fossilen Rohstoffen. Wenn Scholz die Zeichen der Zeit verstanden haben will, müßte er auch einen „Freund“ zur Umkehr auffordern. Aber Deutschland macht genau das Gegenteil. Wir kaufen jetzt das wesentlich teurere und umweltschädlichere Frackinggas aus den USA und füllen damit die Kriegskasse der Amerikaner. Daß wir dabei sind, unsere eigene Wirtschaft zu ruinieren, wird als Kolateralschaden abgetan.

Im Sinne unseres gemeinsamen Überlebens ist die Umsetzung der Forderung „Schwerter zu Pflugscharen!“ unumgänglich.

**Ralf Kaestner, Bützow**

### Steinmeier appelliert an Widerstandsgeist

Verblüffend, wie sich ein Bundespräsident freundlich lächelnd vor einer Schar von Claqueuren präsentiert und von einer tiefen Krise spricht, die sie allesamt selbst sehenden Auges provoziert haben.

Der Sozialdemokrat Steinmeier, der mitverantwortlich für die Hartz-Gesetze zeichnet – ein unfähiger Diplomat von Kiew und damit auch ein Wegbereiter der unseligen Ereignisse auf dem Maidan mit hunderten von Toten und völlig kraftloser Politiker bei der Umsetzung des Minsker Abkommens war – verlangt jetzt von Bürgerinnen und Bürgern Verzicht und hehre Einschränkungen. Wie so oft in der Geschichte, das Volk soll die Suppe auslöffeln, die die Oberen ihnen aus ihren Machtansprüchen heraus sowie verbunden mit diplomatischer Unfähigkeit eingebrockt haben. Die Rede bietet keinen Lösungsansatz zur Über-

windung der Ursachen für die existenz- und lebensbedrohende Situation in Europa. Ein Präsident, der notwendige Verhandlungen zur Überwindung der Krise explizit aus ideologischen und parteipolitischen Gründen ausschließt, ist fehl am Platze. Im Wissen um die prekäre Lage von Millionen Menschen in Deutschland erwartet er weiteres Verständnis für gravierende soziale Einschnitte und eine tiefe Spaltung der Gesellschaft. Unbegreiflich, dass ein Bundespräsident politische Widersprüche konstatiert und Konsequenzen, die sich möglicherweise daraus ergeben, ideen- und kraftlos akzeptiert. Seine Einsicht über Gegenwind impliziert nachgerade die Erkenntnis: es wird Sturm folgen und dann stehen Deutschland sowie Europa vielleicht im atomaren Regen. Einer solchen an Blindheit und Fatalismus grenzenden Politik muss Einhalt geboten werden.

Den Regierenden seien Bismarck, Rathenau und Brandt mit ihrem Wissen und Erkenntnissen für die friedfertige Gestaltung der Beziehungen zu Rußland und Europa dringend empfohlen. Der gegenwärtige alleinige Fokus auf die Ukraine verstellt einen realistischen Blick sowie tragfähige Lösungsansätze für die politischen Erfordernisse.

In einem kann man Steinmeier zustimmen, seinem Appell an die Entfaltung des Widerstandsgeistes für sofortige und ernsthafte Verhandlungsbemühungen ohne Vorbedingungen zur Beendigung des Krieges in der Ukraine.

**Raimon Brete, Matthias Schwander, Dietmar Lehmann, Chemnitz**

### Grün wird braun

Wenn Grün verwelkt, wird es braun. Nur eine immer wiederkehrende Naturerscheinung?

Nein! Seitdem sich politische Parteien ihren Namen mit der Naturfarbe „Grün“ schmücken, bleibt auch ihnen dieser natürliche Prozeß nicht erspart. Daran ändert auch nichts, wenn ihnen bei Wahlen kurzzeitig frischer Saft aus den Wurzeln hochsteigt. Das Verwelkungs- und Verwesungsschicksal von Naturgrün bleibt auch bei seiner Übertragung auf die Namen politischer Parteien wie Bündnis 90/Die Grünen erhalten.

Verwelktes und verwesenes Naturgrün wird zumeist auf Mülldeponien entsorgt. Das sollte auch mit den „grünen“ Parteien geschehen, wenn sie braun geworden sind.

Ist aber die deutsche Ampelregierung die dafür geeignete Mülldeponie? Das wäre mal eine „Umfrage“ wert.

**Manfred Wild, Berlin**

### Teuer Satellit der USA

Im April besuchte Englands Premier den ukrainischen Präsidenten und sabotierte ein unterschrittreifes Friedensabkommen zwischen Rußland und der Ukraine. Deutschland sanktioniert Rußland kräftig mit. Das beendet zwar nicht den Krieg, aber schadet uns enorm. Russisches Öl und Gas als bezahlbare Alternative haben wir für dreckiges teures LNG und Öl aus den USA sowie anderen Ländern eingetauscht. Deutschland erweist sich als treuer Satellit der USA in Europa. Das Resultat: Die Teuerungsrate übersteigt 10 %, die höchste seit 1951. Der Preisdeckel für Strom und Gas ändert wenig an höheren Kosten für Bevölkerung und Wirtschaft. So kostet der Strom 48 C je KWh, es waren 31,89 C. 80 % des Verbrauches soll auf 40 C je KWh gedeckelt werden. Besonders

betroffen sind die 24 % der von Armut bedrohten Bevölkerung, darunter zwei Millionen Bedürftige, die von Tafeln versorgt werden. Andererseits machen Rüstungs-, Mineralöl-, Energie-, Pharmakonzerne u.a. höchste Gewinne. Von einer Übergewinnsteuer sieht unsere Regierung kulant ab. Deutschland unterhält engste Beziehungen zu den USA, die in Europa den Ton angeben. Dabei stört nicht, daß die USA seit 1991 über 251 Mal weltweit militärisch intervenierten. Aus Aserbaidschan, das Kriege gegen Armenien führt, beziehen wir Öl. Aus den VAE Flüssiggas, die am Jemenkrieg (mehr als 320 000 Tote) teilhaben. Aus Katar (Arbeitsklaven) LNG. Zur Türkei pflegt die BRD enge Beziehungen, obwohl sie Krieg gegen die Kurden führt. Da gibt es keinerlei Sanktionen. Die vorgesehene Erweiterung des Kanzleramtes für 777 Millionen Euro, wenn nicht teurer, ist genau so wenig zum Wohle des deutschen Volkes, wie 100 Milliarden Euro Sondervermögen für die Bundeswehr oder ein überdimensionaler Bundestag, der jährlich 1 Milliarde Euro kostet.

**Wilfried Schubert, Güstrow**

#### Deutscher Schlüsselindustrie geht es gut

Untergangsszenarien erreichen uns derzeit rund um die Uhr. Ganz nebenbei ist zu erfahren, Flaggsschiffen deutscher Wirtschaft, wozu die Autoindustrie gehört, geht es gut bis bestens. Den Energiekonzernen ebenfalls, die gerade uneigennützig dabei sind, uns den Winter angenehm und bezahlbar zu machen. Oder meinen unsere Politiker etwas anderes?

Porsche-Luxusautos seien mit gesteigerten Gewinnen in der Krise unterwegs. Beeindruckende Ergebnisse an Wachstum in Prozent und Milliarden wurden vor kurzem verkündet. Beschäftigte dürfen wieder auf kräftige Boni hoffen. Also was soll alles Gejammer? Die deutsche Schlüsselindustrie hat keinen Grund zur Klage, den deutschen Autos, ihren Lenkern und Besitzern geht es weiter gut. Die Ankündigung mit dem Ausstieg aus Benzinern muß keiner richtig ernstnehmen. Kohle oder Atom zeigen, wie es geht, und alles bleibt beim Alten. Worüber Sorgen machen? 12 bis 15 Jahre auf ein Auto warten, wie in der DDR, wird keiner wieder erleben müssen. Wenn Verstand und Vernunft ausreichen von vorderer bis hinterer Stoßstange, hat man nichts zu befürchten. Nur immer schön Gas geben und die freie Welt gehört uns. Nebenbei: Porsche hat Erfahrungen mit Panzermotoren – falls das mal wieder gebraucht wird. Der Weg durch Rußland und China ist weit ohne Austauschmotor.

**Roland Winkler, Aue**

Die November-Ausgabe des „RotFuchs“ ist wieder gelungen. Hilfreich ist, daß er eine gute Übersicht über die Lage in der Welt verschafft. Zu Beginn des Krieges in der Ukraine gab es in den bürgerlichen Medien ja noch für einige Tage eine internationale Berichterstattung. Damals habe ich mich über die Situation in den russischen Gebieten von Lugansk und Umgebung informieren können. Nun sind nur noch Kriegspropaganda und Lobhudelei für alles Ukrainische geblieben. Alles Nichtukrainische ist praktisch verboten.

Ich finde es auch gut, daß über China berichtet wird, so, daß man sich ein vernünftiges Bild machen kann. Schließlich ist China eine 4000 Jahre alte Kultur und wird jetzt ins Fadenkreuz der Amerikaner genommen. Wichtig ist zu verstehen, daß Biden ein US-amerikanischer Präsident ist,

der die Weltmachtbestrebungen seines Landes vertritt und in gar keinem Falle ein „guter Freund“ der Deutschen ist

**Wolfgang Pingel, Greifswald**

#### „RotFuchs“ gibt Antworten

Nach der morgendlichen Lektüre des „Rotfuchs“, auch immer wieder älterer Ausgaben, wird mir immer bewußter, wie wir mit unserer vor Jahren geäußerten Meinung recht behielten. Als ich vor 30 Jahren im Kollegenkreis äußerte, der Arbeitslose von heute ist der Leibeigene von morgen, ahnte ich nicht, daß ich das selbst noch erleben würde. Auf den seit Jahren geäußerten Hinweis, Deutschland arbeitet auf einen Krieg zu, bekam ich als Antwort: „Das trauen die sich nicht.“ Die schnelle Abfolge zweier Weltkriege wurde als Argument nicht anerkannt. Meine Hochachtung gilt daher allen, die nicht verzweifeln und allen Widerständen zum Trotz durchhalten. Allen voran Sarah Wagenknecht, die es trotz aller offensichtlich ignoranten und bildungsfernen Anfeindungen schafft, aktiv und vor allem linientreu zu bleiben. Schon Theophrastus von Hohenheim äußerte sinngemäß: „Der Mensch ist in der Lage, alle Widrigkeiten zu meistern, aber er zerbricht an Geist und Seele an der Dummheit.“ Als Beispiel seien die Wahlplakate der Grünen in Erinnerung gerufen: „Keine Waffen in Kriegsgebiete“, „Intakte Umwelt“ ... An den Bruch der Wahlversprechen ist man hierzulande gewöhnt. Überraschend für mich war dieses Mal jedoch, wie schnell man sie ad acta legte. Inzwischen frage ich mich, war der ganze Wahlkampf ein geschickt eingefädelter Coup? Wie wir uns erinnern, wurde unsere Annalena nicht müde, alles dafür zu tun, die Wähler davon abzuhalten, sie zur Kanzlerin zu machen. Welchen Schaden hätte sie als solche eigentlich anrichten können? Nun gut, auch als Außenministerin sind ihr ungeahnte Möglichkeiten gegeben, die BRD zu Schanden zu reiten. Sei zum Schluß ein anderer deutscher Diplomat, der wußte, wovon er sprach, zitiert: „Jeder kehre vor seiner Tür und die Welt ist sauber.“ (Goethe).

**Andreas Schlicke, Leipzig**

#### Die richtige Orientierung

Schon seit langem ist mir die unausgewogene Berichterstattung der Massenmedien in bezug auf den Konflikt mit der Ukraine suspekt, denn ich habe die Geschichte dieser Konfrontation sehr bewußt miterlebt. Doch wie alles um uns herum wird gelogen, daß sich die Balken biegen! Doch der „RotFuchs“ hilft mir, tiefer in die Gefilde der Manipulation der Herrschenden einzudringen. Dafür bin ich sehr dankbar! Mit Eurer Hilfe und den tiefen Einblicken, die mir die „junge Welt“ gewährt, glaube ich, im Kampf um die Hoheit in den Köpfen an Profil gewonnen zu haben. Das erfüllt mich mit neuem Lebensmut.

**Stefan Clauberg, E-Mail**

Der Zuschrift von Eberhard Herr aus Herzberg im Oktober-„RotFuchs“ schließe ich mich voll an. Ein Dankeschön an Oberst a.D. Giese, an Oberst a.D. Biedermann und an Dr. Lothar Schröter.

**Hannelore Baumgarten, Berlin**

#### Ungleiche Sachverhalte

In der Grafik auf der letzten Seite des Oktober-RF „Kauft nicht bei Juden 1933 – Kauft nicht bei Russen 2022“ werden zwei Sachverhalte miteinander in Beziehung gesetzt und verglichen,

die nicht zusammenpassen. Mit ihrem Boykott führen die USA einen Wirtschaftskrieg gegen die Russische Föderation, die ihnen im Wege steht, und gegen die Wirtschaftskraft des verbündeten Konkurrenten Deutschland samt der EU. Daß die EU dabei mitmacht und sich selbst erdolcht, zeigt, wer das Sagen hat. Dies wie auch die anderen staatlichen Boykotte im Kampf um die Öl- und Gas-Ressourcen spielen sich in globalen Zusammenhängen und Größenordnungen ab, die mit Parolen wie „Kauft nicht bei Russen“ nichts zu tun haben. Der springende Punkt aber ist: Das Konstrukt einer solchen Parole gleichzustellen mit der rassistischen Hetze im Deutschland der 30er Jahre, die von den Bürgern fordert, jüdische Geschäfte zu boykottieren, sollte dem RF nicht passieren.

Oft wird übersehen, daß nicht einmal die offiziöse Ideologie des Nazi-Faschismus prinzipiell anti-russisch gewesen ist, dort wurden vorsorglich die eigentlichen Russen, mit denen wir Deutsche gut auskommen, unterschieden von denen, die mit dem Jahr 1917 als Bolschewisten zu Untermenschen mutierten – womit der tatsächlich gemeinte Gegner benannt war.

**Dr. Wolf-Dieter Gudopp v. Behm, Frankfurt/M**

#### Grundlagenwissen der Klassiker unerlässlich

Uli Jeschke lieferte im RF Nr. 298 eine sehr zutreffende Analyse des Niedergangs der PDL. Nur das „Quo vadis?“ sehe ich anders.

Zunehmend treten junge Menschen in die Partei ein, denen es egal ist, für wen sie sich engagieren. So kandidierten z.B. im Wahlkampf 2019 für den Stadtrat und Kreistag Alexander Heiser und Carolin Roth. Für beide war die Frage nach der Partei letztlich zweitrangig, wie die nzz seinerzeit berichtete.

Gerade deshalb ist es verheerend, daß die PDL, angefangen vom Kreisverband („Rotlichtbestrahlungen wie zu DDR-Zeiten brauchen wir nicht“) bis hin zum Parteivorstand, diesbezügliche Schulungen, die ich mehrfach anmahnte, ablehnte. Es wurde zwar geschult, aber nicht wie z.B. von der DKP zu Klassikerwissen, sondern wie man sich im parlamentarischen Betrieb verhalten sollte. Die an Jahren alten Parteimitglieder werden immer weniger und die Jungen wissen nichts vom Staat als Machtinstrument der herrschenden Klasse. Es war für mich lange nicht nachzuvollziehen, daß die PDL nichts dafür tat, die Klasse der Lohnabhängigen mit theoretischem Grundwissen der Klassiker für die Herausbildung ihres Klassenbewußtseins vertraut zu machen. Mitglieder der Partei selbst, vor allem die unter 40jährigen, verfügen in ihrer Mehrheit über kein marxistisch-leninistisches Grundlagenwissen. Vom Doppelcharakter der Ware, dem Mehrwertgesetz, der historischen Mission der Arbeiterklasse u. a. haben sie bestimmt noch nichts oder nicht viel gehört. Aber, auch das wissen wir, Klarheit im Handeln setzt Klarheit im Denken voraus. Inzwischen ist für mich ganz klar: Die Hauptamtlichen und die, welche vom Parteiapparat, den Landtagen und dem Bundestag ihr Gehalt bekommen, wollen keine Veränderung. Sie wollen, daß alles so bleibt, damit sie ihre Pfründe nicht verlieren.

Ich bin der Meinung, daß die PDL von Reformern und Opportunisten dominiert wird, die eine Rückbesinnung auf den Marxismus/Leninismus verhindern werden.

Aus meiner Sicht ist daher die Gründung einer neuen Partei erforderlich, die unsere Klassiker nicht nur im Namen führt, sondern deren Erkenntnisse und Lehren Programm sind.

**Wolfgang Reinhardt, Nordhausen**

#### Die Linke, ein Schatten ihrer selbst

Wenn ich mir das Verhalten einiger Genossinnen und Genossen in der PDL ansehe, wird mir angst und bange um die Linke! Wer Tacheles redet und sich nicht „staatskonform“ äußert, wird sogleich in die Nähe von AfD gebracht, ungeachtet dessen, ob da überhaupt ein Zusammenhang besteht. Natürlich folgt dann auch gleich die „Empfehlung“, besser heute als morgen die Partei zu verlassen. Der Glaube, eine rein systemtreue Linke würde dieses kapitalistische System „humanisieren“ können, ist ein Irrglaube. Eine Linke, die am Ende nur ein Abklatsch der SPD und der Grünen ist, wird nicht gebraucht und stärkt nur rechte Parteien wie die AfD und Co!

Was in der PDL gegenwärtig passiert, sieht nach einem Untergangsszenario aus, das diese Partei endgültig an den Rand ihrer Existenz bringen kann. Ich werde das Gefühl nicht los, daß dieses alles systemgesteuert ist.

**René Osselmann, Magdeburg**

#### Erinnerung an Fjodor

Am 1. November 1941 verstarb in Zschopau der aus der Ukraine stammende Angehörige der Sowjetarmee Fjodor Schuleschkow. Er wurde in der Schlacht bei Minsk im Juli 1941 von der Wehrmacht gefangen genommen und zur Zwangsarbeit in das Kriegsgefangenenlager Hartmannsdorf gebracht. Dieses überstellte ihn in die „Stein Granitwerke J. Dorfner“ nach Rochlitz zur Arbeit im Steinbruch. Er unterlag den mörderischen Arbeitsbedingungen und wurde wie üblich in das hiesige sogenannte Lazarettlager im „Scheunenviertel“ gebracht. Er, der Arbeiter aus dem ukrainischen Ort Burkojeka, wurde nur 26 Jahre alt. Er war unverheiratet. Ob sein Vater Sergej jemals Nachricht vom Tod seines Sohnes in Zschopau erhalten hat, ist nicht bekannt.

Nach Schuleschkow starben noch 29 Zwangsarbeiter aus Rußland, der Ukraine, aus Weißrußland und aus Tatarstan an Schikane, Hunger und Krankheit. Man begrub sie notdürftig zunächst in der Südecke des Zschopauer Friedhofs. Die Mehrheit der sterblichen Überreste der Toten wurden 1947 auf den Soldatenfriedhof Reichenhain/Chemnitz umgebettet. Von weiteren sechs Opfern fehlt jede Spur. Vielleicht liegen ihre Gebeine noch in der Friedhofserde in Zschopau. An die Vergangenheit dieses Sterbelagers erinnert leider nichts mehr. Ein angemessenes Denkmal für die Toten wäre eine pietätvolle Pflicht der Lebenden. Ob sich ein Interessentenkreis in der Kommune mit dieser Absicht durchsetzen kann, ist unter heutigen politischen Bedingungen sehr fraglich.

**Norbert Staffa, Großobersdorf**

#### Begriffsverwirrung

Als arbeitsloser Sozialleistungs-Empfänger (und auch als immer mal wieder als prekär Beschäftigter) war und bin ich zumindest innerhalb des reichen deutschen Landes einer von den Armen – und ganz im Sinne der Identitätspolitik möchte ich in diesem Punkt darauf hinwirken, daß zwei irreführenden Begriffe dieses ausbeuterischen kapitalistischen Systems nicht mehr verwendet

werden sollten: „Arbeitgeber“ und „Arbeitnehmer“. Dahinter steht ja das Konzept, daß ein Betrieb bzw. dessen Eigner so nett ist, mir eine „Arbeit“ zu „geben“, die ich dann „nehmen“ darf und soll, um so mein Dasein zu fristen; dabei ist es nicht erst seit Marx sonnenklar, daß die kleinen Angestellten ihre Arbeitskraft hergeben, welche dann von den Bossen unzureichend vergütet und deren Mehrwert von ihnen abgeschöpft und genossen wird. Der heutige Gebrauch verschleiert dieses Mißverhältnis nicht nur, sondern kehrt es geradezu um. Ich plädiere also dafür, dieses untaugliche Begriffspaar (da es bei einfacher Umkehrung der Bedeutung nur Verwirrung geben könnte) nicht mehr zu verwenden und statt dessen von Konzernen, Betrieben, Chefs oder Bossen einerseits und Angestellten, Arbeitern, Jobbern oder Ausgebeuteten andererseits zu sprechen.

**Thomas Movtchaniouk, Düsseldorf**

#### Der Unterschied zwischen gestern und heute

Die Leserschrift von Lisa Däne „Die Möve“ im Oktober-RF inspiriert mich zu einem eigenen Beitrag.

1989 wohnte ich in Ettersburg, einem Dorf bei Weimar. Wir waren als Kommunisten im Ort aktiv. Wir hatten uns das Ziel gesetzt, den Zustand der Straßen im Ort so zu verbessern, daß man „trockenen Fußes“ bei jedem Wetter z. B. in die Kneipe gelangen konnte oder der Schneeflug überall hinkam. Das überstieg jedoch alles, was beim republikweiten Wettbewerb „Schöner unsere Städte und Gemeinden – mach mit“ üblich und möglich war.

Wir wurden belächelt oder auch ausgelacht. Aber wir waren gut vernetzt, würde man heute sagen. Also schlossen wir einen Patenschaftsvertrag mit einem Straßenbaubetrieb, der uns die fachliche Beratung und Technik zur Verfügung stellte und wir die Arbeitskräfte. Auch das Geld haben wir auf wundersame Weise aufgebracht. Kurz und gut, wir haben die Straßen und Bürgersteige im Ort erneuert, es wurde eine Volksbewegung, gerade im Herbst 89, als die Konterrevolution sich daran machte, die DDR zu beseitigen. In Ettersburg interessierte das die wenigsten, denn nach 16 Uhr ging man „auf den Bau“ und nicht zur Demonstration. Mit einem Wort, wir haben es geschafft und sahen den ersten „freien Wahlen“ gelassen entgegen, denn wir hatten etwas vorzuweisen.

Aber es kam anders. Die CDU, die vorher in der Volksvertretung kaum in Erscheinung getreten war, nominierte eine allseits beliebte Gemeindegewerkschafterin als Spitzenkandidatin. Die CDU gewann die Wahl. Diesen Deal soll die evangelische Theologin Christine Lieberknecht aus Ramsau eingefädelt haben, wie die Alten sich erinnern. Sie speulierte auf die Stimmen der 120 Bewohner des Altersheims. Wer diese bekommt, gewinnt die Wahl.

In Ettersburg gab es damals ein neues Heim, das sehr populär war, weil die monatlichen Pflegekosten moderat waren (150 M). Nach den Rentenzahlungen standen die Autos in Zweierreihen auf der Straße, weil selbst von der „DDR-Hungerrente“, wie die Westmedien sie nannte, noch soviel übrig blieb, daß sich ein Besuch von Opa und Oma lohnte. Heute ist die Straße leer, weil die Jungen für die Alten zahlen müssen und der aktuellen Preisentwicklung hilflos ausgeliefert sind. Aber das wußte zu jener Zeit noch niemand und die zukünftigen Herren

vermieden es, darauf aufmerksam zu machen. „Freiheit und Demokratie“ haben inzwischen die Solidarität mit den Schwachen erwürgt. Heute vertritt der aus dem Westen importierte Bodo Ramelow als Ministerpräsident von Thüringen die „Menschenrechte“, für den die DDR ein „Unrechtsstaat“ war, obwohl er sie gar nicht kannte. Aber die Konzerne haben sich etabliert und einen neuen Markt erobert, der längst über frühere DDR-Grenzen hinausgeht.

In Ettersburg wurde damals ein blasser Bürgermeister gewählt, einer, den vorher niemand so richtig auf dem Zettel hatte, weil er in der „inneren Emigration“ war, wie so viele, meist kirchlich geprägte Menschenrechtsfreunde, wie Eppelmann, Gauck, Eggert, de Maiziere u. v. a., die nach der Rückwende an die Macht kamen. Frau Lieberknecht wurde später für gezeigte Leistungen als Ministerpräsidentin von Thüringen installiert. Der Wendehals in Ettersburg trat nach Ende der Amtszeit nicht wieder an und Lothar Geis, ehemaliger Angehöriger der Staatssicherheit der DDR, wurde als Bürgermeister wiedergewählt, der er vor der „Kehre“ schon einmal war.

**Peter Pöschmann, Döbeln**

#### „Chinesische Linie“ in der DDR

Mir fällt in letzter Zeit auf, daß unsere DDR-Geschichte zunehmend ins Abseits gerät. Ein Beispiel: Wir in der NVA nannten es „Chinesische Linie“. Während des V. Parteitages der SED 1958 sprach Walter Ulbricht davon, daß „jeder Partei- und Staatsfunktionär verpflichtet (wird), eine bestimmte Zeit im Jahr Arbeit an der Basis zu leisten (im Produktionsbetrieb, in der Landwirtschaft, im Schulwesen oder zum Beispiel in der Planabteilung des Kreises oder in der HO des Ortes). Das wird zu einer schnellen Verbesserung der Arbeit an der Basis führen, und die Genossen werden vieles lernen und dabei auch die formal-bürokratische Arbeitsweise überwinden.“ (Protokoll der Verhandlungen des V. Parteitages der SED 10. bis 16. Juli 1958, 1. bis 5. Verhandlungstag, Dietz Verlag Berlin 1959, Seite 204)

Als Absolvent einer Offiziersschule der Kasernierten Volkspolizei, der späteren Nationalen Volksarmee, wurde ich nach Ernennung zum Offizier unter Fortdauer meiner Dienstzeit ein komplettes Jahr in die sozialistische Produktion geschickt. Im Dreischichtsystem arbeitete ich als Packer und Gußbohrer in einem Großbetrieb in Berlin-Treptow. Meine höchste Auszeichnung nach Diskussion in der Brigade war „Aktivist des Fünfjahresplanes“.

Vom Politbüro war beschlossen worden, „daß alle Offiziere der Nationalen Volksarmee, die noch keine Produktionsarbeit geleistet haben, weil sie von der Schule direkt als Offizierschüler in die Volksarmee eintraten, eine bestimmte Zeit für die Arbeit im Produktionsbetrieb freigestellt werden.“ (Aus dem Referat Walter Ulbrichts auf der 4. Tagung des ZK der SED, 17.1.1949 „Der neue Arbeitsstil“)

Am 3. Oktober 1959 erschien die Direktive des Ministers für Nationale Verteidigung Nr. 6/58 „Freistellung von Angehörigen der Nationalen Volksarmee zur Erlangung von Produktionserfahrungen in der sozialistischen Industrie sowie der sozialistischen Land- und Fortwirtschaft“.

**Dr. Klaus Emmerich, Edertal**



## Januar 2023

### ■ Regionalgruppe Strausberg

Am 12. Januar um 15 Uhr spricht Joachim Zappe zum Thema: **Die geopolitische und geostrategische Bedeutung von Erdöl und Erdgas im Verlaufe der Geschichte**

**Ort:** Mehrgenerationenhaus Strausberg (Plauderstübchen), Wirtschaftsweg 70, 15344 Strausberg

### „RotFuchs“ abonnieren einfach gemacht

Für den Bezug des RF als Printausgabe genügt ein Anruf bei

*Rainer Bär:*

030-98 39 98 30

*Wolfgang Dockhorn:*

030-241 26 73

oder die formlose Bestellung per

*E-Mail: [vertrieb@rotfuchs.net](mailto:vertrieb@rotfuchs.net)*

### Liebe Leserinnen und Leser,

das zu Ende gehende Jahr ist uns Anlaß, Euch zu danken für die Treue, die Ihr dem „RotFuchs“ bis heute gehalten habt, Dank für Euren Zuspruch und Eure Unterstützung, besonders bei der Weiterverbreitung unserer Zeitschrift.

**Zu den Feiertagen wünschen wir Euch Ruhe und Entspannung. Wir alle brauchen sie in einer Zeit der Kriegstreiberei und staatlich verordneter Volksverarmung.**

Wir wünschen Euch maximale Gesundheit, Kraft und Mut, damit uns das 25jährige Jubiläumsjahr des „RotFuchs“ 2023 geschlossen und zuversichtlich sieht.

**Redaktion und Vorstand**

## IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

### Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e.V.  
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

### Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),  
Bruni Steiniger

### Anschrift:

Redaktion „RotFuchs“  
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin  
Tel. 0160-238 30 85  
E-Mail: [rotfuchskessel@t-online.de](mailto:rotfuchskessel@t-online.de)

**Layout:** Rüdiger Serinek

**Herstellung:** Druckerei Gottschalk

**Internet:** [www.rotfuchs.net](http://www.rotfuchs.net)

**Redaktionsschluß für die übernächste Ausgabe ist der 28. eines Monats.**

ISSN (Print) 2628-7900

ISSN (Online) 2628-7897

### Autorenkreis:

Joachim Augustin  
Dr. Martin Baraki  
Prof. Dr. Götz Dieckmann  
Prof. Dr. Achim Dippe  
Ralph Dobrawa  
Dr. Peter Elz  
Peter Franz  
Dr. sc. Gerhard Giese  
Bernd Gutte  
Georges Hallermayer  
Helmuth Hellge  
Wolfgang Herrmann (Dreesch)  
Dr. Ralf Hohmann  
Lutz Jahoda

Rico Jalowitzki  
Uli Jeschke  
Dr. Hans-Jürgen Joseph  
Dr. Kurt Laser  
Prof. Dr. Anton Latzo  
Bruno Mahlow  
Dr. Holger Michael  
Jobst-Heinrich Müller  
Horst Neumann  
Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Wien)  
Hans Schoenefeldt  
Johann Weber  
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)  
Edda Winkel

### Künstlerische Mitarbeit:

Siegfried Lachmann, Gertrud Zucker

### Versand und Vertrieb:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,  
12504 Berlin, Tel. 030-983 898 30  
[vertrieb@rotfuchs.net](mailto:vertrieb@rotfuchs.net)  
Aribert Schilling u. v. a. m.

### Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,  
10123 Berlin, Tel. 030-241 26 73  
[WDockhorn@t-online.de](mailto:WDockhorn@t-online.de)

### Finanzen:

Jürgen Claußner  
Postfach 52 02 23, 12592 Berlin  
Tel. 030-427 27 66

### Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein  
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00  
BIC: BELADEBEXXXC

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.